KURDISTAN REPORT

Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten



Nr. 216 Juli / August 2021 3,– €

Kurdistan Report | Ausgabe 216 Juli/August 2021



Sit-in der internationalen »Delegation für Frieden und Freiheit in Kurdistan« in Hewlêr/Südkurdistan.



Der Widerstand der kurdischen Guerilla in den Medya-Verteidigungsgebieten in Südkurdistan gegen die Invasion des NATO-Mitglieds Türkei hält weiter stand.



Der sorbische Wódny muž/Wassermann ist bei den Sorb:innen eine Sagengestalt. Ein Gespräch der »Initiative & Widerstand« mit M. Braumann über Nation, Staat, Rojava und Mythologie.

Liebe Leserinnen und Leser,

die Blicke der kurdischen Gesellschaft und ihrer Freundinnen und Freunde richten sich in diesen Sommermonaten auf die besorgniserregenden Entwicklungen in Südkurdistan (Irak). Denn die türkische Besatzungspolitik hat in den letzten Jahren die türkischen Grenzen weit überschritten. Die Armee unternahm Angriffe und Invasionen in Rojava (Nordsyrien) und in Südkurdistan.

Seit dem 23. April 2021 greift die türkische Armee mit Unterstützung ihrer NATO-Verbündeten nun die Regionen Zap, Avaşîn und Metîna in der Autonomieregion Kurdistan-Irak an. Im Rahmen dieser Vernichtungsoperationen, die von der Türkei als »Operation Klauen-Blitz« und »Operation Klauen-Donnerschlag« betitelt werden, werden tagtäglich Dörfer bombardiert und von türkischen Truppen eingenommen. Die Zerstörung der Lebensgrundlage hat bereits zu der Vertreibung von mehr als 1500 Menschen geführt. Die internationale Staatengemeinschaft ignoriert diesen offenen Bruch des Völkerrechts weiterhin.

Die Initiative der internationalen »Delegation für Frieden und Freiheit in Kurdistan« im Juni dieses Jahres hat hierbei nochmals klar die verschiedenen Interessen der jeweiligen regionalen und internationalen Akteure offen zur Schau gestellt. An der Delegation beteiligten sich Menschen aus elf europäischen Ländern mit unterschiedlichen Professionen und politischen Hintergründen. Sie hatten das Ziel, nach Südkurdistan zu reisen, um sich einen direkten Eindruck von der Situation vor Ort zu verschaffen und sich für ein Ende des Krieges und der Zerstörung einzusetzen. Während ein Teil der Delegation durch deutsche und südkurdische Behörden an der Reise gehindert wurde, hat es ein Teil der Gruppe geschafft, mit der Zivilgesellschaft und Parteien zusammenzukommen, um die menschenrechtliche Situation vor Ort zu dokumentieren.

Diese verfassungswidrige Repression gegen die Delegationsteilnehmer:innen und die Argumentation vor allem der deutschen Behörden haben einmal mehr gezeigt, dass die völkerrechtswidrigen Angriffskriege der Türkei in der Region keinen Alleingang darstellen, sondern international abgesprochen sind. Die »Delegation für Frieden und Freiheit in Kurdistan« sprach daher von einer aktiven Unterstützung des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs der Türkei durch die deutsche Bundesregierung.

Angesichts dieses Vernichtungskonzeptes, dem sich die Gesellschaft in Südkurdistan und die kurdischen Widerstandskräfte ausgesetzt sehen, ist die am 14. Juni 2021 ausgerufene internationale Initiative »DEFEND KURDISTAN gegen die türkische Besatzung!« wegweisend und bedeutend. Mit vereinter Stimme verurteilt sie die Besatzung Südkurdistans durch das türkische Militär und stellt sich solidarisch an die Seite der Gesellschaft und der kurdischen Widerstandskräfte. Sie ruft alle Freund:innen der kurdischen Freiheitsbewegung auf, sich zu erheben, die Botschaft zu verbreiten und ihren Beitrag für ein Ende der türkischen Besatzung in Kurdistan zu leisten.

In diesem Sinne wünschen wir erfolgreiche Sommermonate.

Eure Redaktion

Aktuelle Bewertung

»Mit den Hunden jagen und mit den Hasen rennen«

Cemil Bayık, Ko-Vorsitzender des KCK-Exekutivrats

Der Freiheitskampf des kurdischen Volkes wird schon seit Jahrzehnten unter der Führung der PKK und entlang der Ideen Rêber Apos [*Abdullah Öcalans*] geführt. Er hat in seinem Verlauf nicht nur in Kurdistan, der Türkei und dem Mittleren Osten, sondern weltweit zu wichtigen Errungenschaften geführt. Mit jedem Tag wird deutlicher, dass es sich um eine Bewegung handelt, die nicht nur die Interessen des kurdischen Volkes und der Völker des Mittleren Ostens vertritt, sondern der gesamten Menschheit. Auf der Basis des von Rêber Apo neu entwickelten Paradigmas wurden die ideologisch-theoretischen Grundlagen der demokratischen Moderne geschaffen. Auf diesem Fundament findet ein Kampf statt, der sehr deutlich gezeigt hat, dass die kapitalistische Moderne ein gegen die Gesellschaft und die Menschheit gerichtetes System ist. So breiten sich jeden Tag auf der ganzen Welt das Bewusstsein und die Überzeugung aus, dass die kapitalistische Moderne überwunden werden muss.

Durch den von der PKK angeführten Kampf wurde die tatsächliche Beschaffenheit der gesellschaftlichen und politischen Strukturen in Kurdistan aufgedeckt, was wiederum wichtige Folgen nach sich zog. Auch im Mittleren Osten, der Türkei und auf internationaler Ebene wurden und werden sehr wichtige Ergebnisse erzielt. Nichts außer unserem Kampf wäre so gut dazu in der Lage gewesen, das wahre Gesicht der politischen Kräfte Kurdistans – insbesondere der PDK[1] – offenzulegen. Auch die Aufdeckung des Bandenwesens und der vielen weiteren negativen Entwicklungen in der Türkei wären ohne unseren Kampf nicht denkbar gewesen. Ohne den Kampf der PKK und ihre Vision für den Mittleren Osten wäre weder das wahre Gesicht der autoritären Regime in der Region, noch das des Islamischen Staates (IS) heute weltweit bekannt. Ohne den von der PKK angestoßenen Kampf wäre auch der tatsächliche Charakter der kapitalistischen Moderne im Mittleren Osten nicht so gut sichtbar geworden. Die kalte Interessenpolitik Europas, der USA und aller anderen Kräfte der kapitalistischen Moderne wäre nicht so eindeutig benannt und damit auch nicht so klar als riesige Belastung für die gesamte Menschheit erkannt worden. Es ist offensichtlich, wie sehr all diese Entwicklungen der letzten Jahre und Jahrzehnte den Interessen der Völker und der Menschheit dienen. Wir sind stolz darauf, dass wir all die genannten Tatsachen durch unseren Kampf so deutlich ans Licht bringen konnten. All das hat sich fraglos auf der Grundlage der von Rêber Apo entwickelten philosophischen Betrachtungsweise, dem Paradigma, der Ideologie und theoretischen Linie – in Verbindung mit der daraus hervorgegangenen Realität unseres Kampfes – ergeben.

Kein Zufall: Beginn der türkischen Angriffe auf Südkurdistan nach Erdoğan-Biden-Telefonat

In der Nacht vom 23. auf den 24. April begann der türkische Staat mit einem umfassenden Angriff auf die Medya-Verteidigungsgebiete. Es ist kein Zufall, dass dieser Angriff nur kurz nach einem Telefonat zwischen Erdoğan und US-Präsident Biden begann. Bis dahin hatte Biden stets vermieden, mit Erdoğan Gespräche zu führen. Daher legt die Tatsache der unmittelbaren Aufeinanderfolge des Gesprächs am 23. April und des Beginns der türkischen Angriffe auf Südkurdistan den Schluss nahe, dass es in dem Telefonat zu einer Vereinbarung kam. Biden hatte bestimmte Kritikpunkte an der AKP-Politik gehabt und diese offen angesprochen. Doch hat er als Reaktion darauf, dass die AKP sich in bestimmten Punkten der US-Politik anpasst, von einem Teil seiner Kritik abgesehen. Es ist also zu einer Übereinkunft beider Seiten gekommen. Im Zuge dessen haben die USA der AKP grünes Licht für ihren Angriff auf die Medya-Verteidigungsgebiete in Südkurdistan gegeben. Auch die Unterstützung der PDK und die Zustimmung bzw. das Schweigen des Irak spielen eine wichtige Rolle bei den derzeitigen Angriffen. Natürlich könnte die Türkei solch einen Angriff auch allein versuchen, doch ohne internationale Unterstützung und die Unterstützung bzw. das Schweigen der PDK und des Iraks wäre ein Misserfolg eines solch umfassenden Angriffs sehr wahrscheinlich. Nach der Niederlage, die die Türkei im Februar diesen Jahres bei ihrem Angriff auf die

1 Partiya Demokrata Kurdistanê, PDK, dt. Demokratische Partei Kurdistans, auch KDP abgekürzt

südkurdische Region Gare erlitt, hätte sie sich nicht getraut, ganz auf sich gestellt einen derart großen Angriff durchzuführen. Von dem Angriff auf Gare hatte die Türkei damals sowohl die PDK, als auch die USA bereits im Vorhinein unterrichtet. Trotz der umfassenden militärischen Kapazitäten der Türkei würden derartige Angriffe ohne die politische Unterstützung dieser Kräfte scheitern. In Gare erlitt der türkische Staat sogar trotz dieser Unterstützung eine schwere Niederlage. Daher wäre der aktuelle Angriff auf Metîna, Zap und Avaşîn ohne die notwendige politische Rückendeckung direkt krachend gescheitert. Darum ist es wichtig, sich darüber im Klaren zu sein, dass die aktuellen türkischen Angriffe auf Südkurdistan mit Zustimmung der USA und Europas erfolgen. Denn ohne diese Tatsache zu erkennen ist es unmöglich, diese Angriffe oder das Konzept zur Zerschlagung des Freiheitskampfes des kurdischen Volkes zu verstehen.

Um die Entwicklungen, die mit der Türkei im Zusammenhang stehen, richtig analysieren zu können, müssen wir sowohl die gesellschaftlichen, nationalen und politischen Strukturen im Inneren des Landes, als auch die Grundlage seiner außenpolitischen Beziehungen richtig verstehen.

Der Mittlere Osten nach dem Vertrag von Lausanne: Grünes Licht für den Genozid an den Kurd:innen

Die Türkei ist ein Überbleibsel des Osmanischen Reiches, das zuvor die Heimat zahlreicher Völker gewesen war. Beim Osmanischen Reich handelte es sich nicht um einen klassischen Nationalstaat, der sich typischer Weise nur auf eine einzige ethnische Gemeinschaft stützt. Gebilde wie das Osmanische Reich stellten eine politische Struktur dar, unter deren Dach viele verschiedene Völker, Nationen und Religionen Platz fanden. Zwar erhielten andere ethnische Gemeinschaften als die türkische und die nicht-muslimischen Glaubensgruppen keine staatliche Unterstützung, doch wurde auch keine geplante Völkermordpolitik gegen sie verfolgt. Das grundlegende Ziel bestand darin, die politische Hegemonie des Osmanischen Reiches aufrecht zu erhalten. Bis zum 19. Jahrhundert, in dem das Nationalstaatskonzept des Kapitalismus in der Region immer mehr an Bedeutung gewann, zielte der Druck auf die zahlreichen ethnischen und religiösen Gemeinschaften eher darauf ab, deren Anerkennung der politischen Hegemonie des Osmanischen Reiches sicherzustellen.

Als das Osmanische Reich auseinander fiel, wurden die herrschenden Kreise innerhalb der ethnisch türkischen Gemeinschaft aktiv, die bis dahin im politischen Zentrum des Reiches eine wichtige Rolle gespielt hatten. Auf der Basis ihres während der Osmanischen Herrschaft entwickelten Selbstverständnisses als politische Herrschergruppe machten sie sich daran, einen Nationalstaat aufzubauen und die Nationswerdung der Türk:innen in einem möglichst großen Gebiet zu erreichen. Dafür waren sie auch bereit, die anderen ethnischen Gemeinschaften physischen oder kulturellen Genoziden auszusetzen. Das waren wichtige Schritte, um den ethnischen Türk:innen in den von ihnen dominierten Gebieten zu Macht zu verhelfen. Grundlegend waren jedoch die späteren Völkermorde an der armenischen, der pontos-griechischen und der assyrischen Bevölkerung in der Region, die alle noch während des 1. Weltkrieges große Gemeinschaften gewesen waren. Nach dem Ende des 1. Weltkrieges und der Unterzeichnung des Vertrags von Lausanne, der 1923 die Grenzen der neu entstandenen Türkei festlegte, wurde eine Politik verfolgt, mit der die Kurd:innen einem physischen und kulturellen Völkermord ausgesetzt wurden. Dadurch sollte Kurdistan zu einem Expansionsgebiet für die türkische Nation gemacht werden. Im Rahmen der Verhandlung des Vertrags von Lausanne hatte man zuvor bereits grünes Licht für die Völkermordpolitik gegen die Kurd:innen erhalten – als Gegenleistung dafür, dass die Provinzen Mûsil und Kerkûk (in Südkurdistan/Irak) an England abgetreten wurden. England hatte auf diese Weise seine Zustimmung zum Genozid an den Kurd:innen gegeben. In diesem Sinne beförderte die Neuordnung des Mittleren Osten, die damals auf Grundlage des Vertrags von Lausanne erfolgte, den Völkermord an den Kurd:innen. Seither besteht die grundlegende Politik des türkischen Staates darin, den Genozid an den Kurd:innen auszuführen. Seine gesamte Politik und all seine Institutionen haben sich auf dieser Grundlage entwickelt. Auch heute noch ist das Wesen des türkischen Staates von dieser Politik und Struktur geprägt. Alle staatlichen Maßnahmen werden durch sie bestimmt. Es wäre also ein großer Fehler, die Politik und Maßnahmen des türkischen Staates nicht in diesem Zusammenhang zu verstehen und davon auszugehen, dieser Staat könne Entscheidungen unabhängig von dieser Politik und diesen Maßnahmen treffen. Natürlich gibt es keinen Zweifel, dass eine demokratische Revolution diese Mentalität und Struktur entscheidend verändern kann.

Die auf dem Vertrag von Lausanne basierende Ordnung des Mittleren Ostens und die Beziehungen all der verschiedenen Staaten und politischen Kräfte, die diese Ordnung hervorgebracht haben, haben sich allesamt auf der Basis einer Politik entwickelt, deren Ziel der Genozid an den Kurd:innen ist. Jegliche Politik und Beziehungen in der Region werden seit mittlerweile fast 100 Jahren in diesem Rahmen entwickelt. Solange sich die politischen Beziehungen und Gleichgewichte, die auf dieser Ordnung des Mittleren Ostens basieren, nicht grundlegend verändern, werden auch die Politik und Beziehungen der internationalen Mächte im Rahmen dieses politischen Systems stattfinden, das auf dem Genozid an den Kurd:innen basiert. Seit 100 Jahren sind alle Beziehungen und Gleichgewichte im

Mittleren Osten auf diese Art und Weise entstanden. Daher ist die Erkenntnis wesentlich, dass diese Art der Politik und Gleichgewichte nur durch eine tiefgreifende Veränderung auf der Ebene von Ideologie und Politikverständnis verändert werden kann.

Europäische Politik: Die Existenz der Kurd:innen als Mittel für eigene Interessen

Insbesondere die Mächte, die dem Mittleren Osten diese neue Ordnung gegeben hatten, entwickelten zunächst Beziehungen zur Türkei, mit denen diese gegen die Sowjetunion in Position gebracht werden sollte. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurden diese Beziehungen nochmal erheblich vertieft, zugleich nahmen sie aber einen chaotischeren Charakter an. Durch die Aufnahme der Türkei in die NATO und die anschließende Intensivierung der Beziehungen zu Europa wurde auch ein zentraler Aspekt dieser Beziehungen gestärkt: der Umstand, dass sie auf dem Ziel des Genozids an den Kurd:innen basierten. Die Partner der Türkei hatten diesen Genozid praktisch als legitimes Recht der Türkei akzeptiert. Dementsprechend ist es wichtig, sich diese Tatsache stets bewusst zu machen, wenn wir die Beziehungen der Türkei zu Europa und zu den USA analysieren. Zudem dürfen wir uns von der gelegentlich erfolgenden europäischen Kritik an der Türkei nicht täuschen lassen und uns einbilden, Europa verfolge das Ziel einer Demokratisierung der Türkei auf der Basis einer Lösung der kurdischen Frage.

Rêber Apo hat die Politik, die hinter den Beziehungen Europas zur Türkei und die europäische Haltung gegenüber der kurdischen Frage steht, mit folgenden Worten beschrieben: »mit den Hunden jagen und mit den Hasen rennen«. Auch heute noch verfolgt Europa diese unmoralische Politik, die einzig und allein den kalten europäischen Interessen folgt. Europa verfolgt bis heute keine Politik, die die Kurd:innen dabei unterstützt, ein freies und demokratisches Leben aufzubauen. Es betrachtet die kurdische Frage als ein wichtiges Mittel, um die eigenen Interessen gegenüber der Türkei zu sichern und die Türkei nach Belieben benutzen zu können. Europa hat damit die kurdische Frage zu einem Werkzeug für die eigenen Interessen gemacht.

Ein weiterer wichtiger Aspekt, der eine prägende Rolle bei der Entwicklung der europäischen und US-amerikanischen Türkei-Politik spielt, ist deren Ziel, die Türkei im Mittleren Osten als eine Art Rammbock einzusetzen. Die engen Beziehungen Europas zur Türkei gehen historisch bis in die Zeit des osmanischen Sultans Süleyman zurück. Ihre wichtigsten Auswirkungen zeigten sich in Form gesellschaftlichen und kulturellen Einflusses auf dem Balkan und in Anatolien. Ab Beginn des 19. Jahrhunderts begann eine Epoche, die allgemein als »Verwestlichung« des Osmanischen Reiches beschrieben wird. Seit 200 Jahren dauert also dieser Prozess der »Verwestlichung« an. Weder Europa noch die USA sind gewillt, ihren in dieser Zeit gewonnenen Einfluss aufzugeben. Außerdem halten sie ihre Beziehungen zur Türkei für vergleichbar mit Beziehungen zu Ländern in anderen Teilen der Welt und sind entsprechend davon überzeugt, die Türkei letztendlich vollständig unter ihre Kontrolle bringen zu können. Die Türkei versucht ihrerseits, ihre Beziehungen zum Westen aufrecht zu erhalten, die seit dem Vertrag von Lausanne auf der Durchführung des Genozids an den Kurd:innen basieren. Die Türkei hat akzeptiert, solange eine den Interessen des Westens nachkommende Politik zu verfolgen, wie dieser den Genozid an den Kurd:innen akzeptiert. Zurzeit setzen sowohl Europa als auch die Türkei ihre so beschaffenen Beziehungen zueinander ohne nennenswerte Modifizierungen fort. Es ist wichtig zu sehen, dass die politischen Beziehungen beider Seiten auf der Umsetzung des Genozids an den Kurd:innen basieren. Wer also die eigene Politik bestimmen und den eigenen Kampf führen möchte, darf nicht den Fehler begehen, diese Tatsache aus den Augen zu verlieren. Natürlich sind diese von einer derartigen Mentalität geprägten Beziehungen und die daraus resultierende Ordnung nichts Absolutes. Sie können durch Kampf verändert werden. Die Möglichkeiten dazu haben sich auch verbessert. Die demokratischen Erfahrungen, die durch den politischen Kampf in der Türkei und Kurdistan gewonnen wurden, und die sich entwickelnden gesellschaftlichen und politischen Dynamiken in Europa, dem Westen allgemein und weltweit, machen es heute möglich, die bestehende, auf dem Genozid an den Kurd:innen basierende Ordnung zu verändern. Doch dafür ist ein Kampf notwendig, der die innere Dynamik und den Charakter der außenpolitischen Beziehungen der Türkei richtig versteht und sich somit nicht täuschen lässt.

Fest steht: Vom Bestehenden Abstand zu nehmen und es zu verändern ist nicht einfach. Die bestehende Ordnung und die auf alten Beziehungen basierenden Strukturen werden stets Widerstand dagegen leisten. Auch innerhalb und außerhalb der Türkei gibt es Kräfte, die auf die alten Beziehungen und die bestehende Ordnung beharren. Das können wir im Rahmen unseres Kampfes gegen den türkischen Staat sehr konkret und praktisch erkennen. Insbesondere Europa und die USA spielen uns gegenüber eine sehr negative Rolle. Zweifellos hat auch die Politik der PDK hier einen gewissen Einfluss. Diesem Aspekt muss gesonderte Aufmerksamkeit geschenkt werden. Europa und die USA sind darauf bedacht, die Türkei stets in einem Zustand wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und politischer Schwierigkeiten zu halten, um das Land von ihnen abhängig zu machen. Zugleich eilen sie immer genau dann zu Hilfe und stützen die Staatsstrukturen der Türkei, wenn deren politisches System kurz vor dem Zusammenbruch steht.

Britische Politik: Das »kranke Land« für die eigenen Interessen am Leben halten

Im Jahr 2014 entwickelte der türkische Staat den sogenannten »Zerschlagungsplan«, und 2015 begann er, diesen mit geballter Kraft in die Praxis umzusetzen. Auf die darauf folgenden Angriffe des türkischen Staates auf das kurdische Volk und die demokratischen Kräfte reagierten der Freiheitskampf der Kurd:innen, die demokratischen Kräfte der Türkei und alle politischen Strukturen des Mittleren Ostens, die mit dem türkischen Staatssystems Probleme hatten, mit einem großen und historischen Widerstand. Dieser Widerstand mit seinen großen Opfern hält seitdem an und hat die faschistische AKP/MHP-Regierung heute an den Rand des Zusammenbruchs gedrängt. Das Ende dieser Regierung wird in der Türkei den Weg für eine tiefgreifende Demokratisierung ebnen, die von den Erfahrungen des demokratischen Kampfes zehren wird. Das bedeutet zugleich den Beginn der Demokratisierung des gesamten Mittleren Ostens. Europa und die USA gelingt es jedoch nicht, ihr eigenes ökonomisch-politisches System auf eine solche Phase der Demokratisierung auszurichten und sich die dafür notwendige politische Philosophie anzueignen. Sie betrachten den Fall der AKP/MHP-Regierung und tiefgreifende Veränderungen in der Türkei als schädlich für ihre eigenen Interessen. Deshalb eilen sie dieser Regierung immer zu Hilfe, die sie selbst »faschistisch« und »diktatorisch« nennen. Die Politik Europas und der USA zielt darauf ab, die AKP/MHP-Regierung so lange am Leben zu halten, bis eine ihren Interessen dienende neue türkische Regierung in Aussicht ist. Daher unterstützen sie die aktuelle Regierung sowohl politisch als auch wirtschaftlich. Auch die Kriegspolitik der türkischen Regierung, die diese für ihr eigenes Überleben verfolgt, unterstützen Europa und die USA im Gegenzug zu entsprechenden Zugeständnissen aus der Türkei. Die Brit:innen betrachteten es als im Sinne ihrer Interessen, das damalige Osmanische Reich – sie nannten es den »kranken Mann« – ganze 100 Jahre lang auf den Beinen zu halten. Heute also ist es das von ihnen abhängige »kranke Land«, das sie gewissermaßen als einen Teil ihrer selbst verstehen und dementsprechend am Leben halten. Sie wollen weder die Veränderung ihrer Grenzen, noch eine neue innenpolitische Ordnung der Türkei. Der Umstand, dass sie die kurz vor dem Zusammenbruch stehende AKP/MHP-Regierung kontinuierlich unterstützen, zeigt dies sehr deutlich.

Der von der PKK angeführte Freiheitskampf entblößt das wahre Gesicht jeder dieser Mächte. Die Entlarvung ihres tatsächlichen Wesens trägt dazu bei, das Bewusstsein der Völker und Gesellschaften zu schärfen und schafft damit eine Grundlage dafür, in der Zukunft noch viel größere Veränderungen herbeizuführen. Gewisse Kreise in der Türkei und unter den Kurd:innen bilden sich ein, Europa und die USA seien für den demokratischen Wandel. Doch deren Hilfe für die zusammenbrechende faschistische AKP/MHP-Regierung hat einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, dass auch diese Kreise das wahre Gesicht Europas und der USA erkennen.

Die Haltung Europas: Demokratisierung des Mittleren Ostens nicht im eigenen Interesse

Europa betrachtet die Demokratisierung des Mittleren Ostens als seinen eigenen Interessen nicht nützlich. Gesellschaften und Länder, die sich demokratisieren, entwickeln einen eigenen Willen und fällen ihre Entscheidungen selbstständig. Sie nehmen mit allen möglichen Kräften Verbindungen auf, begeben sich dabei aber nicht in Abhängigkeitsverhältnisse zu anderen. Unsere Welt ist ein Ganzes. Jede Gesellschaft und jedes Land hat Merkmale, die eine andere Gesellschaft und andere Länder ergänzen. In diesem Sinne ergibt sich die Notwendigkeit, Beziehungen aufzubauen, ganz von selbst aus der Verfassung der Welt. Es widerspricht der Dialektik und dem Wesen der Entwicklung der Menschheitsgeschichte, wenn Gesellschaften und Länder wie während des Kalten Krieges durch befestigte Grenzen und Mauern voneinander getrennt werden. Heute, da Wissenschaft und Technik derart weit entwickelt sind, ist das nicht mehr nur widersinnig, sondern darf schlichtweg nicht mehr geschehen. Europa ist nicht an Beziehungen interessiert, von denen beide Seite profitieren, sondern strebt nach einem Abhängigkeitsverhältnis, das ausschließlich seinen eigenen Interessen dient. Aus diesem Grund stellt es sich gegen eine wirkliche Demokratisierung des Mittleren Ostens. Europa weiß, dass eine Demokratisierung der Türkei auch zu einem demokratischen Mittleren Osten führen würde. Es bevorzugt daher eine Türkei, die sich nicht demokratisiert, sondern von Europa abhängig ist und dessen modernistischen Werte übernimmt. Ohne Zweifels betrachtet Europa es nicht als nützlich für die eigenen ökonomischen und politischen Interessen, wenn klassisch-starre Diktaturen entstehen. Es wünscht sich staatliche Systeme, welche die europäischen Werte bis zu einem gewissen Grad übernommen haben und entsprechend liberalisiert wurden, aber zugleich wirtschaftlich, gesellschaftlich und politisch abhängig von ihm selbst sind. Wäre dem nicht so, hätte Europa schon längst dem Zusammenbruch der AKP/MHP-Regierung und einer wirklich demokratischen Regierung an ihrer statt zugestimmt.

Das ist also die Türkei, die Europa und die USA sich wünschen. Zugleich sind wir uns darüber bewusst, dass die Gesellschaft Europas das aktuelle politische System der Türkei nicht akzeptiert, sondern stattdessen europäische Werte unterstützt. Auch wenn sie nicht über eine ausgeprägte organisatorische Kraft verfügt, ist es doch wichtig, sich der Energie solch einer Öffentlichkeit bewusst zu sein und sie zu einer Unterstützerin des politischen Kampfes zu machen. Denn mit dieser

demokratischen Öffentlichkeit können wir auf der Basis der bestehenden Gemeinsamkeiten mit unserem Ansatz der demokratischen Moderne und seiner beabsichtigten politischen Struktur zusammenkommen. Die von uns vertretenen Werte und die Werte dieser demokratischen Öffentlichkeit können eine Grundlage für eine gemeinsame Verständigung sein, um Beziehungen für eine Welt des friedlichen Zusammenlebens zu entwickeln.

Im Endeffekt ist die derzeitige Türkei, die von den Kräften der kapitalistischen Moderne für ihre eigenen Interessen benutzt wird, ein Ausdruck des von diesen Kräften gewünschten Mittleren Ostens. Ihre Vision ist ein Mittlerer Osten, der von den Werten der kapitalistischen Moderne durchdrungen wurde und in dem ein freier und sicherer Kapital- und Warenverkehr gewährleistet ist. Sie orientieren sich überhaupt nicht an der historisch-gesellschaftlichen Realität der Region. Ganz im Gegenteil: Sie zwingen dem Mittleren Osten das historische, kulturelle und politische System des Westens auf und bezwecken damit, dass die Region sich in einer dauerhaften gesellschaftlichen und politischen Krise befindet. Diese Haltung der kapitalistischen Moderne, den eigenen Willen und die gesellschaftliche Kultur der Völker außer Acht zu lassen und ihnen die eigenen Vorstellungen aufzuzwingen, spielte bei der Entstehung von politischen pervertierten Bewegungen wie dem Islamischen Staat (IS) eine wichtige Rolle. Genau deshalb beschrieb Rêber Apo den IS als eine pervertierte Kraft, die auf dem Misthaufen der kapitalistischen Moderne entstanden sei. Anstatt sich der gesellschaftlichen Kultur des Mittleren Ostens und dem Islam angemessen anzunähern, möchte Europa einen Mittleren Osten nach den eigenen Vorstellungen formen, indem es einen kollaborierenden politischen Islam schafft. Dieses Ziel verfolgt Europa seit mittlerweile 150 Jahren. Ergebnis sind die despotischen Regierungen, die die Völker der Region unterdrücken, oder pervertierte Bewegungen wie der IS. Wenn Europa und die USA ihre aktuelle Politik nicht ändern, werden dieser Teufelskreis und das Chaos weiter anhalten. Es wird ihnen nicht gelingen, ihre Vision des Mittleren Ostens Realität werden zu lassen. Stattdessen werden sich die Krise und das Chaos unvermeidlich immer weiter vergrößern und ausbreiten.

Durch diese Mittelostpolitik der kapitalistischen Moderne haben die von Rêber Apo entwickelte demokratische Moderne, die auf ihr basierende neue Ordnung des Mittleren Ostens und der Kampf dafür noch mehr an Bedeutung gewonnen. Zurzeit führen alle politischen Ansätze und Lösungsprojekte, die sich außerhalb der von Rêber Apo entwickelten Lösung für den Mittleren Osten bewegen, zu nichts anderem als einer ausweglosen Situation. Rêber Apo selbst hat all seine Analysen stets als Analysen für den gesamten Mittleren Osten und als dessen Verteidigung gegen den Westen verstanden. Die Wurzeln der mittelöstlichen und der westlichen Zivilisation unterscheiden sich voneinander. Zweifellos hat auch der Westen wichtige Werte hervorgebracht, bei denen es sich letztendlich um gesellschaftliche Werte handelt. Diese Werte verfügen über das Potential, die gesellschaftlichen Werte des Mittleren Ostens zu stärken und zur Demokratisierung der Region beizutragen. Es ist jedoch wichtig, diese Werte nicht mit dem Individualismus und Materialismus der westlichen kapitalistischen Moderne zu verwechseln. Wenn wir diese Verhältnisse ganzheitlich betrachten, erkennen wir den Mittleren Osten als Zentrum der ideellen Zivilisation, während Europa das Zentrum der materiellen Zivilisation darstellt. Es ist daher unmöglich, mit einer europäischen Betrachtungsweise die Probleme des Mittleren Ostens zu lösen. Deshalb hat auch Rêber Apo davon gesprochen, dass es Europa nicht wie in einigen anderen Regionen gelingt, sein Lösungsverständnis und seine Moderne im Mittleren Osten durchzusetzen. Mit diesen Worten hat er darauf hingewiesen, dass das jeweilige Wesen dieser beiden Zivilisationen nicht miteinander vereinbar sind.

Sich zu einer Nation zu entwickeln bedeutet nicht zwangsläufig, zu einem Nationalstaat zu werden

Rêber Apo beschreibt die Geschichte des Mittleren Ostens immer als ein föderales Gefüge. Wie von ihm beschrieben, stellt dies die historische Grundlage dafür dar, dass alle Völker und Gesellschaften der Region stets ohne Staat und Macht miteinander zusammenlebten. Die Geschichte der Aufteilung des Mittleren Ostens in Nationalstaaten reicht nur 100 bis 200 Jahre zurück. Mehr als 4000 Jahre lebten die Gesellschaften und Völker der Region eng verflochten Seite an Seite miteinander und befanden sich im ständigen Austausch. Ihre Trennung durch strikte Grenzen stellt keinen Fortschritt dar. Sich zu einer Nation zu entwickeln bedeutet nicht zwangsläufig, zu einem Nationalstaat zu werden. Der Nationalstaat ist die Voraussetzung dafür, dass die Bourgeoisie ihre eigene Existenz gewährleisten kann. Aus diesem Grund hat Rêber Apo immer wieder betont, dass eine Lösung der Probleme des Mittleren Ostens deutlich leichter zu erreichen ist, wenn das Ziel nicht im Aufbau eines Staates besteht. Genau das ist auch die richtige Philosophie, Politik und Strategie, um die monistische und völkermörderische Mentalität und das ebenso beschaffene Politikverständnis des Nationalstaates zurückzudrängen und letztendlich zu besiegen. Es ist notwendig, die Auffassung aufzugeben, der Nationalstaat müsse nur modernisiert werden, sei aber grundsätzlich fortschrittlich und notwendig. Diese Ideologie ist letztendlich geprägt von der nationalstaatlichen Denkweise. Sie ist das Resultat des Verständnisses, dass man sich vor der völkermörderischen Mentalität und Politik, die andere Nationen vernichten möchte, retten könne, indem man seinen eigenen Nationalstaat gründe. Auch wenn sie auf

den ersten Blick richtig scheint, handelt es sich dabei doch um eine Haltung, deren Ergebnis dem falschen, völkermörderischen Nationalstaatsverständnis und dem mit ihm einhergehenden System dient. In diesem Zusammenhang ist es wichtig zu wissen, dass die Staaten im Mittleren Osten ihre Völkermordpolitik damit begründen, die Kurd:innen wollten »ihren eigenen Staat gründen«. Es ist nicht richtig, den Nationalstaat als Ideologie und berechtigtes Ziel zu definieren, nur weil andere auch ihren eigenen Nationalstaat aufgebaut haben. Unsere Aufgabe besteht darin, das Richtige zu benennen und gegen das Falsche zu kämpfen. Rêber Apo versucht genau das: alle Völker, inklusive der Kurd:innen, aus der nationalstaatlichen Ideologie und der von ihr hervorgerufenen ausweglosen Situation zu befreien.

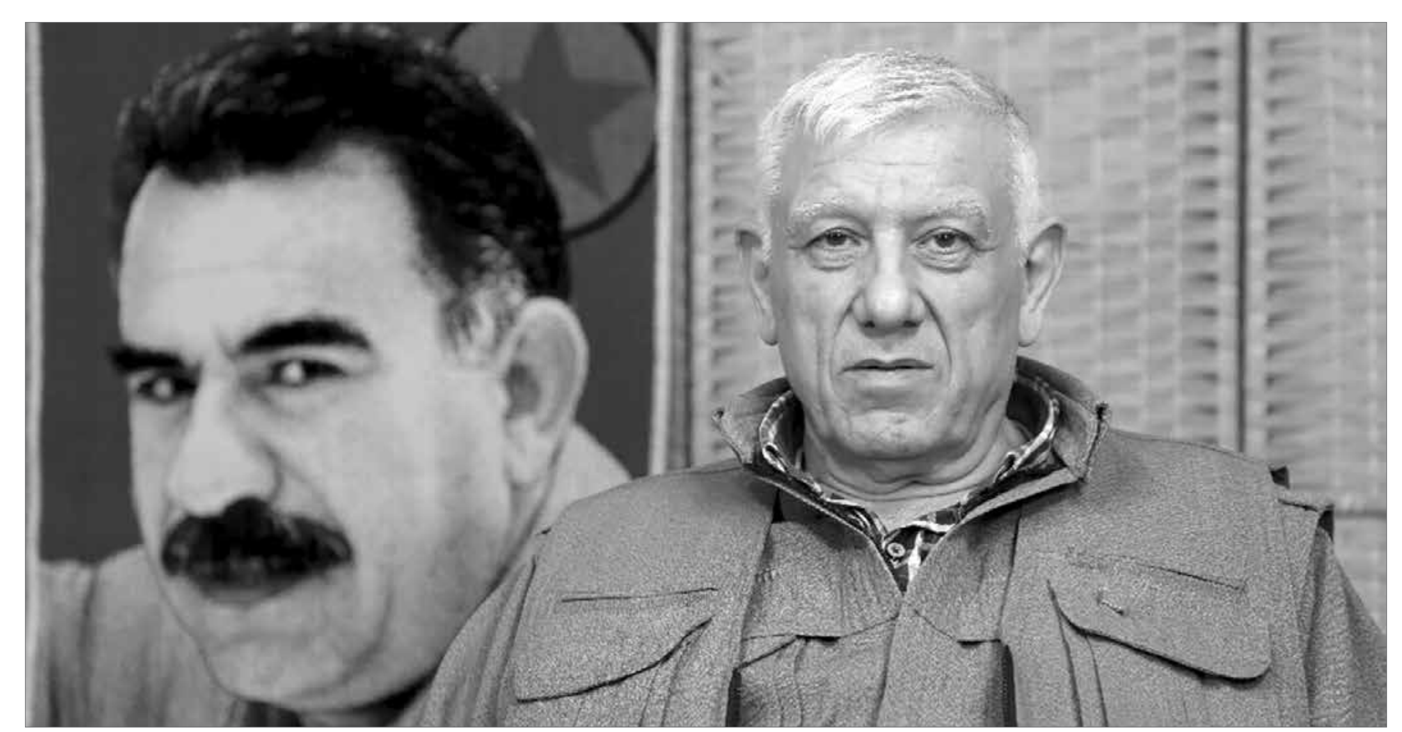
Die demokratische Moderne verteidigt das Recht jedes Volkes und jeder Nation auf das System der demokratischen Autonomie, das auf einem demokratisch-konföderalen Gesellschaftssystem basiert und verschiedene Formen annehmen kann. Genau darin besteht die beste Lösung für alle Völker, auch für die Kurd:innen. Dies ist das Modell, das dem kurdischen Volk die breitest mögliche Einheit im Mittleren Osten bietet.

Die demokratische Moderne verteidigt das Recht jedes Volkes und jeder Nation auf das System der demokratischen Autonomie, das auf einem demokratisch-konföderalen Gesellschaftssystem basiert und verschiedene Formen annehmen kann. Genau darin besteht die beste Lösung für alle Völker, auch für die Kurd:innen. Dies ist das Modell, das dem kurdischen Volk die breitest mögliche Einheit im Mittleren Osten bietet. Auf den Nationalstaat zu bestehen bedeutet nichts anderes, als 80 % der Kurd:innen in der Völkermordmühle der anderen Nationalstaaten zurückzulassen und einem kleinen Kreis kurdischer Herrscher zu erlauben, ihre Autorität zu etablieren sowie diesen ein Gebiet und eine Gesellschaft zur Ausbeutung bereitzustellen. Natürlich kann es nicht Ausdruck einer angemessenen kurdischen Identität, Heimatliebe und demokratischer Haltung sein, 80 % der kurdischen Gesellschaft und Geographie dem Völkermordsystem der Nationalstaaten zu überlassen. Aktuell gibt es in Rojava einige – von der PDK unterstützte – Stimmen, die für ein Verständnis und eine Politik eintreten, den Großteil Rojavas dem syrischen Völkermordsystem zu übergeben und auf eine kurdische Regierung hinzuarbeiten, die nur die ölreichen Regionen Rojavas kontrolliert. Die Vertreter:innen dieser Denkweise haben in Efrîn und Serêkaniyê mit dem Feind der Kurd:innen kollaboriert. Um die kurdische Bevölkerung außerhalb der ölreichen Regionen um Dêrik und Rimêlan kümmern sich die Anhänger:innen dieser Mentalität und Politik nicht. Für sie stellt es kein Problem dar, all diese Gebiete besetzen und die dortige kurdische Bevölkerung vertreiben zu lassen! Es ist offensichtlich, dass es sich bei dieser Haltung um einen großen Fehler, ja sogar um Verrat handelt. Denn die Vertreter:innen dieses Denkens wären nicht einmal dazu in der Lage, Dêrik und Rimêlan zu verteidigen.

Es ist wichtig zu sehen, dass die USA und Europa die Völkermordpolitik und die aus ihr resultierenden Maßnahmen der verschiedenen genozidalen und kolonialistischen Mächte – insbesondere der Türkei – legitimieren und normalisieren. Es sind die USA und Europa, die die PKK und die Kurd:innen getrennt voneinander betrachten und Kopfgelder auf Führungsmitglieder der PKK aussetzen. Mit ihrer Behauptung, die PKK und die Kurd:innen seien voneinander trennbar, verdecken sie ihre Unterstützung für die Politik der völkermörderischen Kräfte. Auf Grundlage eben dieser Behauptung unterstützen sie die Völkermordpolitik des türkischen Staates. Indem sie genau wie der türkische Staat den Eindruck erwecken, sie seien nicht gegen das kurdische Volk, sondern gegen die PKK, verschleiern sie ihre eigene Politik, die dem Genozid an den Kurd:innen Vorschub leistet. So versuchen sie, sich als Unterstützer:innen und Freund:innen der Kurd:innen zu präsentieren. Es ist unbedingt notwendig, dieses Verständnis und diese Politik vor den Augen der gesamten Welt zu entlarven.

Wer immer die PKK vom kurdischen Volk zu trennen trachtet, dient dem völkermörderischen, kolonialistischen türkischen Staat; ist Unterstützer:in und Partner:in der Völkermordpolitik der Türkei. Die PKK hat den Kurd:innen zu einem Platz unter den Völkern dieser Welt verholfen, sie auf Grundlage ihrer eigenen Identität und Kultur auf die Bühne der Geschichte gestellt und ihnen Anerkennung verschafft. Wäre nicht 1973 der Grundstein für die Entstehung der PKK gelegt worden und hätte sie nicht einen mittlerweile fast ein halbes Jahrhundert andauernden Kampf geführt, gäbe es heute weder die kurdische Bevölkerung und Kurdistan, noch die PDK, die YNK[2] oder andere kurdische politische Kräfte. Sie alle stehen heute auf beiden Beinen. Doch bilden sie sich ein, sich auch ohne die PKK wie derzeit auf den Beinen halten zu können. Zweifelsohne hat auch die Bevölkerung Südkurdistans große Opfer erbracht. Ihre politischen Kräfte haben im Lauf der Geschichte bestimmte Anstrengungen unternom-

2 Yekîtiya Nîştimanî ya Kurdistanê, Patriotische Union Kurdistans, auch als PUK abgekürzt



Cemil Bayık, Ko-Vorsitzender des KCK-Exekutivrats Foto: anf

men und gekämpft. Doch wäre die PKK nicht auf die historische Bühne getreten, hätten sie alle Niederlagen erfahren und hätten sich nicht wieder erholt. Die Geburt der PKK im Jahr 1973[3] hat einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, dass Südkurdistan nicht solch ein Schicksal ereilt. Wenn das kurdische Volk heute überall lebendig ist und auf eigenen Beinen steht – wer kann die Rolle der PKK darin bestreiten? In diesem Sinne bedeutet es nichts anderes, als die Existenz des kurdischen Volkes zu leugnen, wenn die PKK und die Kurd:innen voneinander getrennt betrachtet werden. Ganz abgesehen von den nationalen, gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Ergebnissen, die von der PKK erreicht wurden; man kann den Kurd:innen nichts Schlimmeres antun, als zu behaupten, sie und die PKK gehörten nicht zusammen. Das bedeutet, es als normal und legitim darzustellen, wenn die Türkei ihre Völkermordpolitik verfolgt und obendrein ihre Behauptungen zu unterstützen. In diesem Sinne betreiben alle, die die PKK und die Kurd:innen voneinander getrennt betrachten, eine ganz offene Kurd:innenfeindlichkeit.

PDK Politik: Grundlage für den Krieg gegen die PKK und den Druck auf Nordkurdistan und Rojava

Ohne Zweifel ist die PDK die Kraft, die am stärksten darum bemüht ist, diese Politik der Trennung von PKK und kurdischem Volk voranzutreiben, zu legitimieren und als normal darzustellen. Ohne dass die PDK sich selbst als einzige Vertreterin der Kurd:innen präsentiert, all diejenigen unterstützt, die die PKK als »terroristisch« bezeichnen, und die Türkei nicht als Feindin der kurdischen Bevölkerung, sondern der PKK darstellt, könnten auch Europa und die USA nicht die Völkermordpolitik des türkischen Staates unterstützen, indem sie die PKK und die kurdische Bevölkerung voneinander getrennt darstellen. Weil die PDK die Behauptung der Türkei unterstützt, ihr Krieg richte sich nicht gegen die Kurd:innen, sondern gegen die PKK, stellen auch die USA und Europa die Angriffe der Türkei ausschließlich als Angriffe gegen die PKK dar. Die Türkei selbst behauptet sowieso immer, sie sei nicht gegen das kurdische Volk, da sie ja Beziehungen zur PDK unterhalte. So benutzt sie diese Beziehungen als Argument, um ihre Völkermordpolitik normalisieren und fortsetzen zu können.

Würde die PDK die Behauptungen der Türkei nicht als normal und legitim darstellen und die PKK nicht mit den Worten und Argumenten der Türkei beschreiben, könnten die USA und Europa die Türkei nicht derart offen in ihrem Krieg gegen die PKK unterstützen. In diesem Sinne ist es die PDK, die eine Grundlage für den Krieg gegen die PKK, aber auch für den Druck auf die Bevölkerung Nordkurdistans und Rojavas schafft. Es ist notwendig, dass wir diese Ergebnisse der PDK-Politik deutlich erkennen. Täten wir das nicht, würden wir schlichtweg Tatsachen ignorieren. Ohne Berücksichtigung dieser Tatsachen ließen sich weder die PKK-Feindlichkeit der

3 Gründung einer Vorläufergruppe; die Parteigründung erfolgte 1978.

USA und Europas, noch die Völkermord- und Kriegspolitik der Türkei vollständig verstehen.

Sowohl die Listung der PKK als Terrororganisation als auch das Kopfgeld für drei ihrer Führungsmitglieder stellen eine direkte Unterstützung für die Kriegspolitik des türkischen Staates dar. So kann die Türkei jeden ihrer Angriffe mit der Behauptung legitimieren, sie kämpfe gegen den Terrorismus. Die Europäische Union setzte die PKK im Jahr 2002 auf die Liste terroristischer Organisationen. Die PKK wurde von der EU also in einer Phase zur Terrororganisation erklärt, in der die Guerilla einen einseitigen Waffenstillstand erklärt und einen Großteil ihrer Kräfte aus den Gebieten innerhalb der türkischen Staatsgrenzen zurückgezogen hatte. Die US-Entscheidung, ein Kopfgeld auf drei führende PKK-Mitglieder auszusetzen, kam zeitgleich zur Intensivierung der Völkermordpolitik des türkischen Staates in Nordkurdistan. Das zeigt deutlich, dass mit der Entscheidung vom 6. November 2018 genau dieselben Ziele verfolgt werden wie während des internationalen Komplotts gegen unseren Vorsitzenden Abdullah Öcalan im Jahr 1998. Wie schon 1998 spielte auch dieses Mal die USA die Rolle der Koordinatorin. Die Erneuerung der Maßnahme gegen unsere drei Freunde am 20. April diesen Jahres stellt in diesem Sinne ein Komplott und einen Vernichtungsangriff gegen die PKK und den Freiheitskampf des kurdischen Volkes dar. Zudem ist es eindeutig eine Maßnahme zur Rettung der kurz vor dem Zusammenbruch stehenden faschistischen AKP/MHP-Regierung. So wurde während des Telefonats zwischen Biden und Erdoğan am 23. April grünes Licht für die Vernichtungsangriffe auf die Guerilla gegeben. Dabei handelt es sich um eine derart schmutzige Politik, dass als Gegenleistung für die Unterstützung des Genozids an den Kurd:innen der Völkermord an den Armenier:innen von den USA offiziell als solcher anerkannt wurde. Zugleich wird mit der Aussage, man habe diese Entscheidung gefällt, um neue Völkermorde zu verhindern, der Kampf und die Existenz der Kurd:innen als Droh- und Druckmittel gegen den türkischen Staat genutzt. Damit wurde die derzeitige dreckige Politik in aller Offenheit zur Schau gestellt: Es wird also die Tatsache eines Völkermordes anerkannt, der vor 100 Jahren geschah und also nicht mehr zu verhindern ist, und gleichzeitig ein aktuell laufender Völkermord unterstützt. Noch unmoralischer könnte man nicht handeln.

Vor dem Hintergrund genau dieser Politik unterdrückt der türkische Staat die kurdische Bevölkerung Nordkurdistans auf unterschiedlichste Art und Weise und besetzt Rojava. Als Ergebnis dieser US-Politik hat der türkische Staat seinen Besatzungsangriff auf die südkurdischen Regionen Metîna, Zap und Avaşîn begonnen. Er verfolgt damit das Ziel, die Guerilla zu schwächen, sie zu umzingeln und so zur Kapitulation zu zwingen. Betrachtet man die aktuellen Angriffe in Verbindung mit der Politik der PDK, so wird deutlich, dass genau das das Ziel ist. Eben deshalb versucht die PDK zurzeit, die Guerilla an vielen verschiedenen Orten einzukesseln.

Die Unterstützung der USA und Europas für die Vernichtungsangriffe der Türkei auf die PKK hat ein derartig großes Ausmaß angenommen, dass sogar über den Einsatz chemischer Waffen durch die Türkei geschwiegen wird. Auch der Einsatz islamistischer Söldner in den südkurdischen Medya-Verteidigungsgebieten, die die Türkei zuvor in Syrien, Libyen und Armenien eingesetzt hatte, wird mit Schweigen bedacht. Mit der stets wiederholten Aussage, die Türkei habe das Recht sich zu verteidigen, werden die aktuellen völkermörderischen Angriffe unterstützt. Zum einen wird diese Unterstützung geleistet, um dem Kampf der PKK ein Ende zu bereiten, da dieser in den Beziehungen dieser Mächte zur Türkei für Probleme sorgt. Zum anderen sind sie wütend darüber, dass mit dem von Rêber Apo entwickelten Paradigma eine Alternative zur US- und EU-Politik entstanden ist, die dafür gesorgt hat, dass deren »demokratische Maske« gefallen ist. Die Anstrengungen der USA und der EU, den von der PKK entlang der Ideen Rêber Apos geführten Kampf für Demokratie zu ersticken, haben deutlich gezeigt, dass diese Mächte sich kein bisschen um Demokratie und Freiheit scheren. Ihre Unterstützung für den Völkermord, den die Türkei begeht, hat allen vor Augen geführt, dass die kapitalistische Moderne keine anderen Werte als die eigenen Interessen kennt.

PDK-Gebiete in Südkurdistan: Hunderte MİT-Agenten vor Ort aktiv

Die Angriffswut der Türkei ist nicht überraschend. Auch die USA und Europa setzen letztendlich einfach ihre Beziehungen zur Türkei fort, die seit langem auf dem Genozid an den Kurd:innen basieren. Damit opfern sie diese für ihre Politik, mit der sie den türkischen Staat für ihre eigenen Interessen benutzen. Doch ist völlig unverständlich, wie die südkurdischen politischen Kräfte – insbesondere die PDK – über die Angriffe des türkischen Staates schweigen können. Die Natur Südkurdistans wird verbrannt und zerstört, doch die südkurdische Regierung schweigt. Sowohl gegen die Angriffe auf die Guerilla, als auch gegen die Zerstörung der Natur Südkurdistans erhebt sie keinerlei Protest. Durch ihr Stillhalten drängt sie auch die Bevölkerung und die demokratischen Institutionen Südkurdistans zum Schweigen. So wird versucht, den Protest der Bevölkerung und der demokratischen Kräfte gegen die Besatzung zu verhindern. Diese Politik und Haltung stellen die größte Unterstützung für die Besatzungspolitik dar und bestärken die Angreifer. Man verschließt also die Augen gegenüber den absehbaren Folgen dieser Angriffe auf Südkurdistan. Natürlich richten sich die Angriffe im Moment gegen die PKK

und die Guerilla. Sie sind das derzeitige Angriffsziel. Doch die hinter diesem Ziel liegende Absicht nicht zu erkennen, bedeutet nichts anderes, als den kurdophoben und völkermörderischen Charakter des türkischen Staates nicht zu sehen. Diese Völkermordpolitik betrifft alle Kurd:innen. Deshalb führt die PKK auch einen Kampf für die Verteidigung aller Kurd:innen und ganz Kurdistans. Aus diesem Grund hat sie dutzende Male alle kurdischen politischen Kräfte dazu aufgerufen, gemeinsam Kurdistan zu verteidigen. Geschähe dies, würde die türkische Armee – ohnehin in großen Schwierigkeiten im Kampf gegen die Guerilla – innerhalb einer einzigen Nacht aus allen von ihr besetzten Gebieten fliehen müssen. Eine solche politische Unterstützung für den selbstlosen Widerstand der Guerilla und den kurdischen Mut würde die Niederlage der Besatzer herbeiführen. Doch ist eine solche Haltung der kurdischen politischen Kräfte bisher noch ausgeblieben.

Von unseren ideologischen und politischen Unterschieden abgesehen haben wir in keiner Form Position gegen die PDK bezogen. Doch die PDK hat aufgrund ihrer Beziehungen zur Türkei und anderen Kräften eindeutig eine PKK-feindliche Position eingenommen. Unseren größten Kampf und Krieg führen wir gegen den türkischen Staat. Denn er ist die treibende Kraft hinter der Kurd:innenfeindlichkeit und möchte einen Völkermord an allen Kurd:innen begehen. Seine Vorgehensweisen in Nordkurdistan und Rojava entsprechen genau dieser Politik und diesem Ziel. Doch die PDK unterhält auch weiterhin sehr enge Beziehungen mit der Türkei. Während die Türkei selbst mit ihren engsten Verbündeten gewisse Probleme hat, ist die PDK die politische Kraft, mit der das Land die allerbesten Beziehungen pflegt. Es ist offensichtlich, dass dieser Umstand in der gemeinsamen PKK-Feindlichkeit begründet liegt. Denn der türkische Staat entwickelt all seine Beziehungen auf der Grundlage seiner Feindschaft gegenüber der PKK. Auch seine Konflikte ergeben sich aus seiner Haltung gegenüber der PKK und den Kurd:innen. Die Türkei erlebt aufgrund ihrer PKK- und Kurd:innenpolitik von Zeit zu Zeit selbst mit den USA und Europa Konflikte. Doch mit der PDK bestehen keinerlei Probleme. Denn die PDK verfolgt eine Politik gegenüber der PKK und der kurdischen Bevölkerung in Nordkurdistan und Rojava, mit der die Türkei sehr zufrieden ist. Und noch viel mehr: Der MİT [türkischer Geheimdienst] treibt in den von der PDK kontrollierten Gebieten im Prinzip ungehindert sein Unwesen. In den PDK-Gebieten sind hunderte Agent:innen aktiv, die mit dem MİT zusammenarbeiten. Ihre Aufgabe besteht darin, Positionen der Guerilla ausfindig zu machen und dem türkischen Staat zu melden. Würde die PDK es als strafbar erachten, mit dem MİT und dem türkischen Staat zu kollaborieren um Mitglieder der Guerilla zu ermorden, solches Handeln ahnden und Täter:innen verurteilen, dann bliebe nicht ein:e einzige:r MİT-Agent:in in diesen Gebieten übrig. Doch stattdessen öffnen die Beziehungen der PDK zur Türkei und ihre PKK-feindliche Politik Tür und Tor für die Organisierung von Agent:innen in der südkurdischen Region Behdînan. Durch diese Spitzelnetzwerke wurden hunderte Guerillakämpfer:innen und -kommandant:innen ermordet. Diese Tatsache noch weiter auszuführen und zu bewerten erübrigt sich.

Kurdistan und das kurdische Volk stehen im Zentrum des aktuell herrschenden Dritten Weltkrieges. Dementsprechend sind sie mit noch nie dagewesenen Gefahren konfrontiert. Dabei handelt es sich nicht um eine gewöhnliche Gefahr. Es findet ein Völkermordangriff auf sie statt, wodurch die Existenz der Kurd:innen unmittelbar gefährdet ist.

In diesem Zusammenhang wenden wir uns mit einem klaren Aufruf an die kurdische Gesellschaft: Sie darf diese Agent:innen nicht unter sich dulden. Alle Beziehungen und Gespräche müssen entsprechende Tätigkeiten klar als Verrat am kurdischen Volk benennen. Alle Familien und ihre Umgebungen müssen entsprechend gebildet werden. Personen, die mit der Türkei kollaborieren, müssen von der Gesellschaft als schwerst schuldig betrachtet werden. Sie in der Gesellschaft nicht zu akzeptieren, muss zur sozialen Kultur werden. Die kurdischen Imame müssen dafür in den Moscheen entsprechende Predigten halten. Sie müssen dafür sorgen, dass die Gesellschaft Stellung gegen die geheimdienstlichen Strukturen und die einzelnen Agent:innen bezieht. Die Gesellschaft diesbezüglich zu bilden, stellt eine wichtige moralische Aufgabe dar. Den patriotischen Imamen kommt durch ihre zentrale Rolle in der Entwicklung gesellschaftlicher Moral in diesem Zusammenhang eine wichtige Aufgabe zu. Überflüssig zu beschreiben, wie die Haltung der kurdischen Politiker:innen aussehen muss. Die patriotisch-demokratische Politik muss klare Stellung beziehen gegen diese Personen und Strukturen.

Jede:r kann und muss etwas gegen die Besatzung tun

Seit mehr als zwei Monaten leistet die Guerilla einen selbstlosen Widerstand. Sie bringt große Opfer, um die Kurd:innen und die demokratischen Kräfte gegen den türkischen Staat und dem von ihm geplanten Genozid zu verteidigen. Auch in

Zukunft wird die Guerilla weiterhin diese Rolle einnehmen. Das HPG-Pressezentrum veröffentlicht täglich die Einzelheiten des selbstlosen Widerstandes der Guerilla. Doch den Widerstand nur der Guerilla zu überlassen, wäre ein historischer Fehler. Bei der aktuellen Operation handelt es sich nicht um einen gewöhnlichen Angriff. Denn dieser Angriff zielt darauf ab, den Kampf des kurdischen Volkes Stück für Stück zurückzudrängen und dadurch den Genozid an den Kurd:innen zu ermöglichen. Mit den Angriffen gegen die PKK wird die Existenz des kurdischen Volkes angegriffen. Entsprechend umfassend, aggressiv und gefährlich sind die derzeitigen Angriffe. Das nicht zu erkennen, bedeutet nichts anderes, als sich dem wahren Charakter des türkischen Staates gegenüber blind und taub zu stellen. Kurdistan und das kurdische Volk stehen im Zentrum des aktuell herrschenden Dritten Weltkrieges. Dementsprechend sind sie mit noch nie dagewesenen Gefahren konfrontiert. Dabei handelt es sich nicht um eine gewöhnliche Gefahr. Es findet ein Völkermordangriff auf sie statt, wodurch die Existenz der Kurd:innen unmittelbar gefährdet ist. Die vom türkischen Staat stets wiederholte Aussage, man werde kämpfen »bis kein einziger Terrorist mehr übrig ist«, muss so verstanden werden: »bis kein einziger Kurde mehr übrig ist, der seine Identität verteidigt und Freiheit fordert«. In Bezug auf Rojava wurde anfangs davon gesprochen, man werde »keinen kurdischen Korridor erlauben«. Diese Formulierung wurde später im Rahmen des Spezialkrieges und zur Täuschung der internationalen Öffentlichkeit umformuliert und es wurde gesagt, man werde »keinen Terror-Korridor dulden«. Vor diesem Hintergrund fanden die verschiedenen türkischen Besatzungsangriffe auf Syrien statt. Das zeigt, dass alle Angriffe des türkischen Staates Völkermordangriffe sind und sich gegen die Existenz der Kurd:innen richten. Der völkermörderische und kolonialistische türkische Staat duldet nicht eine einzige kurdische Errungenschaft. Die Beziehungen zur PDK und einigen anderen Kräften dienen nur dazu, den Krieg der Türkei gegen die PKK zu legitimieren. Die PDK, die südkurdischen Politiker:innen und das Volk Südkurdistans wissen selbst am allerbesten, welche Haltung und Rolle die Türkei nach dem Referendum 2017 und der irakischen Operation gegen Kerkûk inne hatte.

Gegen einen derartigen Angriff, der sich gegen die kurdische Existenz richtet, muss das gesamte kurdische Volk zum Widerstand übergehen. In allen Teilen Kurdistans und in der Diaspora dürfen keine einzige kurdische politische Struktur, Institution und auch das Volk nicht unbeteiligt dem Widerstand zuschauen. Alle müssen erfüllt vom Geist der nationalen Verteidigung ihren Platz in diesem Widerstand finden. Zweifellos richtet sich der aktuelle Krieg gegen die PKK, und die gesamten Guerilla- und PKK-Strukturen leisten dagegen Widerstand. Zurzeit sind die Haltung und der Widerstand des kurdischen Volkes noch unzureichend. Viele Kreise scheinen sich zu irren, was realistisch betrachtet darauf hinausläuft, dass sie abwarten, bis die Angriffe sich auch gegen sie richten. Diese Haltung muss unbedingt ein Ende finden. Alle können und müssen etwas gegen die Besatzung unternehmen. Die Kurd:innen, das politischste Volk auf dieser Welt, können überall kleine Einheiten bilden und den türkischen Staat angreifen. In Nordkurdistan und den Metropolen leben Millionen Kurd:innen. Unser dort lebendes Volk kann hunderte Selbstverteidigungseinheiten gründen und den Feind zum Angriffsziel machen. Tausende sehr wertvolle Patriot:innen, die ganz natürlich eine Führungsrolle übernehmen können, sind Teil des kurdischen Volkes. Sie müssen Verantwortung übernehmen und sich ohne zu zögern am Widerstand beteiligen. In Nordkurdistan und der Türkei finden einige Aktionen und Protest statt, doch das reicht nicht. Es gibt tausende Angriffsziele, die im Einklang mit der Politik unserer Freiheitsbewegung liegen. Sie alle können angegriffen werden. Und zwar auf eine Art und Weise, die der Kampflinie unserer Freiheitsbewegung entspricht und der Bevölkerung keinen Schaden zufügt. Die selbst gegründeten kleinen Einheiten können diese Ziele angreifen und damit den türkischen Staat in eine völlig ausweglosen Lage bringen. Auch wenn aktuell die PKK und die Guerilla im Zentrum dieses Krieges stehen, handelt es sich doch um einen Krieg des gesamten kurdischen Volkes und all seiner politischen Kräfte. Alle Kurd:innen, die den Krieg nicht auf diese Art und Weise verstehen, begehen einen historischen Fehler. Sie werden ihre heutige Haltung später bereuen. Wir betonen das Ausmaß dieses Angriffes und der Gefahr so stark, um einen derartigen Fehler und Irrglauben zu überwinden.

Folgende Tatsache ist bestens bewiesen: Wer miteinander kämpft, kennt sich gegenseitig sehr gut. Das kurdische Volk steht seit mindestens 100 Jahren einem völkermörderischen Staat gegenüber und leistet Widerstand, um die eigene Existenz zu schützen. Seit einem halben Jahrhundert findet außerdem unter der Führung Rêber Apos ein intensiver Kampf statt. Im Zuge dieses Kampfes haben Rêber Apo und die PKK das Wesen des türkischen Staates sehr gut kennengelernt. Es stellt einen großen Vorteil für die Kämpfenden dar, dass sie ihren Feind so gut kennen. So sind es Rêber Apo und die PKK, die den türkischen Staat am besten kennen. Wenn es um den türkischen Staat geht, müssen daher alle die Analysen und Vorhersagen Rêber Apos und der PKK sehr ernst nehmen. Diejenigen, die tagtäglich den Kampf gegen diesen Staat führen, der einen Spezialkrieg gegen seine eigene Bevölkerung und die gesamte Welt führt, kennen eben diesen Staat am besten. Dieser Kampf hat sowohl innerhalb der Türkei, als auch im Ausland das wahre Gesicht des türkischen Staates bereits enthüllt. Alle können heute anhand dieses Kampfes in aller Deutlichkeit erkennen, wie die Kurd:innenpolitik des türkischen Staates beschaffen ist. ♦

Über Abdullah Öcalans Äußerungen aus der Isolationshaft in İmralı

Isolation hat zu Autoritarismus der Regierung geführt

Rechtsanwalt Mahmut Şakar im Gespräch mit Ferhat Çelik, Mezopotamya Ajansi, 25. Mai 2021

Dem unter erschwerten Isolationshaftbedingungen im F-Typ-Gefängnis İmralı inhaftierten PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan wird der Besuch seiner Familie und Rechtsanwälte verwehrt. Während Öcalan von seiner Auslieferung durch ein internationales Komplott 1999 bis zum 27. Juli 2011 in bestimmten Abständen Besuch von seiner Familie und seinen Anwälten empfangen konnte, wurde ihm nach diesem Datum acht Jahre lang ein Treffen mit seinen Rechtsvertretern untersagt. Der Hungerstreik, der mit der Initiative Leyla Güvens, der Kovorsitzenden des KCD/DTK (Demokratischer Gesellschaftskongress), begann und mit der Teilnahme tausender Personen 200 Tage dauerte, führte dazu, dass Öcalan fünf Besuche mit seinen Anwälten realisieren konnte, den ersten am 2. Mai 2019, dann am 22. Mai, 12. Juni, 18. Juni und 7. August 2019. Deren Besuchsanträge seit dem 7. August 2019 werden nicht beantwortet.

Als Protest gegen die zunehmenden Rechtsverletzungen und für die sofortige Aufhebung der Totalisolation Öcalans begann in den Gefängnissen am 27. November 2020 ein unbefristeter Hungerstreik. Obwohl die Aktion nun länger als sechs Monate anhält, wurden die Forderungen nicht erfüllt.

Manche Behauptungen vom 14. März in diversen sozialen Netzwerken, während des andauernden Hungerstreiks, über die Gesundheits- und Sicherheitssituation Öcalans führten zu Besorgnis in der Öffentlichkeit. Daraufhin konnte am 25. März ein Telefonat Mehmet Öcalans mit seinem älteren Bruder realisiert werden. Es wurde unterbrochen, dauerte gerade mal viereinhalb Minuten. Mit seiner Äußerung während des kurzen Kontakts: »Der Staat spielt falsch und ihr auch, das ist weder rechtens noch richtig«, reagierte er auf die Rechtswidrigkeiten, die der Staat ihm auferlegt. Er mahnte seine Anwälte, diese Situation nicht zu legitimieren. Der PKK-Vorsitzende betonte, dass wenn es ein Treffen geben sollte, dieses auf İmralı stattfinden müsse und er Besuch von seinen Anwälten erhalten wolle.

Mahmut Şakar, jahrelang Rechtsanwalt Öcalans, beantwortete die Fragen von Mezopotamya Ajansi zu den folgenden Themen: die Haltung der Regierung zu Öcalan, die Besuchsbedingungen, Öcalans Nachrichten während der Besuche und die Verhinderung der Besuche heute.

Der letzte Kontakt mit Öcalan war das Telefongespräch mit seinem Bruder Mehmet am 25. März. Wie beurteilen Sie einen Kontakt, der auf diese Art und Weise unterbrochen wurde?

Erstens können wir das definitiv weder als Nutzung des Rechts auf Telefonverkehr noch als Familienbesuch werten. Zweitens, ein Gespräch von viereinhalb Minuten, das auch noch unterbrochen wird, wenn also nicht mal ein Telefonat erlaubt wird, zeigt uns die Logik des İmralı-Systems. Es zeigt also, wie willkürlich es ist; welches Recht wann und wie genutzt werden darf, ist nicht abhängig von Regeln, sondern von der Regierung.

Vergangenes Jahr wurde nach aufkommenden Bedenken aufgrund eines Brandes auf İmralı ein Telefonkontakt hergestellt, ein Jahr danach aufgrund der Gesundheits- und Sicherheitsbedingungen. Anträge auf Familien- und Anwaltsbesuch werden entweder abgelehnt oder nicht beantwortet. Reicht ein Telefongespräch im Jahr aus?

Mit der Erlaubnis eines einzigen kurzen Telefongesprächs im Jahr oder eines Familienbesuchs versuchen sie die Reaktionen in der Gesellschaft zu verhindern bzw. abzuschwächen. Ebenso denken sie, dass sie mit Kontakterlaubnissen dieser Art den Eindruck erwecken, es gäbe keine Isolation auf İmralı und alles entwickle sich normgerecht. Wir sehen eine Gemeinsamkeit zwischen der Kontaktphase Herrn Öcalans 2019 und den späteren Telefongesprächen. Die Kontakte verlaufen zeitgleich mit der Phase, in der die gesellschaftlichen Reaktionen sich steiger-



Demonstration für die Freiheit von Abdullah Öcalan. Foto: anf

ten. Der Hungerstreik unter der Führung von Leyla Güven 2019 öffnete den Weg des Anwaltsbesuchs. Ebenso wurden diese Besuche gestattet aufgrund der gesellschaftlichen Reaktionen auf Geschehnisse wie Erdbeben, Brände und Ähnliches. In der jetzigen Phase der gesteigerten Proteste und Reaktionen der Bevölkerung möchte das System diese unterbinden, indem es regulären gesetzlich erlaubten Familien- und Anwaltsverkehr behindert. Wir können dies als grundlegende Politik der letzten Jahre beschreiben. Daher sollten die Besuchsverbote nicht als Verweigerung eines Rechts gesehen werden, sondern als Teil der Schaffung des Bildes, alles laufe der Norm entsprechend auf İmralı.

Welche Nachricht vermittelte Öcalan in dem unterbrochenen Telefongespräch, als er sagte »Der Staat spielt falsch und ihr auch, das ist weder rechtens noch richtig«?

Herr Öcalan möchte die Unrechtmäßigkeit betonen. Er fordert Gerechtigkeit und Recht im wirklichen Sinne. Hier ist eine Forderung, nach den Vorschriften des Rechts zu handeln, die Forderung, ein Recht nutzbar machen zu können. Eigentlich übt Herr Öcalan doppelt Kritik. Zum einen kritisiert er die Haltung des Systems, aber ebenso äußert er sich zu seiner Familie, seinen Anwälten, der Gesellschaft. Dass wir die Situation nicht akzeptieren dürfen, dass mit einem Telefonat einmal im Jahr für viereinhalb Minuten der Eindruck erzeugt werden soll, dass alles normal sei, als ob Grundrechte und -freiheiten gewährleistet seien. Wir müssen das als Aufruf sehen, eine festere Haltung zur Öffnung des Familien- und Anwaltsverkehrs zu zeigen. Wenn wir dazu Forderungen stellen, wenn irgendeine Maßnahme uns zufriedenstellen sollte, dann wird es mehr als ein Telefonat von viereinhalb Minuten, nämlich nur die Wiederherstellung des Besuchsverkehrs für Familie und Anwälte sein und es darf keine willkürliche Blockade mehr geben.

Sie betonen, dass Öcalan einen Aufruf an die Gesellschaft hat. Während der letzten fünf Besuche, als Ergebnis des Hungerstreiks, betonte der PKK-Vorsitzende: »Es gibt einen Bedarf nach einer tiefreichenden gesellschaftlichen

Einigung.« Was ist diese gesellschaftliche Einigung und wieso ist sie wichtig?

Herr Öcalan hat dies 2019 geäußert. In den zwei Jahren seitdem gab es Gelegenheiten, bei denen es sich zeigte, wie richtig er mit seiner Forderung lag. Die Punkte, die er damals geäußert hat, haben nach wie vor ihre Berechtigung und behalten ihre Gültigkeit. Es geht nicht nur darum, dass die Türkei falsch geführt wird, sondern auch darum, dass wir uns in einer Zeit befinden, in der sich die Spaltung und Polarisierung der Gesellschaft vertiefen. Wir haben diese Entwicklungen erlebt, weil die kurdische Frage geleugnet und ein über die Zeit verteilter Genozid durchlebt wird. Daher braucht es eine gesellschaftliche Einigung, um dies zu überwinden.

Für eine gesellschaftliche Einigung müssen bestimmte Schritte unternommen werden. Nicht mit Krieg – der Weg des Friedens muss geöffnet werden. Eine gesellschaftliche Einigung kann nur mit Frieden erreicht werden. Das kann nur geschehen, indem nicht nur die AKP/MHP, sondern auch oppositionelle Gruppen und Parteien den Zustand des Nationalismus überwinden. Während der Besatzungsoffensive gegen Efrîn und Serêkaniyê war nicht nur die Regierung ein Teil des Szenarios, sondern auch Gruppen, die als Opposition gelten. Daher kann eine gesellschaftliche Einigung an dem Punkt der Lösung der kurdischen Frage nur eine sein, die perspektivisch Nationalismus, Kriegsvokabular und die aktuelle Regierung überwindet und eine Sprache des Friedens schafft. Ansonsten wird die Türkei, wenn weiterhin auf einer militärischen Lösung bestanden wird, auch die damit einhergehende Zersetzung, Spaltung und Polarisierung erleben.

Öcalan hat während derselben Treffen vorgeschlagen, diese Probleme könnten mit »soft power« statt mit »physischer Gewalt« gelöst werden. Wie hat sich die Türkei bis jetzt dazu verhalten?

Wenn Herr Öcalan von »soft power« spricht, dann bezieht er sich auf den Zeitraum von 2013 bis 2015. Damals waren die Außenbeziehungen der Türkei gut, im Inneren lag Frieden in der Luft. Millionen Menschen waren überzeugt, dass die Probleme der Türkei friedlich gelöst werden können. Das steigerte auch den Einfluss der Türkei auf dem Feld. In dieser Phase hatte sie das Potenzial, eine angesehene Macht auf internationaler Ebene zu werden und innere systematische Probleme zu lösen. Anstatt dies zu vertiefen, einen aufrichtigeren Prozess anzustreben, sabotierten sie es und verfolgten einen »Zerschlagungsplan«. Der Horror, den wir innen wie außen in den letzten sechs Jahren erlebt haben, ist ein Ergebnis dieser Entscheidung.

Wir beobachten, dass der Krieg erneut eskalierte, nachdem Öcalan die »demokratische Verhandlungsmethode« vorgeschlagen hatte. Können wir das unter den heutigen Umständen noch als Lösung sehen?

Im Grunde genommen besteht der Bedarf genau jetzt. Je mehr der Krieg einen zerstörerischen Punkt erreicht, umso größer ist der Bedarf an Verhandlungen. Es ist eine andere Frage, ob die aktuelle Regierung an einer Lösung interessiert ist oder nicht, aber wir sind in einer Phase mit dem größten Bedarf an einer Lösung mit friedlichen Methoden. Wir sind in einer Phase, in der sich der Krieg immer weiter ausbreitet, die gesellschaftliche Zersetzung sich immer mehr vertieft. Sehen Sie, das verstehen wir nicht nur wegen dem, was auf dem Gebiet Kurdistan geschieht. Die türkische Gesellschaft, die die Regierung unterstützt, Militär- und Nationalpolitik befürwortet, ist selbst von der Zerstörung betroffen. Vielleicht war die Armut historisch noch nie so groß wie jetzt, der Klassenwiderspruch noch nie so ausgeprägt wie jetzt; die Menschen sind an einem Punkt, dass sie wegen Hunger Selbstmord begehen. In dem Sinne ist der tiefgreifende Verfall der Gesellschaft auch ein Ergebnis dieses Krieges. Erdoğan äußert das auch. Er sagt: »Wisst ihr, wo die Gelder hinfließen?« Folgerichtig muss man sich auch von dieser Entscheidung wieder abwenden können.

Wie lässt sich das erreichen?

Es braucht eine Kraft, die die Regierung zum Frieden drängt. Egal wer sich wie definiert, niemand kann vor den Auswirkungen des Krieges gegen die Kurden fliehen. In der Türkei gibt es kein Rechtssystem und auch keine Gerechtigkeit mehr. Es gibt die Realität einer Türkei, die in allen Aspekten dem Zerfall entgegengeht. Um sich davon zu befreien, muss man den Grund richtig analysieren. Dafür muss die kriegerische, verleugnende antikurdische Politik beendet werden. Also muss man sich über eine friedliche und demokratische Verhandlungsmethode und Herangehensweise einigen. Hier geht es nicht nur darum, sich gegen Erdoğan zu vereinen, sondern um eine echte Lösung für die Türkei, einen Frieden, der die in der Türkei lebenden Ethnien vor diesem Zerfall retten kann. Wir haben den Bedarf, uns auf einer friedens- und demokratieorientierten Basis zu treffen. Wenn dies sich verbreiten würde, könnte die Regierung ihrem Kriegstreiben nicht weiter so nachgehen. Denn das sehen wir auch. Wir sehen auch, die gesellschaftliche Atmosphäre während der Besetzung Efrîns gleicht nicht der während der Militäroperation gegen Gare. Auch wenn die Gesellschaft sich nicht klar widersetzt, so unterstützt sie es nicht mehr wie zuvor. Wir sehen die Auswirkungen. Das muss man der Gesellschaft entsprechend erklären. Wenn die Opposition es schafft, der Gesellschaft klarzumachen, dass der Grund der

Armut genauso wie der Selbstmorde diese Kriegspolitik ist, dann kann sie die Kriegspolitik der Regierung zurückdrängen.

Sie erwähnten die »Kriegspolitik«. Die Angriffe auf die kurdischen Regionen Zap, Avaşîn und Metîna dauern an. Von Öcalan gibt es Analysen und Definitionen der grenzüberschreitenden Militäroperationen. Sind diese noch aktuell?

Herr Öcalan legt diese Politik konsequent seit 1993 vor. Er folgt einer auf Frieden basierenden demokratischen Linie, die immer wieder klar zeigt, wie sinnlos der geführte Krieg ist. Wenn jetzt ein Treffen mit Herrn Öcalan möglich wäre, würde er erneut betonen, dass diese Kriege keine Lösung sein werden. Bei den begrenzten Treffen mit Anwälten und Familie hat er dies auch erwähnt. Schon vor seiner Gefangenschaft hatte er gesagt, dass diese Angriffe zwar der PKK zum Teil schaden können, sie aber offensichtlich nicht zerstören werden. Dass die PKK durch solche Militäroperationen nicht besiegt werden kann, ist in den letzten vierzig Jahren klar geworden. Während der Zeiten, in denen sie wesentlich schwächer war, führten solche Operationen zu keinen Ergebnissen. Jetzt, da sie stärker ist als zuvor, ist es ebenso offensichtlich. Auch das System weiß, dass die PKK mit solchen Einsätzen nicht zerschlagen werden kann, aber hier ist das Ziel, in allen drei Teilen Kurdistans Fuß zu fassen. Dies muss als Teil des »Zerschlagungsplans«, von dem ich vorher sprach, gesehen werden. Im Süden gründen sie ständig neue Militärbasen. Wir erleben eine Zeit, in der Südkurdistan nicht nur politisch und wirtschaftlich, sondern auch militärisch kontrolliert werden soll.

Welche Lösungsvorschläge hat Öcalan speziell für die Türkei, im Allgemeinen für den Mittleren Osten?

Eines der Hauptthemen, über die Herr Öcalan immer gesprochen hat, ist der Mittlere Osten. Die kurdische Angelegenheit hat er immer im Zusammenhang mit dem Mittleren Osten und ebenso global betrachtet. In diesem Sinne ist es für die Beurteilung wichtig, die Politik des Mittleren Ostens, dessen Gesellschaft, dessen Kultur, die kurdische Angelegenheit als dessen Teil zu analysieren. Im Prinzip laufen die Gedanken Herrn Öcalans über Kurdistan auch zusammen mit denen über den Mittleren Osten. Die Krönung seiner Arbeit, in der dies sichtbar wird, ist seine fünfbändige Verteidigungsschrift. Nur ein Band davon umfasst zwar den Mittleren Osten, aber abgesehen davon gibt es in allen anderen Bänden und bei jedem Treffen auf İmralı Äußerungen dazu. Der Kern, den er betont, ist die kapitalistische Moderne; die vom globalen System aufgedrängte, fast schon zwanghafte Auffassung von Nationalstaat und Nationalismus ist der Grund für die Probleme des Mittleren Ostens. Er unterstreicht, dass die historische Entwicklung der Nationalstaaten im Westen nicht derjenigen des Mittleren Ostens entspricht, da die ethnischen und religiösen Identitäten im Mittleren Osten, historisch wie gesellschaftlich, so zusammengewachsen sind, dass eine Trennung auf diese Art und Weise nur zu ihrer Zerstörung führen wird. Daher entwickelte er die Idee der demokratischen Nation − also eine Strategie einer Nation, in der alle Identitäten gemeinsam miteinander leben können − und als politisches Modell den demokratischen Konföderalismus. Die Rojava-Revolution selbst ist ein Modellbeispiel der Anschauungen Herrn Öcalans zum Mittleren Osten.

Während sich starke Nationen Daesch [*dem Islamischen Staat (IS)*] nicht widersetzen konnten, konnten es die Kurden. Wieso? Sie hatten ein alternatives Modell im Mittleren Osten, das die kapitalistische Moderne ebenso wie die Modelle politischer Islamisten wie Daesch überwunden hat. Gewonnen hat die Idee, die Herr Öcalan formulierte. Natürlich war der Widerstand wichtig, aber auch dieser baut auf einem ethischen und philosophischen Fundament. Daher gibt es eine Lösung für die von Herrn Öcalan erwähnten grundlegenden Probleme. Das erwachte auch in Rojava zum Leben. Herr Öcalan hat mit seinem Paradigma einen Lösungsansatz gegen lokale Fortschrittsfeindlichkeit wie gegen imperiale Interventionen: einen »dritten Weg«. Im Gegensatz zur Vergangenheit diskutieren wir nicht nur theoretisch darüber; es hat auch eine Rojava-Praxis. Erwähnenswert ist, dass Herr Öcalan in dieser Praxis eine zentrale Rolle spielt.

Ebenso kritisierte Öcalan bei diesen Treffen: »Wenn ich heute draußen wäre, ginge ich nach Sûr und sammelte Müll, grüßte die Leute und nähme Grüße entgegen.« Was wollte er der Politik und den Vereinigungen der demokratischen Gesellschaft vermitteln?

Ich finde das sehr wichtig. Meiner Meinung nach ist das ein Aufruf, wie demokratische Politik zu gestalten ist. Also Politik, aber auch warum wir Politik machen, ist wichtig. Die Art, wie eine Person Politik betreibt, steht in Beziehung zu den Beweggründen ihrer politischen Arbeit. Wenn sie Politik oder auch gemeinnützige Arbeit nicht zu ihrem persönlichen Eigennutz, sondern für das Volk macht, ist das die demokratische Politik selbst. Demokratische Politik ist Politik, die für das Volk gemacht wird. Daher sagt Herr Öcalan, dass Politik das Volk als Basis nimmt, aber auch auf Arbeit und Mühe aufgebaut ist. Sein Beispiel zeigt das. Eigentlich sagt er uns allen: »Wenn ich draußen wäre, würde ich die demokratische Politik, eine Politik für das Volk, basierend auf Arbeit, losgelöst von persönlichem Profit, als Basis nehmen.« Die kurdische Politik hat sich in den letzten Phasen stark entwickelt und verbreitet starken

Einfluss gewonnen. Das brachte zum Teil aber auch Schwierigkeiten mit sich. Diese Kritik verdeutlicht auch seine Haltung dazu. Er betont, dass in seiner Praxis das Volk im Mittelpunkt steht. Wenn diese politische Linie in die Praxis umgesetzt werden kann, so wird das Volk sich stärker der Initiativen, politischen Parteien und Vereinigungen annehmen. Der Glaube an eine demokratische Politik wird gestärkt.

In erster Linie seine Anwälte, aber auch zahlreiche Politiker betonen, dass Öcalan in Bezug auf seine Isolation keine Erwartungen an den Staat hat, dass sie nur durch eine Organisierung auf gesellschaftlicher Basis zu brechen ist. Was muss also zur Überwindung der Isolation getan werden?

Da die Isolation staatliche Politik ist, kann sie natürlich nicht durch Erwartungen an den Staat gebrochen werden. Daher muss man in eine Haltung übergehen, die den Staat von dieser Politik abbringt. Die Isolation auf İmralı ist nicht nur eine Sache der Türkei, sondern auch eine, die von Europa beeinflusst wird. Nach der Gefangennahme Herrn Öcalans kam 1999 eine Delegation aus Europa nach İmralı und genehmigte das İmralı-System. Auch wenn zeitweise das CPT [*Antifolterkomitee des Europarats*] und ähnliche Adressen diesen Zustand kritisieren, dann ist es keine Kritik an dem System, sondern eher eine zur Optimierung seines Zustands. Es besteht eine generelle Übereinkunft über die Gefangenschaft Herrn Öcalans auf İmralı. Angesichts dessen bedarf es zur Überwindung dieser Politik eines starken Reflexes. Das kann man nicht nur dem Staat überlassen. Natürlich besteht eine Verbindung zwischen dem Isolationssystem und dem Status, den die kurdische Frage erreicht hat. Die Kriegspolitik gegen die Kurden aufzugeben öffnet ein Feld zur Überwindung der Isolation. Daher muss man die Isolation als einen der Aspekte der kurdischen Frage begreifen, muss eine stärkere demokratische Organisierung gezeigt werden. Eine positive Entwicklung hier wird sich auf alle Gebiete auswirken.

Herrn Öcalans Situation betrifft nicht nur die Kurden. Das darf man nicht so sehen. Natürlich haben in den vergangenen Jahren mehr als zehn Millionen Menschen unter schwierigen Umständen unter dem Motto »Öcalan ist mein Wille« ihre Unterschrift gegeben. Das zeigt die Neigung des kurdischen Volkes. Daher ist es natürlich, dass die Kurden sich der Sache stärker annehmen, aber auch für die Demokraten und Revolutionäre in der Türkei und in Europa sowie für Menschenrechtler muss es ein Themenschwerpunkt werden. Wir können sehen, dass diese Gruppen sich, wenn auch nicht ausreichend, zu vielen Themen positionieren. Wenn es aber um die Isolation geht, können wir das nicht sehen. Man kann diese Sache nicht so angehen, als wäre sie nur eine Sache der Kurden.

Das gegen Herrn Öcalan geschaffene System wurde nach dem 15. Juli über die ganze Türkei verbreitet. Das haben wir immer erwähnt. Es wurde zuerst in İmralı angewandt, aber jetzt sind alle Gefängnisse nach diesem Maßstab neu organisiert worden. Die Isolations- und Kriegspolitik hat zu einem stärkeren Autoritarismus und stärkerer Diktatorisierung der aktuellen Regierung geführt. Hätte man sich am Anfang gegen die Isolation und die Angriffe auf die Kurden gewehrt, hätten wir die jetzigen Zustände nicht erlebt. Da man sich aber nicht dazu positioniert hat, sind sie mit den Ergebnissen eines Ein-Mann-Systems konfrontiert, das sie auf dieser Basis geschaffen haben. Gerade weil es das System autoritärer gestaltet, muss es Thema für alle werden. An diesem Punkt bestehen Mängel. Hier besteht Bedarf an einem Widerstand, der Revolutionäre und Demokraten ganzheitlicher zusammenbringt.

Ich bin überzeugt: Wenn wir gegen die Isolation auf diese Art und Weise zusammenkommen, können wir noch stärkere Ergebnisse erzielen. ♦

Es scheint, dass der türkische Staat, der seit 1983 unaufhörlich Südkurdistan zu besetzen versucht, gegen die Guerilla Kurdistans erneut eine Niederlage einstecken muss

Seit 38 Jahren erprobte Annexionsangriffe

Perwer Yaş, Journalist

Seit den frühen 1980er Jahren, als der kurdische Befreiungskampf beschloss, »in das Land zurückzukehren«, war die Region Südkurdistan Ziel zahlreicher großer und kleiner Invasionsfeldzüge. Trotz seiner Niederlagen hat der türkische Staat seine seit 38 Jahren als »grenzüberschreitende Operationen« durchgeführten Besatzungsversuche nicht aufgegeben.

»Heiße Jagd«, »Besen«, »Stahl«, »Schmiedehammer«, »Hammer«, »Absicht«, »Falke«, »Sandwich«, »Sonne« und »Kralle« waren die bekanntesten. Die im türkischen Staat Verantwortlichen für die Vorbereitung dieser Pläne zur Besetzung der Gebiete, in denen sich die kurdische Freiheitsguerilla aufhielt, bevorzugten schon immer solche bombastischen Bezeichnungen, und sie schickten Tausende oder gar Zehntausende Soldaten mit Kampfflugzeug- und Helikopterunterstützung über die Grenze und rechneten sich Erfolge aus.

Entsprechende Bilder sollten als Schlagzeilen in den Zeitungen und als Topnachrichten in den Fernsehkanälen landen. Propaganda und psychologische Überlegenheit hätten zur wichtigsten Säule in der Front des türkischen Staates werden sollen. Denn während die Administration des Regimes, das häufig ausländische Unterstützung erhält, mit diesen umfangreichen Militärexpeditionen die Agenda der nationalen öffentlichen Meinung ändern wollte, versuchte sie damit sowohl die Kraft der kurdischen Freiheitsguerilla zu brechen als auch Schritt für Schritt in einen anderen Teil Kurdistans einzudringen.

Die Angriffe auf Südkurdistan, bei denen sehr oft »die Rechnung nicht aufging«, begannen 1983, wurden in den frühen neunziger Jahren intensiviert, 1995 zu einer der größten »türkischen Expeditionen« mit der Beteiligung von fast 50.000 Soldaten ausgeweitet und gerieten wie 2008 im Zap-Gebiet ins Stocken. In den letzten Jahren trafen beispielsweise in Heftanîn und Gare Luftlandeoperationen der türkischen Armee auf den unerbittlichen Widerstand der Guerilla.

Hier geht es um verschiedene kritische Phasen unterschiedlichen Ausmaßes aus den letzten 38 Jahren, die unter verschiedenen Namen historisch festgehalten worden sind. Wir betrachten also ein Panorama der Besatzungsangriffe in drei Hauptabschnitten; Konzepte der Zerstörung von vor 1990, nach 2000 und ab 2015.

Der mit dem Abkommen von 1983 beginnende Prozess

Nach dem 1982 stattgefundenen 2. Kongress der PKK [*Arbeiterpartei Kurdistan*] und der dort beschlossenen »Rückkehr in die Heimat« sowie der Aufnahme des bewaffneten Kampfes führte der kurdische Befreiungskampf im damals vom Irak unter Saddam Hussein besetzten Südkurdistan zu strategisch wichtigen Erfolgen. Während sich diese an den Norden, Osten und Westen Kurdistans grenzende Region für die kurdischen Freiheitskämpfer zu einer wichtigen Basis entwickelte, begann der türkische Staat 1983 mit seinen ersten Gegenangriffen.

Im Februar 1983, zur Zeit der Militärdiktatur vom 12. September, kamen der damalige türkische Ministerpräsident Bülent Ulusu und der irakische Erste Vizepremier Taha Yasin in Ankara zusammen und unterzeichneten ein sich auf die Zukunft der beiden Teile Kurdistans auswirkendes wichtiges Abkommen. Diese »Grenzsicherheits- und Kooperationsvereinbarung« lieferte dem türkischen Staat die notwendige internationale Legitimation für seine »grenzüberschreitenden Militäroperationen«.

Anlässlich einer bewaffneten Auseinandersetzung vom 10. Mai 1983 zwischen PKK-Kämpfern und türkischen Soldaten im Umland von Qilaban (Uludere), bei der drei Soldaten getötet worden waren, begann das türkische Militär am 25. Mai 1983 eine Invasion mit fast 10.000 Kräften in einem Gebiet zwischen Zaxo und Amêdî (Amediye) und drang fünf Kilometer auf südkurdisches Gebiet vor. Das wiederum nahm das irakische Militär unter Saddam Hussein zum Anlass für eine

großangelegte Operation von Süden her gegen die Lager der Peschmerga der PDK [*Demokratische Partei Kurdistans*] und der PKK-Kämpfer. Dieser gemeinsame Angriff der Kolonialstaaten führte im Juli 1983 zwischen der PKK und der damaligen PDK-Führung zum gemeinsamen Protokoll »Primäre Solidarität«. Der historischen Allianz zwischen den kurdischen Kräften folgten wiederum das gesamte Jahr 1983 hindurch Besatzungsangriffe des türkischen Staates.

Mobilmachungen vor und nach dem 15. August

Vor und nach dem 15. August 1984, der für das kurdische Volk als historisch wichtiges Datum gilt, fanden zwei kritische Angriffe der türkischen Sicherheitskräfte auf Südkurdistan statt. Ziel des ersten am 27. Mai 1984 unter dem Namen »Operation heiße Jagd« mit der Mobilisierung von fünftausend türkischen Soldaten war die Verhinderung des Grenzübertritts der kurdischen Freiheitskämpfer und eventueller Aktionen. Die zweite Offensive namens »Operation Sonne« begann am 11. Oktober 1984 und sollte die Kämpfer der HRK [*Befreiungskräfte Kurdistans*] einkreisen, die mit den Angriffen vom 15. August in Dih (Eruh) und Şemzînan (Şemdinli) den Beginn des bewaffneten Widerstands markiert hatten.

Die Operationen im Herbst 1984 waren erfolglos und der kurdischen Freiheitsguerilla gelang es, sich von Behdînan über Botan und Garzan bis nach Amed eine Basis zu schaffen. Der türkische Staat geriet durch die Ausbreitung der Guerilla in diesem großen Gebiet in Panik und sah die Lösung in Angriffen in Südkurdistan, das als »Hinterland der PKK« betrachtet wurde. Für die damalige erste große Besatzungsoffensive über Land und aus der Luft wählten sie den zweiten Jahrestag der 15.-August-Angriffe. Interessanterweise wurden bei dieser am 12. August 1986 begonnenen Operation nicht nur Lager der PKK, sondern auch Basen der Peschmerga der YNK [*Patriotische Union Kurdistans*] und der PDK bombardiert.

Veranstaltungsplakat von 1986 zur 15.-August-Feier Foto: kr

Dieser Angriff vom Sommer 1986 wurde im Februar 1987 fortgesetzt. Am 22. Februar fielen tausende türkische Soldaten erneut in südkurdisches Territorium ein, am 3. März bombardierten dreißig Kampfflugzeuge Gebiete der Guerilla ARGK [*Volksbefreiungsarmee Kurdistans*]. Diese bisher größte »grenzüberschreitende Luftoperation« hatte zweifellos nicht das Ziel, die PKK-Kräfte zu vernichten, sondern auch andere Kräfte Südkurdistans zu schwächen und diese Region des mit dem Iran im Krieg befindlichen Iraks zu besetzen. Sogar westliche Medien nannten es die »Probe der Türkei, Mossul und Kirkuk zu besetzen«.

Zwischen 1988 und 1991 fanden diese sogenannten »grenzüberschreitenden Operationen«, also Invasionsangriffe auf Südkurdistan, nicht statt, da die irakische Regierung dem türkischen Staat dazu keine Erlaubnis gab. Der nutzte jedoch die unerwarteten Entwicklungen in der Region nach dem Anfang 1991 ausgebrochenen Golfkrieg und drückte am 5. August 1991 den Startknopf für die erste Invasionskam-

pagne der 1990er Jahre. Spezialkommandos des türkischen Militärs überquerten bei dieser »Operation Besen« die Grenze in Richtung Xakurke und begannen ihre Angriffe, konnten sich aber nur zwei Wochen lang auf dem Territorium Südkurdistans halten.

Der »Südkrieg« 1992

Auf der ersten Sitzung des südkurdischen Parlaments in Hewlêr am 4. Oktober 1992 betrafen zwei Tagesordnungspunkte die Beziehung zum zentralen Bagdad-Regime und den Krieg gegen die PKK-Kräfte. Mehrheitlich wurde im Parlament die Entscheidung zum »Bruderkrieg« getroffen, der als dunkler Punkt in die Geschichte Kurdistans einging. Kurz nach diesem Beschluss nahmen am 12. Oktober das türkische Militär und der PDK und der YNK angehörende Kräfte die Angriffe auf, die als »Großer Südkrieg« in den Annalen der Befreiungsbewegung Eingang fanden und mit historischem Widerstand beantwortet wurden.

Der türkische Staat nannte diesen Angriff »Operation Panzer«, da das Militär auf seine Panzer setzte. Mit jeder erdenklichen Technologie ausgerüstet und mit tausenden Soldaten sollte dieser Annexionskrieg die kurdische Guerilla vor allem aus den Regionen Heftanîn, Zap und Xakurke vertreiben. Die aus der kurdischen Geschichte bekannte Parallele von Verrat und Widerstand sollte sich auch hier zeigen, denn am 24. Oktober 1992 wendete sich das Blatt mit der gefallenen Guerilla Gülnaz Karataş (Bêrîtan), die bis auf die letzte Kugel gekämpft und sich nicht den Peschmerga ergeben hatte. Nach einem 45 Tage dauernden Krieg traf die PKK mit den Kräften des Südens eine Vereinbarung, woraufhin sich das türkische Militär wieder hinter die Grenze zurückzog und auf Bestrebungen des damaligen Präsidenten Turgut Özal hin die Phase »Waffenstillstand 1993« begann.

Streit um das Gebiet im Süden

Kurz nach dem Auftritt des Teams Demirel/Çiller/Güreş auf der politischen Bühne im Jahr 1993 wurden 1994 die Berge Kurdistans zum Schauplatz heftiger Gefechte und des unerbittlichen Widerstands der Guerilla. Das türkische Militär begann am 28. Januar 1994 mit Luftangriffen auf Südkurdistan. Dieses Mal nannten sie die Operation »Angriff auf Zelê«, denn Zelê war damals in der kurdischen Öffentlichkeit der bekannteste Guerillastützpunkt.

Nachdem dieser Angriff mit fast zehntausend Soldaten zu keinem Ergebnis geführt hatte, traf die türkische Armee im Winter 1995 erneut Vorbereitungen. Dieses Mal wurde der Invasionsversuch auf den 21. März, das Newrozfest, gelegt und »Operation Stahl« genannt. Nach offiziellen türkischen Aufzeichnungen waren 35.000 Soldaten daran beteiligt und 13 Generäle sollten diesen Annexionskrieg aus vier Richtungen kommandieren.

Südkurdistan erlebte den bisher umfangreichsten Angriff des türkischen Staates und die Guerilla Kurdistans hielt mit eisernem Widerstand dagegen. Laut ARGK-Kriegsbilanz starben bis zum Ende des von PDK-Kräften unterstützten Angriffs am 2. Mai 1995 60 Guerillakämpfer und mindestens 800 türkische Soldaten. Die 43 Tage dauernden Kämpfe kosteten circa 200 Zivilisten aus Südkurdistan das Leben.

Der misslungene »Falke« der Invasionskräfte

Trotz seiner Niederlage in der hoffnungsvoll begonnenen »Operation Stahl« unternahm das türkische Militär im Frühjahr 1996 erneut einen Annexionsversuch, die »Operation Falke«. Seit dem 6. März 1996 wurden die Regionen Zap und Heftanîn ununterbrochen von Kampfflugzeugen bombardiert. Dieser bis ins innere Nordkurdistan und nach Botan ausgeweitete Angriff hatte die Einnahme des Zap-Gebietes zum Ziel.

Das türkische Militär beabsichtigte seit Mitte der neunziger Jahre in nahezu jedem Frühjahr die Besetzung von südkurdischen Gebieten. 1997 war das Land jedoch zwei großen Angriffen ausgesetzt. Die erste Operation hieß »Schmiedehammer«, begann am 14. Mai 1997 und 50.000 türkische Soldaten nahmen teil.

In der Anfangsphase des unter aktiver Beteiligung von PDK-Kräften geführten Krieges wurden am 16. Mai 1997 in Hewlêr behandelte verwundete PKK-Guerillas, Journalisten und Künstler sowie Ärzte auf brutalste Weise massakriert. Der Abschuss eines türkischen Militärhubschraubers durch die ARGK-Guerilla am 4. Juni jedoch brachte eine Kriegswende. Der Absturz des Helikopters mit elf hochrangigen Militärs der Kommandoebene wirkte in Ankara wie ein Erdbeben. Zweieinhalb Monate nach der Niederlage in der Operation »Schmiedehammer« am 7. Juli führte die türkische Armee eine weitere Bodenoffensive in Südkurdistan durch, die »Operation Hammer«. Sie dauerte vom 25. September bis zum 15. Oktober 1997, 10.000 Soldaten nahmen teil. Auch diese von PDK-Peschmergas unterstützte Invasion, die als Ziel die Einnahme Xakurkes hatte, sollte wie die vorherigen erfolglos bleiben.

Neben den »grenzüberschreitenden« Besatzungsangriffen auf südkurdisches Territorium startete das türkische Militär fast jedes Frühjahr auch in Nordkurdistan umfassende »Operationen« gegen Guerillagebiete. 1998 ging es gegen die von der



Guerillakämpferin in den Bergen Kurdistans auf Wachposition. Foto: anf

Guerilla »Gebiet Amed« genannten Regionen in den Grenzen der Provinzen Amed, Çewlîk (Bingöl), Mûş (Muş) und Bedlîs (Bitlis). Die »Operation Murat« vom 23. April 1998 mit 40.000 türkischen Soldaten wurde von 24 türkischen Generälen geleitet.

Zur Zeit des internationalen Komplotts gegen den kurdischen Repräsentanten Abdullah Öcalan zwischen dem 9. Oktober 1998 und seiner Gefangennahme am 15. Februar 1999 führte die türkische Armee von Süden und Norden aus die »Operation Sandwich« durch, mit der sie die Guerilla vernichten wollte. Trotz ihrer umfangreichen Versuche war sie bis zum Ende der neunziger Jahre im In- und Ausland erfolglos geblieben, woraufhin sie neue Kriegstaktiken ins Auge fasste. Die in den letzten Jahren häufig genutzte »Tötung aus der Luft« stammt aus der intensivsten Kriegszeit und wurde 1998 zum ersten Mal ausprobiert.

Bush-Erdoğan-Gespräch vom 5. November

In den 2000er Jahren, während des strategischen Wandels der kurdischen Befreiungsbewegung, fanden sieben Jahre lang keine grenzüberschreitenden Operationen auf südkurdischem Territorium statt. Am 5. November 2007 fand sich Erdoğan zu Gesprächen im Weißen Haus ein und erhielt dabei vom US-Präsidenten George Bush das Versprechen der Unterstützung gegen die PKK auf unterschiedlichen Ebenen. Vom geheimdienstlichen Informationsaustausch bis zur technologischen Hilfe boten die USA dem türkischen Staat jede erdenkliche Möglichkeit und gaben grünes Licht für einen Angriff auf Südkurdistan.

Am 2. Dezember 2007 eröffnete die türkische Armee von ihren Stützpunkten in der Grenzregion Colemêrg/Çelê (Hakkari/Cukurca) aus das Artilleriefeuer auf das Zap- und das nahe gelegene Çemço-Gebiet und damit eine weitere Operation. Am 16. Dezember nachts um ein Uhr wurden die Angriffe, die den Guerillagebieten von Qendîl bis Zap galten, von fünfzig Kampfflugzeugen begleitet.

Die Hauptangriffswelle begann am 20. Februar 2008 zwischen 9.30 und 10.00 Uhr mit der Bombardierung des Zap-Gebiets, wo sich der Hauptstützpunkt der HPG [*Volksverteidigungskräfte*] befand, durch türkische Kampfflugzeuge. Nach offiziellen türkischen Angaben drangen in den ersten Stunden des 21. Februar erste Armeekräfte in Südkurdistan ein. Die »Bergkommando-« und »Sondereinheiten« mit mehr als

10.000 Soldaten wurden von mit Wärmebildkameras ausgestatteten M60-Patton-Panzern und zwanzig F-16-Kampfflugzeugen flankiert.

Das türkische Militär, das innerhalb weniger Tage an verschiedenen Fronten Niederlagen einstecken musste, saß in den Tiefen Kurdistans fest. Auf einem Gipfel in Ankara am 29. Februar 2008 wurde eilig sein Rückzug beschlossen. Büyükanıt [*Generalstabschef*] kündigte den Rückzug an als »so vorsichtig, wie ein Haar aus der Suppe zu ziehen«, aber mit dem Presse-Briefing des Verteidigungsministeriums vom 3. März, sie hätten »beim Rückzug keinen einzigen Soldaten verloren«, gab er regelrecht zu, dass der eigentliche Erfolg der Operation nicht während des Angriffs, sondern während des Rückzugs erzielt wurde. Die kurdische Presse wiederum verkündete das Zap-Epos der Guerilla mit der Schlagzeile »Siwar hatin peya çûn« (Sie kamen zu Pferd und gingen zu Fuß).

Am 5. Oktober 2011 stimmte das Parlament einem Gesetzentwurf über neue Militärinvasionen in Südkurdistan zu. Kurdistans Freiheitsguerilla umzingelte jedoch das türkische Militär nicht im Süden, sondern bereits auf türkischem Boden. Während sich die türkischen Einheiten 19 Tage später am 24. Oktober zum Rückzug entschieden, dauerte der »revolutionäre Volkskrieg« der kurdischen Guerilla in Elkê, (Beytüşşebap), Çelê (Çukurca), Şemzînan (Şemdinli) und Gever (Yüksekova) bis zum Dezember 2012 an.

Der Luftangriff vom 24. Juli 2015

Während des »Lösungs- und Friedensprozess« genannten Dialogs und der Verhandlungen mit dem kurdischen Repräsentanten Abdullah Öcalan fanden bis in die Sommermonate 2015 hinein keine Angriffe auf die Medya-Verteidigungsgebiete statt. Den ersten Luftangriff nach 2012 gab es am 30. Juni 2015 und er bedeutete das Aus für den seit 2013 anhaltenden einseitigen Waffenstillstand. Der bis dahin heftigste Luftangriff des türkischen Staates auf Südkurdistan wurde am Abend des 24. Juli 2015 durchgeführt.

Nahezu das gesamte Gebiet der Medya-Verteidigungsgebiete von Qendîl, Metîna, Heftanîn, Avaşîn, Xakurke, Xinêre bis nach Gare wurde von fünfzig Kampfflugzeugen bombardiert. Fast jede Nacht gab es Luftangriffe, auch auf zivile Wohngebiete. Sie waren im Sommer 2015 der Beginn eines neuen Kriegskonzepts gegen das kurdische Volk. In Nordkurdistan wurde mit Razzien der politische Kahlschlag begonnen, begleitet vom Krieg in den Städten, und das Ausmaß der Invasionsangriffe änderte sich ab 2016. Das türkische Militär zielte im Süden jetzt ohne Unterschied auf alle, auf Zivilisten, Peschmerga und das Volk.

Bei den Angriffen des türkischen Staates in den Jahren 2017 bis 2018 kamen mindestens dreißig Zivilisten ums Leben. Bei dieser Bilanz blieb es aber zweifellos nicht. Das Peschmerga-Ministerium in Südkurdistan meldete für die Zeit vom 1. Januar 2015 bis zum 31. Dezember 2018 398 Luftangriffe türkischer Kampfjets, 425 Artillerieabschüsse und 288 Angriffe auf Dörfer. Beim Invasionsversuch des türkischen Militärs in Südkurdistan ab dem 27. Mai 2019, »Operation Kralle« genannt und von Kampfflugzeugen begleitet, kamen immer wieder Zivilisten ums Leben.

Heftanîn, Gare und die Angriffe vom 24. April

Mit Beginn des Jahres 2020 verfolgte das türkische Militär als Teil seines neuen Kriegs- und Zerstörungskonzepts auch neue Besatzungspläne. In der Nacht vom 14. zum 15. Juni begann es einen umfangreichen Angriff auf das Gebiet Heftanîn. Nach dem historischen Widerstand der kurdischen Bevölkerung, der als »Cenga Heftanîn« bekannt wurde und den gesamten Sommer andauerte, attackierte das Militär am Morgen des 10. Februar 2021 mit 41 Kampfjets, unzähligen Kampfdrohnen und Hubschraubern den Berg Gare, wo sich Stützpunkte der Guerilla befanden. Meldungen zufolge kosteten diese Angriffe, die in der Nacht des 13. Februar ihr Ende fanden, 15 Guerillas der Volksverteidigungskräfte (HPG) und 37 türkischen Soldaten das Leben.

Der imperialistische türkische Staat begann in der Nacht zum 24. April 2021, dem 106. Jahrestag des Völkermords an den Armeniern, erneut mit Luft- und Bodenangriffen auf die Medya-Verteidigungsgebiete, auf Metîna, Zap und Avaşîn. Auffällig war, dass sie direkt nach den Telefonaten von Erdoğan mit US-Präsident Biden und zwischen den Außenministern Mevlüt Çavuşoğlu und Antony Blinken eingeleitet wurden.

Nach heftigen Bombardements versuchte das türkische Militär mit Helikoptern, Kräfte auf wichtigen Berggipfeln abzusetzen, stieß jedoch auf den erbitterten Widerstand der Volksverteidigungskräfte HPG und der Frauenguerilla YJA-Star. Es scheint, dass der türkische Staat, der seit 1983 unaufhörlich Südkurdistan zu besetzen versucht, gegen die Guerilla Kurdistans erneut eine Niederlage einstecken muss. ♦

Bevölkerung des Camps Mexmûr besteht auf ein Leben gemäß den eigenen Traditionen

Gestern und auch heute: Mexmûr widersteht den Angriffen der Besatzer

Baxtiyar Çelê, Mitglied des Volksrats von Mexmûr

Baxtiyar Çelê, Sie sind Mitglied des Volksrats des Geflüchtetencamp Mexmûr. Können Sie uns Anhand der Geschichte von Mexmûr erklären, warum die Bevölkerung permanent Angriffen von Seiten der Türkei und seinen Verbündeten ausgesetzt ist?

Es lohnt sich, einmal genauer zu erläutern, warum das Geflüchtetencamp Mexmûr derart regelmäßig zum Ziel von Angriffen des faschistischen türkischen Staates und der mit ihm kollaborierenden PDK wird. Die Bevölkerung des Lagers, das ausschließlich von politischen Geflüchteten bewohnt wird, stammt ursprünglich von den nördlichen Ausläufern des Zagros-Gebirges – ein Gebiet, das von tiefen Schluchten und zahlreichen Hochebenen geprägt ist. An diese geographischen Eigenheiten der Region hatten die Vorfahren der Bewohner:innen Mexmûrs ihre Lebensweise angepasst und im Lauf von Tausenden von Jahren eine einzigartige Kultur entwickelt. Nie akzeptierten sie, sich von einer äußeren Macht unterwerfen zu lassen; stets bestanden sie auf ein Leben gemäß ihrer eigenen Traditionen. Auf Druck von außen reagierten sie mit Aufständen. So gelang es ihnen, ihre Sprache und Kultur zu schützen. Dutzende Male kam es zu Aufständen gegen kolonialistische Mächte, an denen sich die Vorfahren der heutigen Bevölkerung Mexmûrs in ihrer Heimatregion im nördlichen Zagros-Gebirge beteiligten bzw. aktiv Unterstützung leisteten. Die dortige Bevölkerung schloss sich allen kurdischen Bewegungen an, die im Laufe der Geschichte entstanden, wodurch die Region zu einem Versorgungs- und Schutzraum für eben diese Bewegungen wurde. Auch als die jüngste Bewegung – die PKK – in der Region Fuß fasste, setzte die Bevölkerung diese Tradition fort, leistete Unterstützung und beteiligte sich aktiv am Kampf der PKK. An den Volksaufständen der 1990er Jahre nahmen die Menschen aus der Region aktiv teil. Sie spielten damit eine wichtige Rolle in der Fortführung der Tradition, sich gegen den faschistischen türkischen Staat mit Volksaufständen zur Wehr zu setzen. Als Reaktion begann der türkische Staat Anfang der 90er Jahre eine Politik des Verschwindenlassens, der Folter, der Zwangsrekrutierung für das Dorfschützersystem und der gezielten Vertreibung der Bevölkerung. Tausende Dörfer wurden damals entvölkert und zerstört. Ein kleiner Teil der betroffenen Bevölkerung – die Bewohner:innen der Dörfer an den Hängen des Zagros-Gebirges – waren in der Folge dazu gezwungen, nach Südkurdistan (Nordirak) zu fliehen.

Dem faschistischen türkischen Staat war es nicht gelungen, diese Bevölkerung in Nordkurdistan durch seine systematische Völkermordpolitik zu unterwerfen und zu assimilieren. Er entschied sich deshalb, die Menschen aus ihren Dörfern zu vertreiben und ihre enge Beziehung zur Guerilla zu zerstören. Als der Staat Anfang der 90er Jahre mit seiner Vertreibungspolitik in der Region begann, wurde der Dorfbevölkerung immer wieder Folgendes mitgeteilt: »Entweder ihr bleibt und befolgt die Anweisungen des Staates, oder ihr müsst in den Nordirak gehen.« An bestimmten Orten half der türkische Staat sogar aktiv, wenn Menschen die Grenze zum Nordirak überqueren wollten. Ihm war es nicht gelungen, die Bevölkerung des nördlichen Zagros-Gebirges unter seine Kontrolle zu bekommen. Nun war er also dazu übergegangen, sie in die von der PDK kontrollierten Regionen Südkurdistans zu bringen, um zu versuchen, dort mithilfe der PDK die eigenen Pläne zu Ende zu bringen. Vom ersten Tag an wurden die Orte, an denen sich die politischen Geflüchteten des heutigen Mexmûr niederließen, zum Angriffsziel des türkischen Staates und der PDK. Das Mexmûr-Camp ist das letzte von insgesamt acht Lagern, die durch die Bewohner:innen im Lauf der Jahre aufgebaut wurden. Wo auch immer sie sich ansiedelten, wurde unter Einsatz unterschiedlichster Methoden versucht, die Menschen unter Kontrolle zu bringen. Der faschistische türkische Staat unternahm größte Anstrengungen, um den Zusammenhalt der Menschen zu zerschlagen und sie auf verschiedene Gebiete Südkurdistans zu verteilen.

Die Politik, deren Umsetzung dem türkischen Staat in Nordkurdistan nicht gelungen war, versuchte er nun also mithilfe der PDK in Südkurdistan zu realisieren. Wir können uns ein konkretes Beispiel anschauen, um die Haltung der kollaborierenden PDK gegenüber der Camp-Bevölkerung zu verdeut-

lichen: den Angriff auf das Geliyê Qiyametê-Camp in Etrûş 1995.

Nach mehreren Anträgen und demokratischen Protestaktionen hatte sich die UNO dazu entschieden, ein zentrales Camp für alle Menschen einzurichten, die zu verschiedenen Zeitpunkten zur Flucht aus Nordkurdistan nach Südkurdistan gezwungen worden waren. Dieses Camp wurde in der Etrûş-Region eingerichtet, die sich im Norden der Provinz Dohuk befindet. Nachdem die Entscheidung zur Errichtung des Camps gefallen war, wurden alle Geflüchteten, die sich entlang der irakisch-türkischen Grenze eingefunden hatten, in zwei Camps (Etrûş I und Etrûş II) in der Etrûş-Region angesiedelt.

Im März 1995 hatte der faschistische türkische Staat gemeinsam mit der PDK eine umfassende Militäroperation (»Operation Stahl«) in Südkurdistan gegen die PKK begonnen. Dabei kam es zu schweren Verlusten auf Seiten der Türkei und der PDK. Als Reaktion umzingelten PDK-Kräfte unter Leitung Mesûd Barzanîs[1] das Camp Etrûş I (auch Geliyê Qiyametê genannt), um dessen Bevölkerung als Druckmittel gegen die PKK zu benutzen. Alle, die die bewaffneten PDK-Kräfte in der Umgebung des Camps sahen, wurden von ihnen umgebracht. Mehrere Hirten wurden erschossen und ihre Tiere gestohlen. Die Menschen im Lager wurden mit automatischen Waffen beschossen, wodurch ihre Zelte Feuer fingen. 80 Zelte brannten vollständig nieder. Gleichzeitig wurde massiver Druck auf die Menschen vor Ort ausgeübt, um sie dazu zu bringen, sich den Anweisungen der PDK-Kräfte unterwerfen. Es wurde gefordert, das in Bergnähe gelegene Camp aufzulösen. Trotz ihrer äußerst begrenzten Möglichkeiten, leistete die Bevölkerung des Camps Etrûş I Widerstand: Alle Frauen und Kinder schützten das Lager, indem sie außenherum einen Sitzstreik begannen, der das gesamte Camp umschloss. Sie machten damit deutlich, dass sie sich nicht ergeben würden. Mesûd Barzanî blieben nur zwei Möglichkeiten: Er würde entweder ein Massaker an der Camp-Bevölkerung verüben oder sich zurückziehen. Er entschied sich für Letzteres. Während dieser Ereignisse in Etrûş I, entschieden sich die Menschen im drei bis vier Kilometer entfernt gelegenen Camp Etrûş II, dem benachbarten Lager zu Hilfe zu eilen. Sie entschlossen sich, alle gemeinsam mit einem Demonstrationszug nach Etrûş I aufzubrechen; Jung und Alt machten sich gemeinsam auf den Weg. Wie immer während der Proteste waren die Frauen des Camps in der ersten Reihe. Nachdem die Menschen ca. 400 Meter zurückgelegt hatten, wurde die Demonstration von den PDK-Peschmerga mit automatischen Waffen beschossen. Zeynep Erdem, eine junge Frau aus der Campleitung, wurde dabei tödlich verwundet und fiel als Märtyrerin[2]. Acht Kinder und Frauen wurden verletzt. Kurz darauf beschloss die Bevölkerung von Etrûş I in Absprache mit der Leitung des Camps Etrûş II, sich mit diesem zusammen zu schließen. Von da an gab es also nur noch ein Lager.

Wir könnten von Dutzenden derartiger Beispiele berichten. In allen Fällen leistete die spätere Bevölkerung Mexmûrs Widerstand und gab kein bißchen nach. So kam es letztendlich dazu, dass sie nach einer jahrelangen Flucht Mexmûr erreichten und sich dort niederließen.

Auf diese Geschichte kann die Bevölkerung Mexmûrs zurückblicken. Bis zum heutigen Tag hat sie an ihrem Weg festgehalten und sich kontinuierlich weiterentwickelt. Heute ist das Camp Mexmûr von allgemeiner Bedeutung in der Region und darüber hinaus. Es hat sich zu einer kleinen Bastion für den nationalen Kampf entwickelt.

Die Türkei hat in diesem Jahr ihre militärischen Operationen in Südkurdistan/Nordirak intensiviert. Wie wirkt sich diese türkische Expansionspolitik auf das Geflüchtetencamp Mexmûr aus?

Den kurdischen Geflüchteten Mexmûrs ist es im Laufe der Jahre gelungen, die Pläne ihrer Feinde ins Leere laufen zu lassen und sich zu einer beachtlichen Kraft zu entwickeln. Sie haben sich auf der Flucht nicht auseinandertreiben lassen, sondern stets darauf bestanden, ein gemeinschaftliches Leben zu führen. Auf Grundlage des nationalen und demokratischen Kampfes und der Ideen Abdullah Öcalans haben sie ihr eigenes System aufgebaut. Dieses System der Demokratischen Autonomie umfasst alle zentralen Lebensbereiche: Kommunen und Räte, Kommissionen für Bildung, Gesundheit, Stadtverwaltung, Jugend, Außenbeziehungen und Wirtschaft. Das System Mexmûrs hat sich damit zu einem Modell für die Region entwickelt. Die Menschen des Camps haben es stets geschafft, auf der Grundlage einer gemeinsamen Willenskraft zu handeln und haben damit erkennbar Einfluss auf die umliegenden Regionen gehabt. Sie haben ihre eigene Kultur bewahrt und weiterentwickelt, z. B. durch die Gewährleistung einer 12-jährigen Schulbildung in ihrer kurdischen Muttersprache. Als offizielle Staatsbürger:innen der Türkei ist es den Menschen Mexmûrs gelungen, Druck für eine Lösung der kurdischen Frage in der Türkei aufzubauen und auf internationaler Ebene die türkische Verleugnungs- und Völkermordpolitik anzuprangern. Aufgrund all dieser Entwicklungen ist Mexmûr bis heute ein permanentes Ziel der Angriffe des türkischen Faschismus.

1 Von 2005 bis 2017 Präsident der Autonomen Region Kurdistan, seit 2017 nur noch Vorsitzender der PDK

2 In der Freiheitsbewegung Kurdistans werden alle Menschen, die im Rahmen des Freiheitskampfes getötet wurden, als Märtyrer:innen oder auch Gefallene bezeichnet. Aufgrund der widerständigen Geschichte Mexmûrs werden dazu auch Bewohner:innen des Camps gezählt, die ihr Leben verloren.



Mit der Losung »Wir sind politische Flüchtlinge« hat die Demokratische Volksversammlung des Flüchtlingslagers Maxmur internationale Organisationen aufgerufen, ihrer Verantwortung in Bezug auf die Repressionen und Angriffe auf das selbstbestimmte Camp nachzukommen. Foto: Mezopotamiya Ajansi

Seit Ende April diesen Jahres hat die faschistische Regierung der Türkei ihre Besatzungsoperation in Südkurdistan deutlich ausgeweitet. Die Gründe für diese Angriffe, die sich vor allem gegen die PKK richten, sind vielfältig: In der Zagros-Region hatten die Ideen Abdullah Öcalans und die Volksverteidigungseinheiten (HPG) weitflächig Fuß gefasst, sich stets weiterentwickelt und sich von dort aus in ganz Kurdistan, den Mittleren Osten und viele Teile der Welt verbreitet. Die HPG kämpft dort heute gegen die neoosmanischen Träume des türkischen Staates samt seiner islamistischen Söldner, d. h. gegen deren Besatzungspolitik. Sie stellt damit das größte Hindernis für diese türkischen Pläne dar. Die strategische Lage macht das Zagros-Gebirge zu einer Art natürlichen Schutzwall gegen die türkische Besatzungsstrategie. Aus diesen Gründen sind die Ideologie, Politik und die militärische Kraft der PKK heute das primäre Angriffsziel des türkischen Staates. Im Falle einer Schwächung oder Zurückdrängung dieser Kraft, werden Orte wie Mexmûr definitiv zum nächsten Angriffsziel der Türkei werden. Die Türkei wird in diesem Fall sofort all ihre Kraft darauf verwenden, das Camp zu zerschlagen. Wie bereits in der Vergangenheit, wird der türkische Staat die Unterstützung der irakischen Regierung suchen und unterschiedliche Druckmittel gegen die Camp-Bevölkerung zum Einsatz bringen. Die Unterstützung der Internationalen Koalition und der UN für diese türkischen Bemühungen ist sicher. Auf verschiedenen Wegen wird dann mithilfe der PDK und des IS (Islamischer Staat) eine Eskalation der Gewalt in der Region herbeigeführt werden. Dann wird man Peschmerga-Kräfte in der Region um Mexmûr stationieren, die das seit zwei Jahren andauernde Embargo weiter verschärfen und die bisher von der Bevölkerung Mexmûrs genutzten Wege in andere Regionen des Irak blockieren werden. Diese und viele weitere Maßnahmen, die das Leben der Bevölkerung Mexmûrs äußerst negativ beeinflussen würden, werden mit großer Wahrscheinlichkeit Realität werden, sollte es der Türkei gelingen, die PKK und die HPG zu schwächen.

Die jüngsten Angriffe des türkischen Staates auf Südkurdistan basieren auf einer langfristig angelegten Besatzungsstrategie. Sein erklärtes Ziel ist es, mit diesen Angriffen bis 2023 konkrete Ergebnisse zu erzielen. Dann jährt sich der Abschluss des Vertrags von Lausanne zum 100. Mal. Mit ihm wurde 1923 die Vierteilung Kurdistans endgültig festgeschrieben. Seine Gültigkeit wurde damals angeblich auf 100 Jahre festgelegt[3]. Bis 2023 möchte der türkische Staat also Südkurdistan besetzen und damit seine Strategie in die Praxis umsetzen, die so veränderten regionalen Verhältnisse durch ein neues inter-

3 Diese falsche Behauptung hat Erdoğan aufgestellt, um die neoosmanischen Träume in eine zeitlich erreichbare Nähe zu holen und die kolonialen Bestrebungen zu legitimieren. Der Vertrag enthält jedoch keine festgelegte Laufzeit.

nationales Abkommen abzusichern. Teil dieser Strategie ist es, den Norden des Zagros-Gebirges vollständig unter Kontrolle zu bringen und die von der Türkei organisierten dschihadistischen Organisationen wie den IS und al-Nusra dort anzusiedeln. So soll das Ergebnis des Vertrags von Lausanne, mit dem Kurdistan durch politische Grenzen aufgeteilt wurde, durch die Schaffung eines dschihadistischen Gürtels von Efrîn bis zur iranischen Grenze ersetzt werden. Durch diese erzwungene Veränderung der demographischen Verhältnisse in der Region wird die Strategie verfolgt, eine Vereinigung der verschiedenen Teile Kurdistans endgültig zu verhindern. Zugleich würden die dort angesiedelten dschihadistischen Gruppen eine permanente, massive Bedrohung für die Völker der Region und die gesamte Welt darstellen.

Nicht nur für die türkischen Angriffe ist Mexmûr eine Zielscheibe, auch für die PDK. Seit bald zwei Jahren dauert nun das Embargo gegen das Camp an. Was für Ziele verfolgt die PDK mit dieser Politik und was sind die Gründe für die Feindschaft der südkurdischen Regierung gegenüber den Bewohner:innen von Mexmûr?

Auch wenn die Regierungskoalition in Südkurdistan aus drei verschiedenen Parteien besteht, verfügt nur die PDK über tatsächliche Macht. Alle strategisch zentralen Stellen werden von der Barzanî-Familie kontrolliert: Der Präsident Südkurdistans ist ein Mitglied der Barzanî-Familie. Der Premierminister Südkurdistans: auch ein Mitglied der Barzanî-Familie. Der Innenminister Südkurdistans: gehört zur Barzanî-Familie. Alle ölreichen und viele weitere strategisch wichtige Gebiete befinden sich unter der Kontrolle der Barzanîs. Auch die militärischen Kräfte werden zum Großteil von ihr kontrolliert. Selbst ein Teil der Talabanî-Familie befindet sich unter der Kontrolle der Barzanîs. Südkurdistan ist nach wie vor eine Kolonie des internationalen Systems, unmittelbar kontrolliert wird es von den beiden Familien Barzanî und Talabanî. Daher reichen Absprachen zwischen diesen beiden Familien aus, um jede beliebige Maßnahme in der Region in die Wege zu leiten. Weder das Parlament, noch die Regierung als solche verfügen in Südkurdistan über wirklichen Einfluss. Der absolute Großteil der Maßnahmen vor Ort ergibt sich aus den Beziehungen der Familien Barzanî und Talabanî zu den Nachbarländern. Die PDK unterhält enge Beziehungen zur faschistischen türkischen Regierung im Bereich militärisch-geheimdienstlicher Fragen, der Abwicklung von Schwarzgeldgeschäften, illegalem Ölhandel usw. Aus diesem Umstand ergibt sich auch, dass die PDK und der türkische Staat auf der Basis gemeinsamer Pläne zusammen gegen die PKK vorgehen. Am ausschlaggebendsten ist jedoch die Angst der PDK vor der Perspektive der Demokratischen Nation und dem auf Demokratie, Frauenbefreiung und Ökologie basierenden Paradigma der PKK. Das würde dem auf Vetternwirtschaft basierenden Sultanat der PDK ein Ende bereiten. Entsprechend stark ist deren Feindschaft gegenüber der PKK.

Das Mexmûr-Camp hat sich an eben diesem Paradigma der PKK orientiert und setzt es seit Jahren in die Praxis um. Es ist daher ein Albtraum für solch rückständige Führungszirkel wie die der PDK. Aus den oben erwähnten Gründen stellt es ein bedeutendes Hindernis für die Interessen der Türkei, der PDK und ähnlicher Kräfte dar. Deshalb wird versucht, das Mexmûr-Camp und vergleichbare Orte zur Kapitulation zu zwingen. Das seit zwei Jahren bestehende Embargo gegen das Lager geht nicht auf eine Entscheidung der Regierung Südkurdistans zurück, sondern ist das Ergebnis einer auf Wunsch der Türkei gefällten Entscheidung der Barzanî-Familie. Mit dem Embargo wird das Ziel verfolgt, der Bevölkerung Mexmûrs wirtschaftliche Schwierigkeiten zu bereiten, da in der Vergangenheit alle wirtschaftlichen Beziehungen des Camps (Einkäufe, Arbeitsverhältnisse etc.) über Hewlêr (arab. Erbil) liefen. So soll das Camp geschwächt, sein Zusammenhalt zerschlagen und letztendlich die Kapitulation Mexmûrs herbeigeführt werden.

Die irakische Zentralregierung schweigt zu dieser Politik der PDK. Wie bewerten Sie die Haltung der irakischen Regierung gegenüber Mexmûr?

Um die Haltung der irakischen Regierung gegenüber dem Mexmûr-Geflüchtetenlager zu verstehen, müssen wir uns die chaotische Lage des Irak vor Augen führen. Das Land ist seit jeher reich an einer nationalen, kulturellen und religiösen Vielfalt. Trotzdem verfügt der Irak heute über eine gesellschaftliche Struktur und ein System, welche die Vielfalt des Landes nicht als Reichtum betrachten. Ganz im Gegenteil stellen sie einen Quell der Probleme dar, befinden sich in einem permanenten Chaoszustand und rufen ununterbrochen Instabilität hervor. Der Irak ist geprägt vom historischen Widerspruch zwischen den sunnitischen und schiitischen Konfessionsgruppen des Islam. Unterschiedlichste weitere Glaubensgemeinschaften – Christ:innen, Ezid:innen, Kakai, Sabier:innen, Bahá´í usw. – leben in dem Land; das wird jedoch überwiegend als Problem verstanden. Hinzu kommen die Widersprüche zwischen der kurdischen und arabischen Bevölkerung, aber auch zwischen zahlreichen weiteren Bevölkerungsgruppen. Die Intervention verschiedener Mächte von außen – USA, EU, Iran, Türkei, etc. – in die Probleme und die verfahrene Situation des Landes stellt eine weitere entscheidende Ursache der heutigen Probleme dar. Der Umstand, dass bis heute keiner der historisch-gesellschaftlichen Widersprüche gelöst wurde, versetzt den Irak in eine höchst instabile Lage.

Nach der Intervention der USA und der NATO-Kräfte 1991 wurde das politische System des Landes gewissen Veränderungen unterworfen. Das Ergebnis war ein föderales System auf Basis einer entsprechenden Verfassung. Seit ihrer damaligen Intervention verfügen die genannten Kräfte über einen großen politischen und militärischen Einfluss im Land. Der Iran versucht seit geraumer Zeit die großen politischen Leerräume im Irak zu füllen und mithilfe der schiitischen Bevölkerung des Landes seinen Einfluss auszubauen. Die Schiiten bilden die Mehrheit der Bevölkerung des Landes und verfügen über den größten Einfluss im staatlichen Machtapparat. Das ermöglicht es dem Iran, in dem Land eigene militärische Kräfte zu unterhalten und entscheidenden politischen Einfluss auszuüben. Es ist daher nicht falsch festzustellen, dass der Iran große Fortschritte auf dem Weg zur Errichtung des »schiitischen Halbmondes« – ein Gebiet vom Iran bis zur syrisch-libanesischen Grenze – gemacht hat.

Die Türkei versucht unterdessen, mithilfe der sunnitischen Bevölkerung des Irak selbst an Einfluss in dem Land zu gewinnen. Zugleich hat sie die kollaborierende PDK und einen Teil der turkmenischen Bevölkerung an sich gebunden und begreift Südkurdistan heute praktisch als türkische Kolonie. Mit allen Mitteln weitet die Türkei ihre Besatzung in Südkurdistan aus. Dazu zählt auch die am 23. April begonnene Militäroperation in den südkurdischen Regionen Zap, Metîna und Avaşîn, mit der die Bemühungen um die Annexion der gesamten Region noch einmal massiv verstärkt wurden. All das weist darauf hin, dass sich das Chaos im Irak in nächster Zeit mit sehr großer Wahrscheinlichkeit ausweiten wird. Das zusätzlich bestehende alltägliche innenpolitische Chaos in den Bereichen Sicherheit, Wirtschaft, Korruption, etc. trägt auch dazu bei, dass Stabilität weiterhin schwerlich zu erreichen sein wird. Dieser Zustand wird auf unbestimmte Zeit andauern.

Beim unter UN-Vermittlung zustande gekommenen Erbil-Baghdad-Abkommen[4] vom 9. Oktober 2020 bezüglich Şengal spielten die USA und Frankreich eine zentrale Rolle. Sein Inhalt zeigt, welch starken Einfluss die Türkei und die PDK bei der Aushandlung des Abkommens ausgeübt haben. Ohne die êzîdische Bevölkerung Şengals zu informieren, wurde also ein Deal vereinbart, der nicht den Menschen Şengals, sondern ausschließlich der Türkei und der PDK nutzt.

Es ist deutlich erkennbar, dass die irakische Regierung nicht über die notwendige Willenskraft verfügt, auf die regionalen politischen Entwicklungen effektiven Einfluss auszuüben und sich gegen den Druck anderer Kräfte zur Wehr zu setzen. Selbst für die Lösung der Probleme ihrer Staatsbürger:innen fehlt es ihr an der notwendigen Kraft. Wie sollte die irakische Regierung da ein Geflüchtetencamp schützen, dessen Bewohner:innen als politische Geflüchtete nicht einmal die irakische Staatsangehörigkeit haben?

Laut irakischer Verfassung verfügen die Menschen in Mexmûr offiziell über den Status politischer Geflüchteter. Doch haben sie derzeit keinerlei Nutzen aus diesem Umstand und erhalten nicht die geringste Unterstützung. Dutzende Male wurde das Mexmûr-Camp bereits von türkischen Kampfflugzeugen bombardiert, wobei eine hohe Zahl an Kindern, Frauen und Älteren als Märtyrer:innen fielen. Der irakische Staat, der für die Sicherheit der Bevölkerung Mexmûrs verantwortlich ist, erlaubt es sich immer wieder, gegenüber derartigen Angriffen zu schweigen. Auch zahlreiche andere Länder, die wirtschaftliche und militärische Beziehungen zur Türkei unterhalten und gegenüber dem kurdischen Volk immer wieder eine ähnliche Politik wie die Türkei verfolgen, üben sich aufgrund ihrer eigenen Interessen in Schweigen.

Ein direkter Grund für das allgemeine Schweigen gegenüber den türkischen Angriffen liegt in dem ungünstigen Umstand, dass sich Mexmûr in den sogenannten »umstrittenen Gebieten«[5] befindet. Die irakische Regierung ist in dem Gebiet um Mexmûr nur militärisch präsent; die Verwaltung der Region liegt in den Händen von PDK-Kadern, die dort im Namen der Regierung Südkurdistans auftreten. Dies verschärft den chaotischen Zustand in der Region noch einmal erheblich.

Aufgrund des massiven Drucks von innen und außen kommt die irakische Regierung ihrer in der Verfassung festgelegten Verantwortung gegenüber dem Geflüchtetencamp Mexmûr nicht nach. Im Inneren ist es der Druck sunnitischer Kräfte und der PDK. Von außen üben die USA, EU und die faschistische türkische Regierung Druck auf den Irak aus. Zudem unterhält der Irak umfangreiche Beziehungen zur Türkei. All dies trägt dazu bei, dass die irakische Regierung nicht gegen die illegalen Maßnahmen gegen das Mexmûr-Camp protestiert.

Trotz all dieser Schwierigkeiten stellt das politische Geflüchtetencamp Mexmûr in der Region nach wie vor einen Ort der Stabilität dar. Seit Jahren lebt die Bevölkerung des Lagers friedlich mit den anderen Völkern der Region zusammen. Alle Probleme wurden stets gemeinsam im direkten Austausch mit den anderen Völkern gelöst. Mexmûr wird daher auch in Zukunft seine Existenz als sicherstes und vertrauenswürdigstes Geflüchtetencamp fortsetzen. ♦

4 Meist als »Şengal-Abkommen« bezeichnet. Es wurde im Oktober letzten Jahres auf Druck der USA und Türkei zwischen der irakischen Regierung in Bagdad und der PDK vereinbart. Die ohne Einbeziehung der betroffenen ezidischen Bevölkerung getroffene Vereinbarung sieht vor, die nach dem Genozid der Terrormiliz »Islamischer Staat« (IS) an der ezidischen Gemeinschaft aufgebauten Sicherheitskräfte (Asayîşa Êzîdxanê) aufzulösen sowie Bagdad und Hewlêr (Erbil) mit allen administrativen, politischen und sicherheitsrelevanten Aufgaben zu betrauen.

5 Damit sind Gebiete gemeint, die zwischen Südkurdistan und der irakischen Zentralregierung umstritten sind, u.a. die ölreiche Region um Kerkûk.

»Internationale Initiative: DEFEND KURDISTAN – gegen die türkische Besatzung!«

Friedensdelegation nach Südkurdistan: ein Erfolg

Kalle Schönfeld, Mitglied der Delegation

Mit der Friedensdelegation ist es gelungen, ein solidarisches Zeichen gegen staatliche Gewalt, Repression und Kriegspolitik zu setzen und den Schleier des Schweigens um den Krieg in Südkurdistan vor der Weltöffentlichkeit zu zerreißen.

Die gefährlichen Entwicklungen seit der Eskalation der türkischen Angriffe am 23. April 2021 machte eine schnelle Antwort der solidarischen internationalen Kräfte notwendig. Die Machthaber im türkischen Staat und ihre Verbündeten wollten die Ablenkung der Weltöffentlichkeit durch die Corona-Krise und die damit verbundenen Reisebeschränkungen nutzen, um in ihrem Schatten eine schnelle Entscheidung im Angriffskrieg in Südkurdistan zu erzwingen. Dagegen sahen und sehen es weltweit viele Organisationen und Personen als ihre Pflicht an, Seite an Seite mit dem kurdischen Volk gegen die geplante Besetzung Südkurdistans zu stehen und einen durch die Türkei befeuerten innerkurdischen Krieg zu verhindern. Diese aktive und praktische Solidarität sollte im Kontakt mit der Gesellschaft in Südkurdistan ausgeübt werden, um zum Dialog zwischen den politischen Akteur:innen beizutragen, internationale Öffentlichkeit für deren Anliegen zu schaffen und den vom Barzanî-Clan beherrschten Parteiapparat der PDK dahingehend unter Druck zu setzen, von der Kollaboration mit der Türkei abzurücken. Auch die Verbündeten der Türkei in der NATO sollten merken, dass ihre geostrategischen Machtspiele in der Region von einer internationalen zivilen Öffentlichkeit nicht unwidersprochen bleiben. Den Völkerrechtsbrüchen, Genoziden und Angriffskriegen der staatlichen Mächte galt und gilt es, eine Antwort der internationalen Zivilgesellschaft entgegenzusetzen.

Um dieses Ziel zu erreichen, wurde die »Internationale Initiative: DEFEND KURDISTAN – gegen die türkische Besatzung!« ins Leben gerufen.

150 Politiker:innen, Akademiker:innen, Menschenrechtsaktivist:innen, Gewerkschafter:innen, Journalist:innen, Feminist:innen und Umweltaktivist:innen aus elf europäischen Ländern wollten nach Hewlêr (Erbil) reisen, um sich über die Situation zu informieren, Parlamentsvertreter:innen aller Parteien und NGO-Vertreter:innen zu treffen und zu einem Dialog zwischen verschiedenen politischen Akteur:innen beizutragen. Ein Besuch der durch die türkischen Militäreinsätze zerstörten Dörfer und Gespräche mit den unmittelbar Leidtragenden des Krieges waren geplant. Von großer symbolischer Bedeutung ist, dass die Delegation zeitgleich zum NATO-Gipfel in Brüssel am 14. Juni stattfinden sollte, auf dem, wie sich später herausstellte, um den Preis gehandelt wurde, für den Erdoğan bereit sei, dem westlichen Machtblock die »Treue« zu halten.

Die Ziele der Initiative beschreibt eine Erklärung der deutschen Delegationsteilnehmer:innen so:

»Wie viele sowohl militärische Provokationen der Türkei als auch jahrelange Besatzung außerhalb der Grenzen des türkischen Staatsgebiets, erfährt auch der seit dem 23. April andauernde Krieg keine öffentliche Aufmerksamkeit. Dieses Schweigen der internationalen Medien, zivilgesellschaftlichen Organisationen, Parteien und Regierungen zu brechen, um den Weg zu Frieden zu ebnen, ist unsere Hauptintention.«

Repression

Obwohl sich Organisator:innen und Teilnehmer:innen im Vorfeld um Diskretion bemühten, wurde schnell deutlich, dass die staatlichen Mächte von dieser Initiative Wind bekommen hatten und offensichtlich von ihr derart beunruhigt waren, dass sie die Demaskierung ihrer Sicherheitsapparate bis zum Verfassungsbruch riskierten, um die Delegation zu verhindern.

Bereits in der Zeit vom 7. bis zum 10. Juni waren kleinere Gruppen bei ihrer Ankunft in Hewlêr verhaftet und abgescho-



Pressekonferenz der internationalen »Delegation Frieden und Freiheit in Kurdistan« im südkurdischen Sîlemanî. Foto: Mezopotamiya Ajansi

ben worden. Besonders besorgniserregend ist dabei die Verhaftung von drei Vertretern der Selbstverwaltung in Nordsyrien, Cîhad Hesen, Mistefa Osman Xelîl und Mistefa Ezîz Mistê, die ohne den Schutz europäischer Pässe von PDK-Kräften verhaftet wurden, von denen bekannt ist, dass sie Foltergefängnisse betreiben. Über ihren Verbleib ist bei Redaktionsschluss noch nichts bekannt.

Das internationale Ausmaß der Repression wurde deutlich, als einer europäischen Delegationsgruppe bereits bei der Anreise über den Flughafen Doha auf dem Territorium des Türkei-Verbündeten Qatar die Weiterreise nach Hewlêr verweigert wurde.

Ein weiterer enger Verbündeter der Türkei ging noch einen Schritt weiter auf dem Weg staatlicher Willkür, als er seinen eigenen Staatsbürgern die Ausreise zur Delegation verweigerte.

Offensichtlich auf türkische Anfrage und vermutlich mithilfe türkischer Geheimdienstinformationen setzte die deutsche Bundespolizei am 12. Juni einen Großteil der deutschen Delegation fest und verhängte für die Mehrzahl von ihnen ein Ausreiseverbot mit der expliziten Begründung, dass »eine Teilnahme deutscher Staatsbürger […] die Beziehungen zur Türkei weiter negativ belastet«.

Auch einen Verfassungsbruch nahmen die Auftraggeber der Aktion in Kauf, da Delegationsmitglied Cansu Özdemir als Hamburger Bürgerschaftsabgeordnete in ihrer Arbeit als Parlamentarierin behindert wurde.

In Hewlêr ging gleichzeitig die Repression durch die PDK weiter. Hier waren es Personen in zivil, die die Reisenden ohne Angabe von Gründen aus den Warteschlangen oder vom Flughafenparkplatz herauszogen und festsetzten. Da sie jede Auskunft verweigerten, wer sie seien und zu welcher Organisation sie gehörten und der uniformierten Polizei offenbar übergeordnet waren, kann vermutet werden, dass sie einem Geheimdienst, etwa den »Parastin û Zanyarî« angehörten. Abgeschlossene Einreiseformalitäten und gültige Visastempel waren bei dieser Zwangsmaßnahme nur ein Schulterzucken wert. Der Abschiebebereich des Flughafens war bald derart mit Personen aus der Schweiz, Belgien, Italien, Deutschland und den Niederlanden überfüllt, dass eine Delegationsgruppe aus Schweden zwölf Stunden von Geheimdienstlern bewacht in der Flughafenhalle herumwandern musste. Eine Gruppe aus Slowenien war drei Tage lang im Abschiebebereich festgehalten worden.

Insgesamt 50 Personen wurden in Hewlêr festgesetzt und abgeschoben, darunter der ehemalige Bürgermeister Demir Çelik und der Linken-Politiker und alevitische Gemeindevertreter Ecevit Emre. Der Berliner Stadtverordnete Hakan Taş musste 12 Stunden am Flughafen ausharren, bevor er einreisen konnte.

Die Delegation

Trotz dieser international koordinierten Repressionswelle konnten von 150 Delegierten etwa 80 den Tagungsort in Hewlêr erreichen und ihre Arbeit trotz weiterer Repressalien aufnehmen. Zwar verhinderte die Barzanî-PDK durch Einschüchterung und Repression den Kontakt der Delegation zu den meisten Organisationen und Akteur:innen, mit denen Gespräche angestrebt waren. Eine Reise zu dem Oberhaupt der Êzîden Baba Şêx und ein Besuch des Flüchtlingslagers Şarya gelang jedoch. Insgesamt blieb die Bewegungsfreiheit der Delegierten stark eingeschränkt, da Sicherheitskräfte sie über lange Zeiträume am Verlassen des Hotels in Hewlêr hinderten. Dafür kamen Vertreter:innen der kurdischen Parteien zu Gesprächen mit der Delegation an den Tagungsort. Die Unterredungen mit Vertreter:innen der YNK (Patriotische Union Kurdistans) der Talabanî-Familie, der Gorran-Bewegung, der Tevgera Nifşe Nû (Bewegung Neue Generation) und der Kommunistischen Partei ergaben erstaunlich große Übereinstimmungen. Einhellig war die Meinung, dass der Konflikt in Südkurdistan nur durch Dialog zu beenden sei.

»Wir repräsentieren hier keine einzelne Gruppe oder Organisation, und wollen uns gegen keine einzige kurdische Gruppe stellen. Unsere erste Deklaration von vorgestern wurde von 251 Organisationen unterzeichnet. Wir sind sehr divers und wir setzen uns ein für den Dialog und Frieden hier in Kurdistan. Als friedliche Menschen waren wir enttäuscht, dass wir so behandelt wurden. Wir sind demokratische Menschen, die mit anderen demokratischen Parteien und Strukturen in Austausch gehen wollen.«

Ein Treffen mit der PDK, das im Rahmen eines Parlamentsbesuchs eingeplant war, wurde von dieser erst verweigert. Ein Gespräch kam zustande, als am Abend des 11. Juni der Leiter der Abteilung für auswärtige Angelegenheiten der kurdischen Regionalregierung, Safeen Dizayee, im Hotel mit der Delegation zusammenkam, wobei er wiederholt betonte, dass er nicht als Vertreter von Parteiinteressen, sondern als Regierungsvertreter wahrgenommen zu werden wünscht.

Als Höhepunkt der Delegationsreise und als Gegenpol zum zeitgleich stattfindenden NATO-Gipfel war eine Pressekonferenz am 14. Juni einberaumt.

Diese konnte nicht wie geplant vor dem UN-Hauptquartier stattfinden, da Peschmerga die Mitglieder am Verlassen des Hotels hinderten. Die Delegierten verlasen ihre Erklärungen daher von der Hotellobby aus vor zahlreich anwesenden kurdischen Medienvertreter:innen. Dabei erklärten sie:

»Anlässlich des NATO-Gipfels in Brüssel verkündet die Delegation für Frieden und Freiheit in Kurdistan, die sich seit einigen Tagen in Hewlêr aufhält, die Initiative ›Defend Kurdistan – Gegen die türkische Besatzung!‹. Seit sechs Wochen führt die Türkei eine Militäroffensive in Gebieten Südkurdistans/Nordirak durch. Diese Operation auf fremdem Staatsgebiet ist völkerrechtswidrig. Außerdem gibt es mehrfach Berichte über den Einsatz von Giftgas durch das türkische Militär. Die Delegation ist vor Ort, um auf die Auswirkungen des Krieges aufmerksam zu machen und für Frieden einzustehen.«

Das Schweigen brechen

Einige Delegierte stellten insbesondere die zweifelhafte Rolle der europäischen Staaten innerhalb des Konflikts in Frage, so Pierre Laurent, Vizepräsident des französischen Senats und Abgeordneter des Parti Communiste Français:

»Sowohl die NATO als auch die EU sind sich der Völkerrechtswidrigkeit dieser Angriffe bewusst. Jetzt ist es an der Zeit, dass sie den Werten, die sie sich auf die Fahne schreiben, gerecht werden und ihre Unterstützung für Ankara einstellen. Alles andere wäre Heuchelei und würde ein weiteres Massaker am kurdischen Volk besiegeln.«

Ein gemeinsamer Marsch zur UN-Niederlassung wurde durch die PDK-Milizen mit körperlicher Gewalt verhindert. Darauf antworteten die Delegationsteilnehmer:innen mit einem Sitzstreik.

Auf einer Pressekonferenz zwei Tage später in Silêmanî, das zum Einflussgebiet der YNK gehört, ergab sich für die Delegation die umgekehrte Situation: weil der Hotelbetreiber Repressalien fürchtete, verlegte sie die Konferenz einfach auf die Straße. Bei dieser Gelegenheit verurteilte die Teilnehmerin Maja Hess die Verfolgung durch die PDK: »Wir verurteilen diese illegalen Aktionen und alle Repressionen, denen die PDK uns ausgesetzt hat, aufs Schärfste. Wir kamen hierher in der Hoffnung, als Gäste willkommen zu sein, aber stattdessen wurden wir wie Kriminelle behandelt.«

Birthe Witthöft, Aktivistin der feministischen Organisierung »Gemeinsam Kämpfen! Für Selbstbestimmung und Demokratische Autonomie« betonte die Überparteilichkeit der Delegation: »Wir repräsentieren hier keine einzelne Gruppe oder Organisation, und wollen uns gegen keine einzige kurdische Gruppe stellen. Unsere erste Deklaration von vorgestern wurde von 251 Organisationen unterzeichnet. Wir sind sehr divers und wir setzen uns ein für den Dialog und Frieden hier in Kurdistan. Als friedliche Menschen waren wir enttäuscht, dass wir so behandelt wurden. Wir sind demokratische Menschen, die mit anderen demokratischen Parteien und Strukturen in Austausch gehen wollen.«

Im Anschluss besuchte eine Gruppe die Angehörigen von Opfern türkischer Luftangriffe. Bei Redaktionsschluss dauerte die Arbeit der Delegation noch an.

Bislang lässt sich sagen, dass das Konzept, die Friedensdelegation als Kontrapunkt zu dem NATO-Gipfel staatlicher Gewalt zu setzen, ein überragender Erfolg war. Zum einen hat hier gesellschaftliche Vernetzung und Organisierung das Schweigen durchbrochen, das den Krieg staatlicher Mächte in Südkurdistan weltweit umhüllte und Öffentlichkeit für einen innerkurdischen Dialog geschaffen. Zum anderen haben die Staaten sich durch ihre koordinierte Repression gegen eine Friedensinitiative sich selbst die Maske vom Gesicht gerissen. Ihre Überreaktion hat gezeigt, dass sie ihre Kriegspläne durch Frieden gefährdet sehen, ihre geheimen Absprachen durch Transparenz und Offenheit und ihre Macht durch Solidarität. Diese Überreaktion hat besonders in Deutschland für Aufsehen gesorgt, wo ein offener Rechts- und Verfassungsbruch begangen wurde, um die machtpolitisch inszenierte Harmonie des NATO-Bündnisses nicht zu stören. Das Medienecho hierzu erfasste einen Großteil der etablierten Mainstream-Medien und wird auch rechtlich weitere Schritte nach sich ziehen. Hier gilt es in den folgenden Wochen anzuknüpfen.

Die Solidarität mit der Bewegung, die für Demokratie, Ökologie, Frauenbefreiung und eine befreite Gesellschaft steht, ist für viele Bündnispartner anschlussfähig. Es ist zu wünschen, dass der Aufruf »DEFEND KURDISTAN – gegen die türkische Besatzung!« noch viele vielfältige Unterstützer:innen gewinnt. ♦



In Silêmanî (Südkurdistan/Irak) gingen am 17.6.2021 Künstler:innen, Organisationen und politische Parteien auf die Straße, um ein Ende der Invasion der türkischen Armee zu fordern. Foto: anf

Rechtssystem der Türkei unter Kontrolle der Mafia

Der Staat wurde zur Mafia, die Mafia zum Staat

Erdal Aliçpinar im Gespräch mit Hatip Dicle, Yeni Özgür Politika, 24. Mai 2021

Der kurdische Politiker Hatip Dicle wertete die auf YouTube veröffentlichten Geständnisse des Mafia Bosses und Auftragskiller des türkischen Staates, Sedat Peker, sowie die aktuellen und geschichtlichen Hintergründe aus.

Sedat Peker, der Auftragskillers des türkischen Staates und Mafiaboss, hat damit begonnen, Insiderwissen zu veröffentlichen. Wie bewerten Sie die Vorgänge?

Was die Verflechtung von Staat und Mafia angeht, befinden wir uns in einer sehr interessanten Phase. Wir haben unsere Erfahrungen aus den 90ern, es ist am wichtigsten zu wissen, worin diese Bandenbildung wurzelt. Was heute passiert, hat seine Wurzeln in der Geschichte, was gestern passiert ist, hat im Heute seine Spuren hinterlassen, das ist eine dialektische Wirklichkeit. Diese Epoche lässt sich bis zur letzten Regierung des Osmanischen Reiches, derjenigen der İttihat Terakki[1], zurückverfolgen. In Sedat Pekers fünftem Video waren die Symbole der İttihat Terakki und der Teşkilat-i Mahsusa[2] zu sehen, ein Zeichen dafür, das auch sie sich auf die İttihat Terakki beziehen. Am Ende seiner Videos sagt Sedat Peker immer: »Wir werden nie vom Ziel des Turan[3] ablassen, wir werden die Einheit der Turkstaaten auf jeden Fall herstellen.«

1 Das Komitee für Einheit und Fortschritt (osmanisch: İttihâd ve Terakkî Cem´iyeti), auch bekannt als Ittihadisten, war eine politische Organisation im Osmanischen Reich. Es war die treibende Kraft hinter der konstitutionellen Revolution von 1908 und dem Völkermord an den Armenier:innen und regierte mit kurzer Unterbrechung von 1908 bis 1918. Es war die mächtigste und langlebigste Partei der Bewegung der Jungtürken.

2 Die Teşkilât-ı Mahşûşa (deutsch: Spezialorganisation) war eine Mischung aus Geheimorganisation und Guerillaorganisation des Komitees für Einheit und Fortschritt (İttihâd ve Terakkî Cemiyeti) im Osmanischen Reich.

3 Turan bezeichnet heute das ursprüngliche Siedlungsgebiet der Turkvölker in Mittelasien. Das Wort hat eine pantur(k)anistische ideologische Nebenbedeutung (Konnotation): Es bezeichnet einen – durch den Kızıl Elma (»Roter Apfel« oder im Deutschen auch »Goldener Apfel«) symbolisierten – Staat, in dem alle Türken der Welt angeblich vereint sein sollen.

Könnten diese Worte auch ein Zeichen dafür sein, dass er nicht allein ist?

Natürlich ist der nicht allein. Zwischen seinen Worten sagt er immer wieder »die Freunde haben mich gewarnt«. Die Freunde, von denen er spricht, sind seine eigene Organisation, seine eigene Bande.

In Bezug auf die 90er Jahre sind Sie eine der Personen, die, wie Musa Anter es formuliert hat, sowohl Zeug:innen als auch Verdächtige sind. Ihr Abgeordnetenmandat wurde aufgehoben, sie waren lange Jahre im Gefängnis. In den 90ern wurde häufig die Bezeichnung »Bandenstaat« benutzt. Wo nahm dieser seinen Anfang?

Am 15. August 1984 [*Beginn des bewaffneten Kampfes der PKK*] war Turgut Özal Ministerpräsident und Kenan Evren Präsident. Der Staat meinte damals über die PKK, »das sind drei bis fünf Rumtreiber, die werden in kurzer Zeit zerschlagen«. Im Gegenteil, die Guerilla wurde von Tag zu Tag stärker und verankerte sich in den Bergen Kurdistans. Der Staat machte daraufhin unterschiedliche Pläne. Zum Beispiel wurde das Dorfschützersystem aufgebaut, der Ausnahmezustand verhängt, die Spezialteamkräfte gegründet. Das Volk wehrte sich gegen diese Repressionen und die Serhildans[4], die Volksaufstände, begannen. Kerboran (Dargeçit), Cizîr (Cizre), Nisêbîn (Nusaybin), kurz, die gesamte Botan-Region erhob sich mit den Serhildans.

Was den Staat dann richtig verärgerte, ereignete sich im Jahr 1991: Die Partei der Arbeit des Volkes (Halkın Emek Partisi, HEP) wurde gegründet. Die HEP betrat als eine von Kurd:innen, Alevit:innen und den werktätigen Schichten gemeinsam gegründete Partei die politische Bühne der Türkei.

4 Serhildan setzt sich zusammen aus den kurdischen Wörtern ser, was »Kopf« bedeutet, und hildan, was »erheben« bedeutet. Serhildan bedeutet also wörtlich übersetzt »den Kopf erheben« und hat die Bedeutung »Erhebung« oder »Aufstand«.

Der Staat traf auf eine dritte Kraft und beschloss, wichtige Maßnahmen zu ergreifen, weil er begriff, dass dieses Problem nicht auf die leichte Schulter genommen werden konnte.

Zu der Zeit wurde auch in Südkurdistan ein kurdisches Parlament gegründet. In diesem Zeitraum tauchten innerhalb des Staates zwei Strömungen auf. Die eine Strömung wurde von Özal angeführt und schlug eine demokratische Lösung der Kurd:innenfrage vor. Die, die dieser Strömung nahestanden, kamen zu der Erkenntnis: »In Südkurdistan wurde 1992 ein Parlament gegründet; die Kurden haben einen Schritt in Richtung eines Status, einen Schritt in Richtung Staatsbildung getan.« Wir haben uns damals selbst mit Özal getroffen, er selbst sagte zu uns: »Wir haben es mit dem Dorfschützersystem, mit Spezialkräften und Ausnahmezustand versucht, aber das hat alles nichts gebracht.« Es sah so aus, als hätten sie verstanden, dass die kurdische Frage nicht mit Gewalt zu lösen ist.

Und was dachte die andere Strömung im Staat?

Die andere Strömung setzte sich aus denjenigen zusammen, die immer noch meinten, dass sie mit Gewalt Ergebnisse erzielen könnten. Diese Politik dauert noch heute an. Die Kurd:innen kulturell und wenn nötig auch physisch auszulöschen ist das, was sie unter Lösung verstehen.

Diese die Gewalt verteidigende Strömung dominierte ab 1992 die staatliche Politik. Was war das Ergebnis? In den Newroztagen 1992 waren wir Abgeordnete der HEP, da haben sie das Feuer auf die Bevölkerung eröffnet; auf vollkommen unbewaffnete Menschen, die einfach nur friedlich demonstrieren wollten. 103 Menschen verloren in den Tagen ihr Leben. Fünf Monate später wurde Şirnex (Şırnak) unter Vortäuschung eines Gefechts angegriffen, dabei wurde die Stadt zerstört, viele Menschen verloren ihr Leben. Das war die Bestrafung für die Bevölkerung, die sich an den Serhildans beteiligt hatte.

1994 begann die Zeit, die zur Schließung der HEP führte. In diesen Tagen begannen sie auch eine gnadenlose Operation zur Vernichtung der Guerilla. Der neue Staat ging auch gegen die drei sich neu herauskristallisierenden Kräfte »Volk«, »HEP« und »Guerilla« mit Gewalt vor. Aber Özal, der voraussah, dass diese Gewaltpolitik zu keinen Ergebnissen führen würde, setzte sich über drei Kanäle mit der PKK in Verbindung.

Welche drei Kanäle?

Erstens über uns, die Abgeordneten der HEP; zweitens über Journalist:innen wie Cengiz Çandar und drittens über den Führer der YNK[5], Celal Talabanî, Mam Celal. Über alle drei Kanäle richteten sie die gleiche Forderung: »Noch vor Newroz 1993 soll Herr Öcalan einen Waffenstillstand ausrufen, dieser Waffenstillstand soll unbefristet sein.« Özal sagte uns: »Wir haben einige Generäle überzeugt.« Zum Beispiel wurde Özal von Generälen wie dem Kommandanten der Militärpolizei, General Eşref Bitlis, oder Politikern wie Adnan Kahveci begleitet und diese wiederum bekamen von Özal große Unterstützung.

Wie bewertete Öcalan die Botschaften, die Özal ihm schickte?

Herr Öcalan erklärte, nachdem er die Botschaften erhalten hatte, am 17. März einen einmonatigen Waffenstillstand. Özal setzte sich mit uns in Verbindung und sandte eine Botschaft an Herrn Öcalan: »Das war ein positiver Schritt, aber damit auch wir einen Schritt machen können, muss der Waffenstillstand unbefristet sein.« Um diese Nachricht zu überbringen, reisten wir mit einer sechsköpfigen Delegation in die Bekaa-Ebene. Am 16. April 1993 erklärte Herr Öcalan bei einer Pressekonferenz, bei der auch Mam Celal und Cengiz Çandar dabei waren, einen unbefristeten Waffenstillstand. Wir waren natürlich sehr glücklich, denn wir hatten große Hoffnungen, dass der seit neun Jahren andauernde Krieg endlich zu Ende gehen könnte.

Und dann kam die Nachricht, dass Özal ums Leben gekommen war …

Ja, am 17. April 1993 wollten wir über Damaskus mit dem Flugzeug nach Istanbul fliegen, an dem Morgen trafen wir unsere Reisevorbereitungen. Wir waren noch nicht in Damaskus, als uns Mam Celal die schlechte Nachricht überbrachte. Er hatte es in einem arabischen Radiosender gehört: Özal war am Morgen des 17. April verstorben. Ein interessantes Datum, oder? Ein Tag nach der Verlängerung des Waffenstillstands … Özal wollte an dem Tag eine Pressekonferenz einberufen, um Öcalan zu antworten, und wir erhielten einige Stunden vor der Erklärung die Nachricht von seinem Tod.

Wie hat das auf Sie und auf Öcalan gewirkt? Wie haben Sie das interpretiert?

Wir waren niedergeschlagen. Bevor wir nach Damaskus kamen, hatten wir mit Herrn Öcalan gesprochen und er sagte uns

5 Die Patriotische Union Kurdistans (Yekêtiy Nîştimaniy Kurdistan, YNK) ist eine kurdische Partei in Südkurdistan im Irak. Die Partei bildet die Opposition zur Demokratischen Partei Kurdistans PDK. Mit der Zeit näherte sich die Partei immer weiter der politischen Mitte, so dass sie heute ein Programm vertritt, das nach westlichen Maßstäben als sozialdemokratisch bezeichnet werden kann.

ungefähr diese Sätze: »Özal wurde mit großer Wahrscheinlichkeit vom Staat getötet, denn es gibt seit dem Osmanischen Reich eine Tradition: Wer versagt, stirbt. Das ist eigentlich die Parole des İttihat ve Terakkî und auch die Regel des Teşkilât-i Mahşûşa. Dass Özal sich für eine friedliche Lösung an uns gewendet hat, wurde von den Anhängern des Völkermordes als Niederlage empfunden. Deshalb wurde Özal mit dem Tod bestraft.«

Später stellte sich anhand einer von seiner Familie in Auftrag gegebenen Untersuchung seiner Haare heraus, dass Özal vergiftet worden war.



Gewerkschaftsverbände demonstrieren in Istanbul »Wir werden uns der Ordnung der Unterdrückung, Mafia und Ausbeutung nicht ergeben« und forderten die Regierung zum Rücktritt auf. Foto: anf

Welche Form nahm die Staatspolitik nach Özals Tod an?

In den Jahren 1993–94 herrschte die Gewalt vollends. An Stelle von Özal wurde Süleyman Demirel Staatspräsident, Ministerpräsidentin wurde Tansu Çiller, die die Türkei selbst nicht besonders gut kannte. Çiller heizte die Gewalt an mit den Worte: »Ehre dem, der für den Staat schießt oder erschossen wird.« So wie heute Devlet Bahçeli, Vorsitzender der Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP), ein Bandenpatron ist, war es damals Alparslan Türkeş, der diese Rolle innehatte. Die Regierung bestand offiziell aus der DYP[6] und der SHP[7], aber der heimliche Koalitionspartner, ja vielleicht sogar richtungsweisend war Alparslan Türkeş.

Natürlich muss man, wenn man über die herrschende Politik der Gewalt nach Özals Tod spricht, auch über einige andere Themen sprechen, die noch heute eine Rolle spielen. Es gab noch zwei wichtige Ereignisse vor Özals Tod. Das eine war der Flugzeugabsturz über Ankara, bei dem Eşref Bitlis getötet wurde, und ein als Verkehrsunfall getarnter Anschlag, bei dem Adnan Kahveci ums Leben kam. Adnan Kahveci war eine wichtige Figur. Ich habe damals als Abgeordneter seinen Bericht »Wie kann die kurdische Frage nicht gelöst werden?« gelesen; es war ein sehr rationaler Bericht.

Was war der Inhalt des Berichts?

Er stellte fest, dass die kurdische Frage nicht mit Gewalt gelöst werden kann. Adnan Kahveci war auf eine Art Özals rechte Hand. Özal sagte nach seinem Tod: »Ich habe meinen Sohn verloren.« Der dominierende, Gewalt befürwortende İttihat Terakki Flügel, hat zunächst Özals Umfeld und dann Özal selbst liquidiert, um den Staat ganz zu übernehmen. Tansu Çiller war eine von ihnen; Alparslan wurde eine Art Koalitionspartner der Regierung und Demirel, der zu allem Ja und Amen sagte, der Präsident.

In den Jahren 1993 und 94 wurden fast 400 Mitglieder und Vorstandsmitglieder der HEP und der DEP (Demokrasi Partisi, Demokratiepartei) auf offener Straße hingerichtet. Es hat schätzungsweise 17.000 Morde gegeben, bei denen der Staat der Täter war, 4.500 Dörfer wurden niedergebrannt und zerstört.

War der Unfall von Susurluk ein Zufall?

Nein, das war er nicht. Alpaslan Türkeş sagte nach dem Unfall in einer Erklärung: »Das war Mord.« Es war auch später die Rede davon, dass der Geheimdienst MİT (Millî İstihbarat Teşkilâtı) diesen Unfall organisiert hat. Per Fernbedienung wurden die Bremsen des Wagens ausgeschaltet und der Wagen prallte von hinten auf einen LKW. Und wer saß in dem Auto? Sedat Bucak. Bucak war wichtig. Denn er war Abgeordnerter der DYP und nach der Tötung von Hakkı Bucak war er auch Stammesführer. Auf dem Anwesen der Bucaks war der Polizei der Zutritt verboten, denn er baute dort Marihuana an, aus dem Drogen hergestellt wurden. Mit ihm im Auto saß Hüseyin Kocadağ, der ein wichtiger Mann der Spezialkräfte war, er

---

6 Die Partei des Rechten Weges (Doğru Yol Partisi, DYP) ist eine Mitte-rechts ausgerichtete türkische Partei, die 1983 von Süleyman Demirel als Nachfolgeorganisation seiner früheren Gerechtigkeitspartei (Adalet Partisi, AP) gegründet wurde. 2007 wurde sie in Demokratische Partei (DP) umbenannt (in Anlehnung an die historische Demokratische Partei von 1946, dem Vorgänger der AP).

7 Die Sosyaldemokrat Halkçı Parti, SHP (Sozialdemokratische Populistische Partei) war eine türkische Partei, die nach der Schließung der Cumhuriyet Halk Partisi (CHP) mit dem Militärputsch 1980 gegründet wurde, um die Wähler der CHP für sich zu gewinnen. Sie ging aus einem Zusammenschluss der Halkçı Parti und Sosyal Demokrasi Partisi am 3. November 1985 hervor. Das Parteiemblem zeigte sechs Pfeile, die von Olivenzweigen umgeben waren. Die Sosyaldemokrat Halkçı Parti fusionierte am 18. Februar 1995 mit der wieder gegründeten CHP.

war damals im Dienst. Was brachte das ans Licht? Das Dreiecksgeflecht von Staat, Mafia und Politik …

Von wem wurden sie denn hingerichtet und warum?

Der türkische Staat war nie homogen. Auch damals gab es im Staat einen realistischen Flügel. Und ich glaube, das ist heute genau so. Dieser Flügel setzte sich aus Menschen zusammen, die erkannten, dass diese Dinge zum kompletten Zusammenbruch des Staates führen würden und die Gesellschaft vollkommen verderben würde. Dass Mehmet Ağar[8] damals im Drogenhandel tätig war, wurde auch durch MİT-Berichte enthüllt. Hätte man damals diese Banden zerschlagen können, müssten wir das alles nicht immer noch erleben ...

Eine Zeit lang erweckte es den Anschein, als habe sich die Mafia in den Hintergrund zurückgezogen. Was ist passiert, dass sie wieder die Hauptrolle übernommen habt?

Als 2015 der Krieg gegen die Kurd:innen erneut begonnen wurde, wurde sie von Erdoğan selbst in die staatliche Struktur mit einbezogen. Über Süleyman Soylu wird zum Beispiel gesagt, dass er der engste Vertraute von Mehmet Ağar sei. Es wird auch gesagt, dass Mehmet Ağar der eigentliche Innenminister der Türkei sei. Ağar hat überall an den Schaltstellen im Staat seine Leute positioniert.

Auch die Beziehung zwischen Ağar und Gülen stand mal auf der Agenda …

Ja, Mehmet Ağar hat das auch zugegeben. Der aserbaidschanische Geschäftsmann Maşimo sagte aus, dass er ihn mit dem Wissen des Staates in die USA geschickt habe, um dort Fetullah Gülen zu treffen.

Sedat Peker nimmt Mehmet Ağar stark ins Visier. Um die Brücke zwischen Ağar und Erdoğan einzureißen, enthüllte er etwas, indem er fragte: »Hast du, als du im Gefängnis warst, den Brief, den Gülen dir geschickt hatte, nicht einrahmen lassen und aufgehängt?« Das ist sehr wichtig und legt die Verbindung zwischen Mehmet Ağar und Fetullah Gülen offen.

Solche Cliquenbezeihungen im Staat enden nie. Es gab in der Vergangenheit nur zwei islamische Strömungen, die sich in das staatliche Handeln verflochten haben: Eine gründete 1965 im staatlichen Interesse den Verein für dem Kampf gegen den Kommunismus, die andere spielte 1980 vor dem Putsch die Vorhut und unterstützte das Regime. Alle anderen stellten sich gegen das Regime. Eine der beiden genannten Strömungen war die Gemeinde des Fettullah Gülen, die andere war die Gemeinde des sogenannten Mehmet Kırkıncı Hoca aus Erzîrom (Erzurum).

Wenden wir uns dem Heute zu: Warum ist dieser Streit eskaliert?

Weil sich die Türkei in einer schweren ökonomischen Krise befindet und der Kuchen kleiner geworden ist.

Alaattin Çakıcı[9] wurde frei gelassen, die MHP bestand darauf; und heute ist unter den mafiösen Akteuren Alaattin Çakıcı derjenige, der sich ganz auf die MHP stützt. In Bodrum hatten sie ein Foto gemacht, darauf waren alle Größen des »tiefen Staates« zu sehen außer Sedat Peker. Dass Peker ausgerechnet zu der Zeit ins Ausland ging, ist ebenfalls kein Zufall.

Ein Stück vom Kuchen abbekommen oder nicht, das ist die Frage. Sedat Peker sagt, er sei seit seinem 16. Lebensjahr ein Teil des Staates. Aber wie hat Sedat Peker die Türkei kennengelernt? Während des Susurluk Prozesses wurde er mit Veli Küçük und Korkut Eken gesehen; später wurde sein Name unter den Initiatoren des Mordes an Hrant Dink genannt.

Peker sagt zwar weiterhin »Tayyip Abi« (großer Bruder Tayyip), aber indem er gegen den Innenminister austeilt, schlägt er auch Erdoğan. Überlegen Sie mal, Erdoğan gibt normalerweise jedem eine Antwort, aber diesmal schweigt er. So etwas gibt es nirgendwo sonst auf der Welt. Auch die Staatsanwälte sind bisher nicht aktiv geworden.

Was fällt Ihnen auf, wenn Sie das heutige Mafia-Netzwerk mit dem der 90er Jahre vergleichen?

In den 90ern wurde immer gesagt »Der Staat benutzt einige Mafiastrukturen«, aber jetzt hat die Mafia die Macht im Staat ergriffen. Das Rechtssystem steht komplett unter ihrer Kontrolle.

Damit wären wir dann wieder bei der Frage, ob Sedat Peker allein ist oder nicht …

8 Mehmet Ağar, ehemaliger Generalpolizeipräsident der Türkei und Ex-Justizminister. Als Innenminister war Ağar in den sogenannten Susurluk-Skandal, bei dem die Zusammenarbeit zwischen Staat und organisiertem Verbrechen offenkundig wurde, verwickelt.

9 Verurteilter Mörder und Mafiaboss. Nachdem Çakıcı wiederholt vom Geheimdienst MİT und vom MHP-Vorsitzenden Bahçeli im Gefängnis besucht worden war, wurde er 2020 auf Anordnung der Regierung amnestiert und entlassen.

Er ist auf keinen Fall allein, aber welche Rolle Erdoğan spielt, ist noch nicht ganz ersichtlich. Es gibt einige, die behaupten, dass Erdoğan auch im Visier steht, dass auch er bald geht.

Erdoğan wird sich Mitte Juni mit dem Präsidenten der USA, Joe Biden, treffen. Bei diesem Treffen könnte er sich in die Ecke gedrängt fühlen und sich den USA anvertrauen, dadurch könnte sich der Prozess ganz anders entwickeln. Erdoğan hat sich jedoch wegen Äußerungen zu den israelischen Angriffen gegen Gaza bei den USA sehr unbeliebt gemacht.

Erdoğan hat jetzt die Möglichkeit, sich unter die Befehlsgewalt der USA zu begeben, um sich zu retten. Ich schätze, dass er sich nach den Plänen der USA richten wird, weil die Umstände sonst seine vollständige Auslöschung bedeuten würde. Wenn es stimmt, dann ist es auch kein Zufall, dass Sedat Peker sich in den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) aufhält, schließlich sind die VAE Verbündete der USA.

Wie bewerten Sie die Reaktionen der Vorsitzenden der İyi Parti, Meral Akşener, auf Sedat Pekers Enthüllungen?

Meral Akşener, trägt den Code-Namen Asena und dieser Name wurde ihr von Abdullah Çatlı gegeben. Und wer wurde nach Ağar zur Innenministerin ernannt? Meral Akşener. Diese beiden Tatsachen beweisen die Verbindung zwischen ihnen. Ihre eigene und die Haltung ihrer Partei zur kurdischen Frage unterscheiden sich nicht von derjenigen der MHP.

Die Angriffe auf die Medya-Verteidigungsgebiete haben mit Billigung der USA stattgefunden. Will der türkische Staat hier seine letzte Chance nutzen?

Ohne die Billigung der USA hätte der türkische Staat das gar nicht machen können. Im Mittleren Osten gibt es unterschiedliche Entwicklungen. Zum Beispiel gibt es ganz aktuelle Entwicklungen in den Beziehungen zwischen den USA und dem Iran. Auch zwischen den USA und Russland taut das Eis. Sieht Erdoğan diese Entwicklungen nicht? Er sieht sie, und da er keine andere Möglichkeit mehr hat, unterwirft er sich ihrer Hegemonie und unterwirft sich der NATO.

Was führte zum Abbruch der Verhandlungen zwischen dem türkischen Staat und dem Repräsentanten des kurdischen Volkes, Abdullah Öcalan, sowie der kurdischen Befreiungsbewegung?

Die Ursache ist, dass der Staat drei Forderungen stellte:

- Erstens, die Auflösung der drei in Nordsyrien gebildeten Kantone Kobanê, Efrîn und Qamişlo.
- Zweitens, die Beteiligung der Volksverteidigungskräfte YPG an der komplett unter der Kontrolle des türkischen Staates stehenden FSA (Freie Syrische Armee).
- Drittens, Erklärung des Krieges gegen Syrien

Diese drei Forderungen des türkischen Staates widersprachen der Strategie der PKK und Öcalans und haben beim Abbruch der Verhandlungen eine wichtige Rolle gespielt. Es ließ sich erahnen, dass die Ablehnung der Forderungen in diesem Prozess in einen Krieg münden könnte.

Die Angriffe des IS und die Pläne des Staates zur Niederschlagung der Revolution in Rojava begannen beide am 14. September 2014. Ein IS-Führer, der beim Widerstand von Kobanê gefangen genommen wurde, sollte später sagen: »Unser Ziel war eigentlich Damaskus, aber auf Wunsch des türkischen Präsidenten haben wir Kobanê zu unserem vorrangigen Ziel gemacht.« Das war die Niederlage des IS, ab da begann der Verlust der vom IS kontrollierten Gebiete.

Danach, gegen Ende des Jahres 2014, hat sich Erdoğan mit den Leuten von Ergenekon[10] und der MHP insgeheim verständigt. Davor, bis Ende 2013, gab es eine Koalition mit der Fetullah Gülen-Gemeinde. Sie wissen ja, als zwischen ihnen im Verteilungskampf politische Unterschiede auftraten, begannen die Operationen vom 17.–25. Dezember. Im Anschluss daran, ging Erdoğan ein Bündnis mit Teilen des Ergenekon, der MHP und den Anhängern Perinçeks ein. Das hat im weiteren Verlauf dazu geführt, dass die Übereinkunft von Dolmabahçe nicht anerkannt wurde und der Vernichtungskrieg gegen Kurdistan begann. ♦

10 Die Ergenekon-Gruppe gilt als ein Kreis ultranationalistischer Kemalisten, die innerhalb des Militärs und des sogenannten tiefen Staates organisiert ist. Die AKP hat zunächst mit den Ergenekon-Prozessen zwischen 2007 und 2013 versucht, die Gruppe auszuschalten, weil diese als Gefahr für die eigene Machtstellung erachtet wurde. Nach dem Zerwürfnis mit dem Gülen-Orden suchte die AKP allerdings den Schulterschluss mit der Ergenekon-Gruppe. Ab 2016 wurden zahlreiche Mitglieder der Gruppe aus der Haft entlassen. Seither ist von einem inoffiziellen Machtbündnis zwischen der AKP, der Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) und der Ergenekon-Gruppe an der Spitze des türkischen Staates die Rede.

HDP spielt entscheidende Rolle im Kampf um demokratische Rechte in der Türkei

Systematische Unterdrückung als Grundlage der »neuen Türkei« Erdoğans

Vertretung der Demokratischen Partei der Völker (HDP) in Europa, 18. Mai 2021

Die »neue Türkei« des Recep Tayyip Erdoğan zeichnet sich aus durch Einschüchterung der Opposition, Verfolgung der Demokratischen Partei der Völker (HDP) und die Vernichtung der letzten Überreste der Zivilgesellschaften. Im Ausland offenbart sie sich durch das Erpressen der Europäischen Union, Interventionen in benachbarte Staaten und schonungslose militärische Aggression. Ein weiterer Aspekt der »neuen Türkei« ist, dass Erdoğans Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP) eine Koalition mit der ultranationalistischen rechtsextremen Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) eingegangen ist, um an der Macht zu bleiben.

Mangel an Demokratie in der Türkei ist keinesfalls ein neues Phänomen, sondern ist seit Gründung der Republik tief in ihr verankert. Und trotzdem hat in der Geschichte der Türkei der Kampf um Demokratie nie aufgehört und geht auch heute noch weiter. Als die AKP 2002 an die Macht kam, erklärte der Parteivorsitzende Erdoğan der Öffentlichkeit in der Türkei sowie auch außerhalb des Landes, die AKP werde eine Politik verfolgen, die sich die Herausbildung einer stabilen und demokratischen Türkei auf die Fahnen geschrieben hat.

Demzufolge sollten die kollektiven Rechte der nicht repräsentierten Volksgruppen und der Frauen und Elemente einer demokratischen Gesellschaft in einer neuen türkischen Verfassung gewährleistet werden. Auch die »Politik der null Probleme mit unseren Nachbarn« sollte als Antwort auf die immer schneller werdenden Veränderungen in der Welt angewendet werden. Kurz gesagt, Erdoğan hatte sowohl das Inland als auch das Ausland davon überzeugt, dass die tiefsitzenden Probleme der Türkei, inklusive der kurdischen Frage, im Rahmen der Demokratisierung gelöst würden.

Im Gegensatz zu dieser Rhetorik entwickelte sich die schwache türkische Demokratie immer weiter zurück: Rechtsstaatlichkeit und internationale Konventionen wurden dauerhaft missbraucht, Transparenz und Rechenschaftspflicht abgeschafft. Heute ist es de facto verboten, (angeblich) gesetzlich garantierte demokratische Rechte auszuüben. Unter seinem autoritären Regime proklamiert Erdoğan die »neue Türkei«. Aber es gibt strukturelle und politische Probleme. Er baut die letzten Reste der Demokratie ab und versucht, seine Gegner mit allen Mitteln zu eliminieren, um sein Regime zu institutionalisieren.

In diesem Rahmen wird die HDP, die zweitstärkste Oppositionspartei, ständig strafrechtlich verfolgt und ihre Mitglieder, Abgeordneten und Ko-Bürgermeister:innen werden trotz gesetzeskonformen Handelns rechtswidrig festgenommen, inhaftiert und entlassen. Gleichzeitig besteht die Außenpolitik der »neuen Türkei«, die als »präventiv statt reaktiv« beschrieben wird, darin, extremistische bewaffnete Gruppen – einschließlich des »Islamischen Staates« (IS) – auszubilden und auszurüsten, die auch in den Kriegen im Irak und in Syrien, Libyen und Berg-Karabach Akteure waren und sind. In der heutigen »neuen Türkei« gelten soziale Gerechtigkeit, Frieden und die demokratische Entwicklung der Republik nicht mehr. Die sich verschlechternde Lage gefährdet auch die Hoffnungen auf Frieden und Wohlstand im Rest des Mittleren Ostens.

HDP nimmt als neue politische Partei an den Wahlen teil

In Demokratien werden die Förderung politischer Repräsentation und Teilhabe sowie der pluralistische und demokratische Erlass von Verordnungen und Gesetzen als Grundprinzipien anerkannt.

Es gibt keine Wahlhürde für unabhängige Kandidat:innen bei Wahlen. Politiker:innen der Vorgängerparteien der HDP traten als unabhängige Kandidat:innen zu den Wahlen an, um die für den Mandatsgewinn erforderliche 10%-Hürde zu umgehen. Die gewählten Abgeordneten bildeten dann eine Fraktion im Parlament. Dies ist jedoch keine Alternative zur 10%-Wahlschwelle, da eine Partei mit den unabhängigen Kandidat:innen aufgrund rechtlicher und wahlrechtlicher Restriktionen ihr volles Potenzial nicht ausschöpfen kann.

In der Türkei wird bei jeder Wahl Millionen von Menschen (meist Kurd:innen) die Vertretung im Parlament nicht zugestanden, weil die Partei, für die sie gestimmt haben, die außergewöhnlich hohe Wahlhürde von 10% nicht erreicht. Die 2012 gegründete HDP beschloss, bei den Wahlen am 7. Juni 2015 als politische Partei die 10%-Hürde zu überwinden. Dies weckte Befürchtungen in der AKP, die bisher noch nie eine Koalitionsregierung bilden musste. Die AKP befürchtete nicht zuletzt, dass ein Überwinden der 10%-Hürde seitens der HDP ihre Pläne zur Verfassungsänderung gefährden könnte, die sie als prioritär betrachtete. Vor den Wahlen 2015 traten die Kandidat:innen mehrerer Vorgängerparteien der HDP, die zu den Wahlen verboten oder unterdrückt wurden, als unabhängige Kandidat:innen an, wodurch die AKP mehr Sitze in den überwiegend kurdischen Regionen gewinnen konnte. In diesem unfairen System war die regierende AKP immer die Gewinnerin, weshalb sie für die Beibehaltung der 10%-Hürde plädiert.

HDP-Wahlkampf wird blutig angegriffen

Nach der Entscheidung der HDP, als politische Partei an den Parlamentswahlen vom 7. Juni 2015 teilzunehmen, war sie systematischer und anhaltender Repression sowie einer Reihe von Bombenanschlägen ausgesetzt. Ein Blumenstrauß mit Sprengstoff und eine Paketbombe zerstörten die HDP-Regionalzentrale in Mersin und Adana. Am 5. Juni, nur zwei Tage vor den Wahlen, tötete die Explosion eines Sprengsatzes bei der Kundgebung der HDP in Amed (Diyarbakır) fünf Menschen und hinterließ hunderte Verletzte.

Trotz dieser blutigen Angriffe und des Wahlbetrugs in vielen Wahlbezirken übersprang die HDP mit 13,2 Prozent der abgegebenen Stimmen die 10%-Hürde und sicherte sich 80 Sitze in der türkischen Nationalversammlung. Politische Analysten erwarteten, dass der Wahlerfolg der HDP zu einem dauerhaften Frieden und zur Demokratisierung der Türkei beitragen würde. Die HDP spielte eine Schlüsselrolle bei den Friedensgesprächen, indem sie die laufenden Verhandlungen zwischen der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), ihrem Vorsitzenden Abdullah Öcalan (der seit 1999 auf der Gefängnisinsel İmralı im Marmara-Meer inhaftiert ist) und der türkischen Regierung begleitete.

Der Wahlerfolg der HDP wurde von Erdoğan als Warnung bezüglich seiner Ambitionen, das politische Vakuum in der Türkei zum Aufbau eines autoritären Regimes zu nutzen, wahrgenommen. Für die AKP war dies der erste große Rückschlag seit der Machtübernahme von Erdoğans Partei im Jahr 2002. Eine Einparteienregierung war nicht mehr möglich, sie musste eine Koalition bilden, um an der Macht zu bleiben.

Am 1. November 2015 erklärte Erdoğan jedoch, vorgezogene Neuwahlen abhalten zu wollen, um die AKP-Mehrheit zurückzugewinnen und eine Einparteienregierung zu bilden. Die Kampagne seiner Partei war nach dem Diskurs konzipiert: »Wir haben ihre Botschaften verstanden, wir regeln das.« Diesen scheinbar positiven Worten folgten im politischen Feld Angriffe auf die HDP. Der ehemalige Premierminister Ahmet Davutoğlu sagte: »Wenn die Geschichte der Republik Türkei eines Tages geschrieben wird, wird eine der kritischsten Perioden die Zeit zwischen dem 7. Juni und dem 1. November sein.«

Ein neues dunkles Kapitel …

Der Zeitraum, den Davutoğlu hervorhob, war in der Tat außergewöhnlich. Hinter verschlossenen Türen wurden offensichtlich eine Reihe von Plänen geschmiedet. In erster Linie sind die bis dahin seit drei Jahren andauernden Friedensgespräche gescheitert. In den überwiegend kurdischen Städten Cizirê (Cizre), Sûr und Nisêbîn (Nusaybin) wurden ganztägige Ausgangssperren verhängt, denen harte Militärinterventionen folgten. Diese waren der Grund für den Tod von Tausenden und die Vertreibung von einer halben Million Menschen. Ganze Teile dieser Städte wurden zerstört und Kriegsverbrechen, darunter extralegale Tötungen von Zivilist:innen, wurden von türkischen Soldaten und islamistischen Söldnern der türkischen Regierung verübt. Einige dieser Kriegsverbrechen wurden dokumentiert und die Beweise den Vereinten Nationen und mehreren europäischen Gerichten vorgelegt.

Die Büros und Parteizentralen der HDP wurden im ganzen Land von rassistischen Mobs gestürmt und niedergebrannt. Bei den Bombenanschlägen von Pirsûs (Suruç) (8. September 2015) verlor die Partei 33 junge Menschen aus einer ihrer Teilorganisationen, der Föderation Sozialistischer Jugendverbände (SGDF), bei einem Selbstmordanschlag eines IS-Kämpfers. In Ankara (10. Oktober 2015) wurden 103 HDP-Sympathisant:innen durch zwei Selbstmordattentate von IS-Kämpfern bei einer HDP-Friedenskundgebung getötet.

Aufgrund fehlender Sicherheitsvorkehrungen war die HDP gezwungen, alle Kundgebungen zu Zwecken des Wahlkampfes abzusagen. Die Monate vor den Wahlen markierten ein dunkles neues Kapitel in der türkischen politischen Landschaft. Und dennoch konnte die Partei bei den Wahlen am 1. November erneut die antidemokratische Hürde von 10 % überwinden.

Repressionen gegen die gesamte Zivilgesellschaft wurden »legalisiert«, als 2017 das sogenannte »Präsidialsystem türkischer Art« unter Notstandsgesetzen eingerichtet wurde. Mit diesem System nahm Erdoğan alle exekutiven, legislativen und

judikativen Befugnisse unter seine Kontrolle. Human Rights Watch (2020) berichtete, dass »die Türkei in den letzten vier Jahren eine sich verschärfende Menschenrechtskrise mit einer dramatischen Erosion ihres Rechtsstaats- und Demokratierahmens durchlebt«.

Die AKP kompensiert ihre Niederlagen durch Verhaftungen

Die Hauptstrategie der AKP bleibt die Behinderung der HDP mit allen Mitteln, auch durch die Ernennung von nicht gewählten, von der Regierung ernannten Treuhändern (Zwangsverwaltern) anstelle von gewählten Vertreter:innen und durch Schauprozesse auf Grundlage unbegründeter und substanzloser Anklagen. Die Auslöschung der HDP auf der politischen Bühne scheint für die AKP zu einem existenziellen Thema geworden zu sein. Gesetze und Verordnungen, einschließlich der verbindlichen Konventionen über politische Repräsentation und Partizipation, werden zu diesem Zweck dauerhaft missbraucht.

Im Zeitraum 2015−2018 und während der laufenden Wahlperioden wurde die Immunität von elf HDP-Abgeordneten aufgehoben.

Tabelle 1 zeigt die Abgeordneten, die für die Wahlperiode 2015-2018 gewählt wurden und mit verschärften Strafen belegt wurden. Zu diesen Abgeordneten gehörten auch unsere ehemaligen Ko-Vorsitzenden Figen Yüksekdag* und Selahattin Demirtaş*.

Tabelle 2 zeigt die drei HDP-Abgeordneten, die für die Wahlperiode 2018−2023 gewählt wurden und denen verschärfte Strafen auferlegt wurden.

Unsere ehemaligen Stellvertreter:innen Nazmi Gür, Ayla Akat Ata, Ayhan Bilgen (abgesetzer Bürgermeister von Qers (Kars)), Beyza Üstün und Emine Ayna wurden im Jahr 2020 aufgrund von parlamentarischen Aktivitäten vor den Wahlen 2015 festgenommen. Stand Mai 2021 sind 14 HDP-Abgeordnete in Haft.

Tabelle 1: Haftstrafen der Parlamentarier:innen, die für die Wahlperiode 2015-2018 gewählt wurden

Parlamentsabgeordnete	Haftstrafen
Selahattin Demirtaş*	4 Jahre und 8 Monate
Figen Yüksekdag*	1 Jahr und 6 Monate
İdris Baluken	16 Jahre und 8 Monate
Çaglar Demirel	7 Jahre und 6 Monate
Abdullah Zeydan	8 Jahre, 1 Monat und 15 Tage
Gülser Yıldırım	7 Jahre und 6 Monate

Tabelle 2:Haftstrafen für die Parlamentarier:innen, die für die Wahlperiode 2018–2023 gewählt wurden

Parlamentsabgeordnete	Haftstrafen
Musa Farisoğulları	9 Jahre
Leyla Güven	22 Jahre
Omer Faruk Gergerlioğlu	2,5 Jahre

Gewählte Abgeordnete werden ersetzt durch von der Regierung berufene Treuhänder

Nach den Kommunalwahlen vom 31. März 2019 ersetzte Erdoğan in 49 der 65 von der HDP gewonnenen Gemeinden die gewählten Vertreter:innen durch von der Regierung ernannte Treuhänder. Diese Gemeinden umfassten drei Metropolenregionen, fünf Provinzen und 33 Distrikte. 37 Kommunalvorsitzende, darunter 19 Frauen, wurden inhaftiert. Stand März 2021 sind 15 Ko-Bürgermeister:innen, darunter der Ko-Bürgermeister von Amed, Adnan Selçuk Mızraklı, der Ko-Bürgermeister von Qers (Kars), Ayhan Bilgen, und sieben Frauen in Haft. Weitere sechs Ko-Bürgermeister:innen stehen unter Hausarrest.

Die Berufung von nicht gewählten, von der Regierung ernannten Treuhändern anstelle von gewählten Vertreter:innen ist nicht neu. Schon die bei den Kommunalwahlen vom 30. März 2014 gewählten Ko-Bürgermeister:innen wurden im September 2016 durch nicht gewählte, von der Regierung ernannte Treuhänder ersetzt. So wurden 95 der Gemeinden, die von der Hauptkoalitionspartnerin der HDP, der Partei der Demokratischen Regionen (DBP), bei den Wahlen gewonnen wurden, beschlagnahmt und ihnen Treuhänder auferlegt. Die 93 Ko-Bürgermeister:innen wurden anschließend festgenommen. Damit wurde das System des Ko-Vorsitzes, das zur Erreichung der Geschlechtergleichstellung eingeführt worden war, angegriffen, und auch viele von Frauen geführte Organisati-

onen wurden beseitigt. Unter den zu dieser Zeit inhaftierten Ko-Bürgermeister:innen sind die Ko-Bürgermeisterin von Amed, Gültan Kısanak, Ko-Bürgermeister von Wan (Van), Bekir Kaya, Ko-Bürgermeisterin von Colemêrg (Hakkari), Dilek Hatipoğlu und Ko-Bürgermeisterin von Dersim, Nurhayat Altun.

Strafrechtliche Verfolgung der HDP-Mitglieder zwischen 2015 und 2021

Unsere Aufzeichnungen zeigen, dass seit 2015 über 10.000 HDP-Mitglieder in Haft waren. Ein paar tausend wurden zwar wieder frei gelassen, dennoch befinden sich über 4.000 Mitglieder, darunter auch ehemalige Abgeordnete und Bürgermeister:innen, hinter Gittern. Auch im Ausland leben tausende HDP-Mitglieder, darunter Abgeordnete und ehemalige Ko-Bürgermeister:innen, die vor politisch motivierten Haftbefehlen der AKP-freundlichen Justiz fliehen mussten.

Der »Fall Kobanê«

Die Verhandlungen im sogenannten Kobanê-Prozess haben am 26. April 2021 begonnen und wurden am selbigen Tag auf den 18. Mai verschoben.

Im Oktober 2014 rief die HDP zur Solidarität mit Kobanê und gegen die vom sogenannten Islamischen Staat (IS) ausgeführten Angriffe auf die Stadt sowie gegen die Unterstützung der türkischen Regierung des IS die Bevölkerung zum Protest auf. Seit Jahren fordert die HDP eine Parlamentarische Untersuchung, um ans Licht zu bringen, was zu dem Angriff auf Kobanê geführt hat. Das Erdoğan-Regime hat diesen Vorschlag jedoch bisher immer abgelehnt.

- Selahattin Demirtaş, ehemaliger Ko-Vorsitzender der HDP, wurde am 4. November 2016 im Rahmen dieses Verfahrens in Haft genommen. Dies fiel unter die Kontrolle des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR).

- Am 22. Dezember 2020 forderte der EGMR seine sofortige Freilassung mit der Begründung, dass der Fall keine Grundlage habe und die Inhaftierung rein politischer Natur sei.

- Anstatt die Entscheidung des EGMR umzusetzen, unternahm Erdoğan einen neuen Schritt mit seiner Kontrolle über das Gerichtssystem und die Justiz.

- Am 28. Dezember 2020 machte Erdoğan die HDP als »Hauptverursacher der Vorfälle vom 6. bis 8. Oktober 2014« verantwortlich.

- Am 30. Dezember 2020 reichte die Staatsanwaltschaft die Anklageschrift ein.

- Am 7. Januar 2021 wurde die Klage schließlich erhoben und der »Fall Kobanê« vom Strafgericht in Ankara angenommen. Die Reihe der Vorkommnisse zeigt, dass der »Kobanê-Prozess« durchaus ein politischer Fall ist, der vom Erdoğan-Regime durchgeführt wurde.

Danach hat der türkische Generalstaatsanwalt den »Fall Kobanê« eingeleitet und die Inhaftierung von 108 Personen angeordnet, darunter führende Vertreter:innen der HDP; 28 von ihnen werden, wie bereits erwähnt, als Geiseln gehalten. Nach 75 Personen wird fieberhaft gefahndet. Mit diesem Schauprozess sollen bekannte Politiker:innen als Kriminelle dargestellt werden, um gesellschaftliche Unterstützung für die HDP zu unterdrücken.

Die 3.530 Seiten lange Anklageschrift beinhaltet Beweismittel, die nichts mit der Wahrheit zu tun haben. Wenn es nach Erdoğan ginge, dann soll Selahattin Demirtaş bis zu 15.000 Jahre im Gefängnis sitzen. Dies ist die Forderung des Generalstaatsanwalts. Aber der Kobanê-Prozess soll dazu dienen, den Sieg über den IS in Kobanê zu rächen. Denn sie wollen den Widerstand und die Solidarität mit Kobanê kriminalisieren und die HDP mit ihrem (Rechts)system zerschlagen. Wie schon von dem ehemaligen Ko-Vorsitzenden der HDP, Selahattin Demirtaş, gesagt wurde: »Was Erdoğan wirklich erschüttert, ist nicht unser Volk, das brutal ermordet wurde, sondern die Niederlage des IS in Kobanê.«

Versuche, die HDP aufzulösen

Der von dem zuständigen Generalstaatsanwalt des Türkischen Kassationsgerichts beim Verfassungsgericht eingereichte Verbotsantrag zielt auf die Auflösung der HDP sowie auf das politische Betätigungsverbot für über 687 HDP-Mitgliedern ab. Des Weiteren wird mit diesem Fall versucht, eine Basis für die vollständige Schließung der HDP herbeizuführen. Das Verfassungsgericht befand die Anklage als »komplett unvollständig und falsch«: namentlich, die Behauptungen des Staatsanwalts bezüglich der Schließung der HDP erwiesen sich als nicht nachhaltig. Dennoch droht die Schließung der HDP, seitdem die Rechtsnorm instrumentalisiert wird, um HDP-Mitglieder einzusperren.

Das Ende der Pressefreiheit

Unter Erdoğan sind 90 bis 95 Prozent der Medien in der Türkei unter die Kontrolle der Regierung gebracht worden. Nach der Verhinderung demokratischer, freier und unabhängiger Informationsnetzwerke und dem Verbot und der Sperrung tausender Websites und dutzender Zeitungen, Zeitschriften und anderer Informationsquellen ist Erdoğan in der Position, der Gesellschaft seine eigene Meinung aufzuzwingen, während er versucht, sein Regime zu institutionalisieren. Am Welttag der Pressefreiheit – dem 3. Mai 2021 –, an dem mindestens 68 Journalist:innen ihrer Freiheit beraubt wurden, fasste die Ko-Vorsitzende des türkischen Menschenrechtsvereins, Eren Keskin, die Situation wie folgt zusammen: »Ich bezeichne den Prozess, den wir durchlaufen, wirklich als ›schrecklich‹. Ich kämpfe schon seit 30 Jahren für die Menschenrechte. Es gab noch nie eine Zeit, in der es so unberechenbar war und ich mich so ungeschützt gefühlt habe. Ich kann mich wirklich nicht an einen Prozess erinnern, in dem das Gesetz von einem einzigen Zentrum abhängig ist und die Richter und Staatsanwälte so viel Angst hatten.«

Einmischung in die Universitätsautonomie

Seit 2018 entscheidet Recep Tayyip Erdoğan allein über alle hochrangigen Ernennungen an den Universitäten. Die Bosporus-Universität (Boğaziçi) ist eine der führenden Universitäten der Türkei und wählte früher ihre Rektoren aus den eigenen Reihen. Doch Anfang Januar 2021 ernannte Erdoğan den AKPler Melih Bulu zum neuen Rektor der Universität. Proteste gegen Melih Bulu wurden gewaltsam niedergeschlagen und über 500 Studierende festgenommen. Es gibt keine offiziellen Zahlen darüber, wie viele noch inhaftiert sind.

In der »neuen Türkei« verlieren die Universitäten ihre universelle Perspektive und werden zu ideologischen Zentren für das türkisch-islamisch-konservative Weltbild.

Austritt aus der Istanbul-Konvention

Am 20. März 2021 ist die türkische Regierung aus der Istanbul-Konvention – dem Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt – ausgetreten. Ein von Human Rights Watch veröffentlichter Bericht, der sich mit dem Rückschritt der Türkei bei den demokratischen Grundrechten befasst, beschreibt, wie sich Erdoğans Angriff auf Recht und Demokratie gegen Frauen, Kurd:innen, LGBT-Menschen und demokratische Garantien richtet.

Laut der Plattform »Wir werden Frauenmorde stoppen« in Istanbul wurden in der Türkei im ersten Quartal 2021 mindestens 106 Frauen von Männern ermordet. Die tatsächliche Zahl dürfte weitaus höher sein. Die gleiche Organisation stufte weitere 171 Todesfälle, darunter auch angebliche Selbstmorde, als »verdächtig« ein. Die »ideale Frau», die sich die «neue Türkei« vorstellt, ist ohne Rechte und Freiheiten, unpolitisch, gehorsam gegenüber Männern, mit einem Kopftuch bedeckt und zu Hause bleibend, um zu kochen und Kinder zu bekommen.

Verstoß gegen internationale Konventionen

Der türkische Staat unter Erdoğans Herrschaft ist bekannt geworden für seine Bilanz an Menschenrechtsverletzungen und sein ständiges Hinausschieben der Verpflichtungen, die er nach internationalem Recht zu erfüllen hat. Der jüngste Bericht des Europäischen Komitees zur Verhinderung von Folter (CPT) macht deutlich, dass die Situation im Hochsicherheitsgefängnis von İmralı, in dem Abdullah Öcalan und vier weitere Gefangene festgehalten werden, Anlass zu großer Sorge gibt. Der Ausschuss befand die Haftbedingungen für inakzeptabel und forderte die türkischen Behörden auf, den Gefangenen ohne weitere Verzögerung die Ausübung ihrer Grundrechte zu ermöglichen. Abdullah Öcalan befindet sich in Einzelhaft; es ist ihm nicht erlaubt, seine Anwält:innen oder seine Familienangehörigen zu treffen, trotz Aufforderungen des CPT.

Die Entschließung des Europaparlaments vom 11. März 2021 zum Syrien-Konflikt – 10 Jahre nach dem Aufstand – stellt klar, dass die Türkei ein völkerrechtswidriger Besatzer ist, und fordert sie auf, ihre Truppen aus den besetzten Gebieten in Nordsyrien abzuziehen. Außenpolitisch orientiert sich die »neue Türkei« an einer neoosmanischen Ausrichtung, was zu eskalierenden Spannungen mit den Nachbarländern sowie mit Zypern und Libyen führt. In der folgenden Entschließung hat sich das Europäische Parlament auch mit der türkischen Praxis der ethnischen Säuberung befasst.

Das Europaparlament »fordert die Türkei auf, ihre Truppen aus Nordsyrien abzuziehen, das sie ohne jegliches UN-Mandat illegal besetzt hält; verurteilt die illegalen Überstellungen kurdischer Syrer:innen aus dem besetzten Nordsyrien in die Türkei zur Inhaftierung und Verfolgung unter Verletzung der internationalen Verpflichtungen der Türkei gemäß den Genfer Konventionen; fordert nachdrücklich, dass alle syrischen Gefangenen, die in die Türkei überstellt wurden, unverzüglich in die besetzten Gebiete in Syrien zurückgeführt werden; ist besorgt, dass die anhaltenden Vertreibungen durch die Türkei einer ethnischen Säuberung gegen die syrische kurdische Bevölkerung gleichkommen könnten; betont, dass die illegale Invasion und Besetzung durch die Türkei den Frieden in

Syrien, im Nahen Osten und im östlichen Mittelmeer gefährdet; verurteilt entschieden den völkerrechtswidrigen Einsatz syrischer Söldner durch die Türkei in Konflikten in Libyen und Berg-Karabach«.



Die Frauenplattform für Gleichberechtigung kündigte an, sich auf das »Große Frauentreffen« am 19. Juni gegen die Aufhebung der Istanbul-Konvention vorzubereiten. In der von 88 Frauenorganisationen und -institutionen unterzeichneten Erklärung heißt es, dass am 19. Juni in Istanbul Frauen aus dem ganzen Land zusammenkommen, um Entschlossenheit und Einheit zu demonstrieren. Foto: Mezopotamiya Ajansı

Efrîn, eine kurdische Stadt und Region im Nordwesten Syriens, ist seit der Besatzung der türkischen Armee im Januar 2018 schweren Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt. Über diese Verbrechen haben verschiedene Organisationen berichtet, darunter auch das Hochkommissariat der Vereinten Nationen für Menschenrechte. Aus den Berichten geht hervor, dass Frauen in Efrîn systematisch gefoltert, verschwunden gelassen, entführt, vergewaltigt und ermordet wurden, was unter anderem beim Hochkommissariat für Menschenrechte der Vereinten Nationen und dem US-Außenministerium große Besorgnis hervorgerufen hat.

Was wir in diesem Bericht beschrieben haben, ist nur die Spitze des Eisbergs. Um alle von Erdoğans Regierung begangenen Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen zu dokumentieren, wären viele, viele weitere Seiten nötig.

Fazit

Ein Ergebnis der Koalition zwischen AKP und MHP ist eine zunehmend aggressive Politik gegen die Kurd:innen und andere religiöse und ethnische Gruppen. Um auch in einer Wirtschaftskrise an der Macht zu bleiben, haben die Regierung und ihr Koalitionspartner, die MHP, den Krieg in Syrien und im Irak vorangetrieben und eine Politik der Vernichtung der Kurd:innen in der Türkei, Syrien und im Irak betrieben. Infolgedessen ist der von Abdullah Öcalan aus dem Gefängnis İmralı initiierte Friedensprozess seit 2015 gestoppt worden. Solange der Weg des Friedensdialogs versperrt ist, wird die Gewalt weitergehen. Die politische Strategie der Regierung unter Erdoğan basiert auf Autoritarismus, einer feudalistischen Auslegung des Islams, Koalitionen mit Nationalisten und radikalen Dschihadisten, Gewalt, Krieg und Unterdrückung – all das führt in eine Sackgasse.

Die Türkei hat sich von der Demokratie entfernt und ist in den Autoritarismus gestürzt. Der Staatsapparat und die Institutionen werden neu konfiguriert, um staatliche Mechanismen zu kontrollieren. Die primäre Aufgabe des neu gestalteten Staates ist die Unterdrückung demokratischer Organisation geworden, um dem autoritären Regime Platz zu machen. Der demokratische Rückschritt ist in allen Lebensbereichen zu beobachten und schädigt die Gesellschaft sowohl wirtschaftlich als auch moralisch.

Die HDP spielt eine entscheidende Rolle bei der Sicherung der demokratischen Rechte des kurdischen Volkes, beim Aufbau des Friedens und bei der Förderung der Demokratisierung der Türkei. Die politischen Errungenschaften, die die HDP durch die schwache Demokratie in der Türkei erringen konnte, können auch anderen Gemeinschaften helfen, gemeinsam für Koexistenz und Demokratie zu arbeiten. Aber wenn zugelassen wird, dass die Demokratie weiter zurückfällt, wird das schwerwiegende Folgen haben, nicht nur regional, sondern auch international. Wenn die Demokratie gestärkt werden soll, muss die türkische Regierung ermutigt werden, die bedeutende Rolle der HDP zu akzeptieren.

Wir fordern die internationalen Organisationen – die Vereinten Nationen, den Europarat, die Europäische Union und die europäischen Regierungen – auf, den notwendigen politischen Druck auf die türkische Regierung aufrechtzuerhalten, damit sie sich den Menschenrechtskonventionen und dem Völkerrecht verpflichtet. Wann immer Erdoğans »neue Türkei« international als »legitimer« Partner akzeptiert wird, normalisieren sich Kriege, Gewalt, Besetzungen, Unterdrückung, Verfolgung und Inhaftierung. Diese Handlungen sollten nicht standardisiert werden. ♦

Der türkische Staat setzt Wasser gegen die Bevölkerung in Nordsyrien als Waffe ein

Der Versuch, eine Revolution auszutrocknen

Gisela Rhein

In der UN-Gewässer-Konvention von 2014 wird die ausgewogene Nutzung grenzüberschreitender Wasserläufe zur Verhinderung beträchtlicher Schäden im Einzugsgebiet eines gemeinsamen Wasserlaufes festgeschrieben. Die Türkei boykottiert diese Konvention und setzt ihre Staudämme und damit das Wasser z. B. des Euphrats gezielt als Waffe gegen die Gesellschaft in Nord- und Ostsyrien ein.

Darüber hinaus zerstört sie gezielt die Wasserinfrastruktur der Region, mit schwerwiegenden Folgen für die Bevölkerung, die Landwirtschaft und die Stromversorgung. Die Zivilgesellschaft der Demokratischen Föderation Nord- und Ostsyriens wird als Geisel für die aggressive Expansionspolitik der Türkei genommen, und den Menschen wird eine wichtige Lebensgrundlage in ihrer Heimat entzogen.

Die Selbstverwaltung steht wegen der stark zurückgegangenen Niederschlagsmengen und des Embargos vor großen Herausforderungen.

»Seit Anfang des Jahres hat der türkische Staat erneut gravierenden Einfluss auf den Wasserdurchfluss des Euphrats genommen. 500.000 Menschen in Nord- und Ostsyrien haben dadurch bereits ihre natürliche Trinkwasserquelle verloren, 5 Millionen weiteren droht das gleiche Schicksal«, heißt es in einer Pressmitteilung der Selbstverwaltung von Nord- und Ostsyrien zum Thema Wasserpolitik.

Nur alle 5 Tage fließendes Wasser …

Am Beispiel der Wasserversorgung für die Provinz und die Stadt Hesekê lassen sich die Auswirkungen der Besatzung durch türkische Truppen und ihre dschihadistischen Verbündeten in ihrer ganzen Dramatik erkennen.

Über die Folgen für die Menschen in der Stadt Hesekê berichtet uns Sozdar Ahmed, Ko-Vorsitzende des dortigen Wasseramtes. »Insbesondere auch hier in der Stadt Hesekê kämpfen wir aktuell gegen eine große Krise. Seit dem 12. April wurde erneut das Wasser des längsten Nebenflusses des Euphrats durch den Missbrauch des Wasserwerks Elok (Allouk) abgeschnitten. Wir sahen uns gezwungen, die Stadt in fünf Bereiche aufzuteilen. Täglich kann nur einer der Sektoren mit Wasser versorgt werden. Die Bevölkerung hat also lediglich einmal alle fünf Tage fließendes Wasser zur Verfügung. Wir müssen die Menschen dazu anhalten, so sparsam wie möglich damit umzugehen und wenn möglich das Wasser mehrfach zu verwenden. Es gibt viele Orte, die nicht von bestehenden Wasserleitungen erreicht werden können, weswegen wir als Wasseramt der Selbstverwaltung aushelfen müssen. Dafür sind täglich bis zu 20 Trucks im Einsatz. Aufgrund der aktuellen Situation bräuchte es jedoch 300. Diese Wasserknappheit trifft uns in Zeiten steigender Fallzahlen von Coronainfektionen besonders hart.«

> Die Versuche des türkischen Staates, unser Gebiet austrocknen zu lassen, wird uns nicht vom Aufbau der neuen Gesellschaft abbringen können.

Die besagte Pumpstation in Elok befindet sich auf dem seit 2019 vom türkischen Militär besetzten Gebiet bei Serêkaniyê (Ras al-Ain) und wurde unmittelbar nach der Besetzung von der notwendigen Stromversorgung durch die Truppen der türkisch kontrollierten »Freien Syrischen Armee« abgeschnitten. Ein spezielles Abkommen zwischen der Türkei und der Selbstverwaltung von Nord- und Ostsyrien legt zwar fest, dass Elok die Hälfte der benötigten 600 MW erhalten muss, die das Kraftwerk bei Tirbespiyê, welches sich in Nordostsyrien befindet, liefert. Die »Freie Syrische Armee« hat jedoch vor kurzem die Vereinbarung eigenständig aufgekündigt, den Strom umgeleitet und in das eigene Netz im besetzten Gebiet eingespeist. Ohne ausreichende Stromversorgung musste die Leistung des Wasserwerks Elok auf ein Minimum reduziert werden. Die Gefahr, dass es ganz abgeschaltet werden muss, ist real. Allein dies bringt fast



Die Staudämme Firat, Tabqa und Tişrîn auf dem Gebiet der Selbstverwaltung sind die zentralen Stromquellen für die Region. Sie alle sind direkt von der Einflussnahme des türkischen Staates auf den Wasserdurchfluss des Euphrats betroffen und mussten deshalb ihre Stromproduktion massiv reduzieren. Foto: Ronahi-TV

eine Million Menschen in der Stadt und Provinz Hesekê in Gefahr, den Zugang zu Wasser zu verlieren. Die Städte Til Temir, Şeddadê, Arisha und Tausende von Flüchtlingen in drei Camps wären betroffen, außerdem das Camp al Hol mit über 60.000 Schutzsuchenden, darunter internierte Mitglieder und Anhänger:innen des IS.

Seit 2019 leiden die Menschen unter diesem Problem und eine Lösung unter den Bedingungen der türkischen Besatzung ist nicht in Sicht.

Die drei Talsperren auf dem Gebiet der Selbstverwaltung sind die zentralen Stromquellen für die Region. Es sind die Staudämme Firat, Tabqa und Tişrîn. Sie alle sind direkt von der Einflussnahme des türkischen Staates auf den Wasserdurchfluss des Euphrats betroffen und mussten deshalb ihre Stromproduktion massiv reduzieren. Die Regionen Kobanê, Raqqa, Minbîc, Tabqa und Deir ez-Zor werden ausschließlich von diesen Staudämmen mit elektrischer Energie versorgt. Wegen des derzeit niedrigen Wasserstandes können sie jedoch lediglich abwechselnd und immer nur mit einer der teilweise bis zu zehn Turbinen betrieben werden. Statt der üblichen Leistung von über 2.500 MW können nach Einschätzung von Expert:innen vor Ort bald nur noch 100 MW geliefert werden. Im schlimmsten Fall könnte die Produktion auf verschwindend geringe 80 MW sinken.

Der Bericht des ersten Quartals 2021 dokumentiert die stark abnehmende Leistung der Staudämme. Außerdem wird in diesem Bericht auf andere gravierende Folgen des mangelnden Wasserdurchflusses hingewiesen: Aufgrund des niedrigen Wasserstandes fehlt dem Euphrat langfristig die Fähigkeit zur natürlichen Selbstreinigung, mit verhängnisvollen Folgen für das Ökosystem des Flusses und damit auch für die Wasserqualität.

Das Wasseramt in Nord- und Ostsyrien liefert eine weitere Gefahrenanalyse für den Staudamm in Tişrîn. Sollte dieser zu lange ohne Strom bleiben, werden die Pumpen, die das Wasser von den Generatoren fernhalten, ausfallen und die Technik der Generatoren würde langfristig beschädigt.

Auch die Grundwasservorräte drohen zu versiegen

Im Staudamm in Tabqa sind bereits 80 % der Wasserreserven aufgebraucht, was in etwa 9,4 km^3 Wasser entspricht. Tabqa versorgt die lokalen Gemeinden mit Wasser. Die verbliebenen Reserven werden jetzt aber auch gebraucht, um die Technik des Staudamms funktionsfähig zu halten.

Fehlendes Wasser hat unmittelbare Auswirkungen auf die Grundversorgung mit Lebensmitteln und den Vorrat an Grundwasser. Nord- und Ostsyrien gilt als Kornkammer Syriens. Die Talsperren versorgen seit Jahrzehnten die Landwirt-

schaft mit Wasser. Nachdem jetzt aber der Euphrat immer weniger Wasser führt und die Reservoirs immer kleiner werden, sind die Landwirt:innen gezwungen, immer häufiger auf die Grundwasservorräte zurückzugreifen. Immer tiefer gegrabene Brunnen und die intensive Nutzung dieser Ressource senken den Grundwasserpegel. Bei derart anhaltendem Verbrauch droht das Versiegen in den nächsten zwei Jahren.

Die aktuelle Trockenheit zwingt die Landwirt:innen, die Ernte früher einzuholen, um nicht den gesamten Ertrag des Jahres zu verlieren. Für die kommenden Jahre wird mit einem weiteren Rückgang des Weizenanbaus gerechnet und somit mit negativen Folgen für die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung und für die Wirtschaft der gesamten Region.

Ökonomisch trifft der von der Türkei gezielt herbeigeführte geringe Wasserdurchfluss des Euphrats auch die verbliebenen Fischer:innen. Ihre Existenzgrundlage ist gefährdet. Viele von ihnen mussten bereits die Region verlassen oder sich andere Einkommensquellen suchen.

Verantwortliche der Selbstverwaltung für die Wasserversorgung aus allen Distrikten bezeichnen die Lage als bedrohlich und katastrophal.

Dies gilt nicht nur für Nord- und Ostsyrien. Auch im Irak haben die Menschen unter der Wasserpolitik des türkischen Staates zu leiden. Durch den gezielten Entzug von Wasser setzt die Türkei auch diesen Nachbarstaat unter Druck. Laut offiziellen Zahlen des Ministeriums für Wasserressourcen im Irak sind die Wasserstände des Euphrats und des Tigris seit den 1980er Jahren um fast 50 % gefallen. Der einst so üppig fließende Euphrat ist laut offiziellen Verlautbarungen von einer Kapazität von 30 Milliarden Kubikmeter Wasser auf fast die Hälfte, 16 Milliarden Kubikmeter, gefallen. Der irakische Minister Hassan al-Janabi, zuständig für das Wasseramt des Landes, prognostiziert bis zum Jahr 2030 einen weiteren Rückgang um mindestens 50 %. Die Folgen für die Gesellschaft vor Ort sind schwer vorstellbar.

Konflikte und Kriege um das kostbare Gut Wasser sind weltweit eine Gefahr, nicht nur im Nahen Osten. Wenn Regierungen, die Wasser als Mittel ihrer Außenpolitik, ihres Machtstrebens und als Waffe einsetzen, nicht Einhalt geboten wird, verschärfen sich die Gefahren für Menschen und ihre natürlichen Lebensgrundlagen.

Die Menschen in Nord- und Ostsyrien bleiben jedoch nicht passiv. Sozdar Ahmed erklärte, mit allen Mitteln nach Unterstützung zu suchen. Im Rahmen dessen habe es bereits Treffen und Gespräche mit den Vereinten Nationen, verschiedenen Menschenrechts- und Zivilrechtsorganisationen, den USA, Russland und dem Roten Kreuz gegeben, mit dem Ziel, Druck auf die Türkei auszuüben. »Aber wir sehen keine Veränderung, wir bekommen nur leere Versprechungen und schöne Worte«, so Sozdar Ahmed.

Doch die Gesellschaft lässt sich davon nicht entmutigen. »Die Menschen und ihre Selbstverwaltung konnten bereits größere Probleme lösen. Die Versuche des türkischen Staates, unser Gebiet austrocknen zu lassen, wird uns nicht vom Aufbau der neuen Gesellschaft abbringen können.« ♦



»Reden erst die Völker selber, werden sie schnell einig sein«: Der Stausee Tabqa, unter Kontrolle der Selbstverwaltung eine Quelle der Fruchtbarkeit und hinreichend Energie. Die Aggressionen der Türkei machen dies unmöglich. Foto: Archiv

Kurdische Lastenträger:innen stehen im Visier der Regimekräfte

Kolber: Ein Leben am Rande des Todes

Gulê Algunerhan

Kolber, die oft gefährliche Wege gehen müssen, sehen jeden Tag dem Tod ins Auge, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen. In Rojhilat, das reich an Ressourcen und das Land des Brotes und des Weizens ist, sterben Menschen für Brot.

Kein Tag vergeht ohne schlechte Nachrichten über Kolber, und diese Tragödie ist langsam alltäglich geworden. Diese täglichen, fast schon routinierten Angriffe sind eigentlich, genauer betrachtet, ein systematisches Massaker.

Einem Bericht des Kurdistan Human Rights Network aus dem Jahr 2019 zufolge starben in der Grenzregion zwischen Rojhilat und Başûr (Ost- und Südkurdistan) mindestens 80 Kolber, mehr als 154 weitere wurden verletzt, von denen 58 direkt vor Ort von iranischen Pasdaran hingerichtet wurden. Die Übrigen kamen auf Grund von Minenexplosionen, Abstürzen aus großer Höhe und Erfrierungen ums Leben. Zu diesen Opfern zählen unter anderem auch der 14-jährige Ferhad Xûsrewî und sein 17-jähriger Bruder Azad Xûsrewî, die beide am 17. Dezember 2019 auf dem Berg Tetê in der Region Hewraman erfroren sind.

»Kolber« ist die Bezeichnung für diejenigen, die für ihren Lebensunterhalt als Träger:innen im Grenzgebiet zum Transport von Waren gezwungen sind. Doch nicht alle, die so arbeiten, sind automatisch Kolber. Das sind ausschließlich diejenigen, die für sehr wenig Geld die Ware von anderen zu Fuß über die Grenze transportieren.

Nach Einschätzung des Kurdistan Human Rights Network und der Meinung weiterer Quellen sind aktuell in Ostkurdistan (Iran) mindestens 100.000 Menschen für ihren Lebensunterhalt als Kolber tätig. Daneben gibt es die Händler:innen, die als Kasibkar bezeichnet werden, in der Regel die Besitzer:innen der Ware (sie sind die Subunternehmer:innen). Sie bringen sie in Grenznähe bzw. holen sie von dort ab und verteilen sie an die Städte, während die Kolber für sie die gefährliche Grenzüberquerung unternehmen.

Die Kolber müssen selbst bei schlimmsten Regenfällen ihrem Werk nachgehen. Gruppe für Gruppe machen sie sich auf den Weg, oftmals viele Kilometer weit. Manchmal müssen sie Klippen, Abhänge und gefährliche Straßen überwinden, ein Weg voller Gefahren. Kolber finden sich aufgrund der steigenden Arbeitslosigkeit und Armut in Ostkurdistan zu Zehntausenden in jedem Alter zwischen 13 und 70 Jahren, darunter Hochschulabsolvent:innen, die keine Arbeit finden, oft auch Kinder.

Die Kolber treffen sich an einem bestimmten Ort an der Grenze, packen gemeinsam ihre Last und machen sich auf den Weg. Einige können unter ihrer Last nur noch erahnt werden, bei manchen erreicht sie 100 Kilo.

Was also ist die Entlohnung für das, wofür sie gelitten und wofür sie ihr Leben aufs Spiel gesetzt haben? Konkret, wie viel Essen können sie damit abends auf den Tisch bringen?

Das durchschnittliche Tageseinkommen liegt zwischen 8 und 10 US-Dollar, das sind ungefähr 100.000 iranische Toman. Angesichts des aktuellen Preises für ein Kilogramm Fleisch von gut 80.000 Toman wird schnell ersichtlich, dass ihr Gehalt nur etwas mehr als ein Kilogramm Fleisch für einen Tag Arbeit einbringt und alles andere als den Lebensunterhalt für viele Haushalte sichern kann.

Bei den meisten übersteigt das monatliche Einkommen nicht 100 US-Dollar. Die Kasibkar, die gleichzeitig die Eigentümer:innen der Ware sind, die sie meistens aus Dubai oder China importieren, lassen diese dann von den Kolber nach Ostkurdistan bringen. Manches davon geht dann weiter in den gesamten Iran.

Grenzhandel in der Schah-Zeit

Zur Zeit des iranischen Schahs stand die Bevölkerung Süd- und Ostkurdistans in einem regen Austausch, die Grenzkontrollen waren jedoch nicht so streng. In diesen Jahren konnten Kurd:innen aus dem Osten in den Süden gehen, um dort zu arbeiten, z. B. für eine Saison nach Şarezur, und danach mit den erarbeiteten Ersparnissen nach Hause zurückzukehren.

Die meisten Menschen in den Grenzdörfern zwischen Süd- und Ostkurdistan sind Verwandte und gehören demselben Stamm an. Es gab ständige Beziehungen zwischen Dörfern auf beiden Seiten der Grenze. So war die Grenzüberquerung damals also noch eine einfache Angelegenheit. Diejenigen, die auf die andere Seite zum Arbeiten gingen, kehrten bspw. mit Zucker, Reis, Tee oder Mehl für die Familie zurück.

Die Menschen besorgten auch günstige Ware jenseits der Grenze und transportierten sie auf die jeweils andere Seite, betrieben also einen kleinen Grenzhandel auf dem Rücken von Pferden und Maultieren.

Auch zu der Zeit kam es bereits zur Konfrontation mit Söldnern des Staates, doch war die Zahl der Getöteten und Verwundeten lange nicht so hoch wie heute. Die damals Erwischten wurden lediglich für kurze Zeit inhaftiert oder einfach festgenommen und wieder freigelassen.

In der Zeit des Schahs wurden den Familien Grundbedürfnisse durch das Sozialhilfesystem zur Verfügung gestellt. Deswegen war die Zahl der Grenzhändler:innen noch weit geringer.

Das Kommen und Gehen zwischen Nord-, Süd- und Ostkurdistan konnte bis zur Islamischen Revolution 1979 fortgesetzt werden.

Austausch an der Grenzlinie

Wegen des iranisch-irakischen Krieges 1980 bis 1988 wurde der Handel zwischen Ost- und Südkurdistan eingestellt. An der Grenze wurden Pufferzonen geschaffen und Dörfer evakuiert. Aus diesem Grund wurden auch Mitglieder desselben Stammes und derselben Familie voneinander getrennt. Das veränderte die Situation in der Region auf einmal grundsätzlich. Nach acht Jahren Krieg begannen die Menschen in der Region, wenn auch schleppend, ihre Grenzgebiete wieder zu kultivieren, und die Kontakte auf beiden Seiten der Grenze wurden wiederbelebt.

Als das Regime unter Saddam Hussein 1990 Kuwait angegriffen hatte, kam es im folgenden Jahr 1991 zu einem Aufstand der Bevölkerung Südkurdistans. Nach zwei Aufständen war der Herrschaftsanspruch des Iraks in diesem Gebiet zerstört. In dieser Zeit wurden die Verbindungen zwischen Süd- und Ostkurdistan ganz neu belebt. Die Menschen transportierten mit Hilfe von Karawanen, was sie in Kuwait, Bagdad usw. fanden, nach Ostkurdistan und in den Iran. Darunter sensibles Material wie medizinische und auch militärische Ausrüstung sowie Fahrzeuge.

Als die Grenztore im Laufe der Zeit geöffnet wurden, transportierten die Kasibkar ihre Fracht mit großen Lastwagen. Infolge der Formalisierung dieses Handels bildeten sich Monopole und nur wenige Familien in Rojhilat wurden reich, während der absolute Großteil wieder arm blieb.

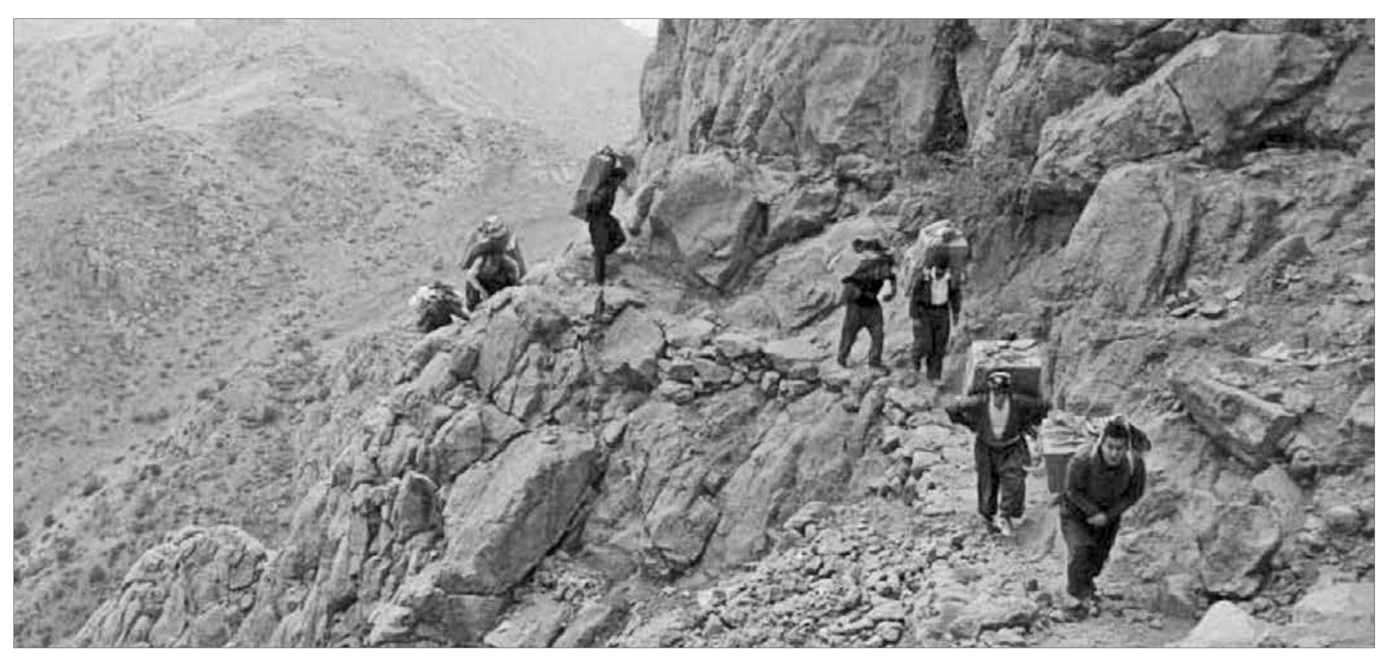
Durch das andauernd verschärfte Wirtschaftsembargo der westlichen Länder gegen den Iran nach der Islamischen Revolution schrumpfte die iranische Wirtschaft ganz erheblich. Insbesondere seit Anfang der 2000er Jahre wurde das Embargo verschärft. Während der Amtszeit Präsident Ahmadineschâds wurde deshalb jegliche noch verbliebene staatliche Unterstützung für arme Familien vollständig gestrichen. Damit wuchs die Armut in Ostkurdistan enorm. Zehntausende Menschen, die nichts mehr hatten und deren Ressourcen geplündert wurden, begannen ihre »Reise zum Tode für Brot«.

Ursachen der Armut in Ostkurdistan

Laut der Volkszählung des iranischen Regimes 2016 lebten in den Verwaltungsregionen Ûrmiye, Kirmaşan, Sine, Ilam, Hamadan und Lorestan exakt 10.899.285 Menschen. Die Dunkelziffer aber wird auf eine Zahl von ca. 15 Millionen in Rojhilat lebender Kurd:innen geschätzt.

Ostkurdistan ist eines der reichsten Gebiete im Osten der Nation. Als Beispiel: Die zweitgrößte Goldmine des gesamten Nahen Ostens befindet sich in Zerşûran bei der Stadt Tîkaba in Ostkurdistan. Nur 10 km davon entfernt liegt die so genannte Aderê-Mine, die 2,2 Tonnen im Jahr zu Tage fördert. Neben dem Gold verfügt die Region auch noch über Silber-, Eisen-, Aluminium- und Quarzressourcen.

Auch in der Landwirtschaft ist der Osten eines der ertragreichsten Gebiete. Nach offiziellen Angaben werden das meiste Getreide und die meisten Kichererbsen in den Provinzen Sine und Kirmaşan angebaut. 80 % der im Iran konsumierten Erdbeeren stammen aus Ostkurdistan, ein Großteil des iranischen Apfel- und Traubenbedarfs wird aus der Provinz Urmia gedeckt.



»Kolber« ist die Bezeichnung für diejenigen, die für ihren Lebensunterhalt als Träger:innen im Grenzgebiet zum Transport von Waren gezwungen sind. Nicht allein die beschwerlichen Wege bringen sie immer wieder in Todesgefahr, sie stehen auch im Visier der Regimekräfte. Foto: Mezopotamiya Ajansı

Offiziellen Zahlen des Sozialministeriums zufolge wird der größte Teil der Viehzucht des Irans in Kirmaşan, Ilam und Lorestan betrieben. Darüber hinaus bilden Öl-, Erdgas- und Kohlevorkommen Ostkurdistans weiteren unterirdischen Reichtum.

Warum werden also inmitten dieses Reichtums Menschen zu Kolber? Die Antwort liegt bereits in der Frage verborgen. Die Republik Iran hat stets eine gesonderte Wirtschaftspolitik für Rojhilat angewendet. In den ostkurdischen Städten können die Menschen beispielsweise keine Arbeit finden. Nach einem Bericht aus dem Jahr 2014 über die wirtschaftliche Situation Irans sind 67 % der gesamten Wirtschaftskraft des Landes auf die und um die Hauptstadt Teheran konzentriert. Von 82 Millionen Menschen im Iran leben circa 10 Millionen in Teheran.

Gleichzeitig unterscheidet sich die Situation der Bevölkerung in den aserbaidschanischen Städten von derjenigen in den restlichen Provinzen. In der aserbaidschanischen Stadt Täbris beispielsweise gibt es viele Fabriken und dort ist Arbeitslosigkeit kein großes Problem. Die Lage in den Regionen mit vornehmlich arabischer, kurdischer und belutschischer Bevölkerung ist dagegen sehr schlecht.

Laut den offiziellen Zahlen des Regimes liegt die Arbeitslosigkeit aktuell bei 25 %. Aber diese Quote hat einen Haken, denn selbst wer nur vier Tage im Monat gearbeitet hat, gilt nicht als arbeitslos. Dementsprechend gibt es Schätzungen, dass in Ostkurdistan eine Arbeitslosenrate von bis zu 60 % herrscht.

Gegen die Politik der Unterwerfung die Wahl eines Lebens mit Würde

Eine zentrale Politik des Regimes, die Menschen an sich zu binden, ist ein System von Paramilitärs, Agent:innen, Schmiergeld und Überwachung. In Ostkurdistan hilft es nicht einmal, über zehn Diplome zu verfügen, um eine Arbeit zu finden, wenn man sich diesem System nicht fügt. Weil viele in Ostkurdistan das für sich jedoch nicht akzeptieren, bleibt ihnen nichts anderes übrig, als der Arbeit der Kolber nachzugehen. Sie wissen ganz genau, dass Kolber sehr wenig verdienen für eine unbeschreibliche Mühe, dass viele von ihnen verletzt werden, es immer wieder zu Todesfällen kommt. Es finden sich auch viele Hochschulabsolvent:innen unter ihnen. Früher arbeiteten nahezu ausschließlich Männer als Kolber. In den letzten zehn Jahren jedoch haben auch allmählich Frauen damit begonnen. Meistens sind es verwitwete Frauen, diejenigen, die die volle Verantwortung für den eigenen Haushalt übernehmen mussten.

Das iranische Regime bezeichnet diese Menschen als »Schmuggler:innen«, verunglimpft ihre Arbeit als »illegale Arbeit«. Es ermächtigt die Pasdaran an der Grenze, ohne Vorwarnung auf die Kolber zu schießen.

Trotz all der staatlichen Maßnahmen gegen die Kolber wird diese Arbeit von den meisten weiterhin als wichtiger Beruf gesehen. Die Menschen vor Ort würden sie niemals als »Schmuggler:innen« bezeichnen, auch weil die meisten von ihnen die Grenze als sinnlos und überflüssig ansehen. Sie sagen, wenn sie in eines der Dörfer nach Süd- oder Nordkurdistan gehen, sei es für sie so, als gingen sie lediglich ins Nachbardorf.

Es gab mehrfach Versuche kurdischer Parlamentarier:innen, dieses Thema in Teheran im Parlament zur Sprache zu bringen. Es gab viele Lösungsvorschläge, sowohl für den Grenzkonflikt an sich als auch für die Kolber, ihnen beispielsweise einen Status zu geben, aber alle Vorschläge werden bisher vehement abgelehnt. Auch der Regierung in Südkurdistan ist es bisher nicht gelungen, zu dem Thema etwas zu unternehmen. Sie versucht noch nicht einmal, die Ermordung der Kolber zu verhindern.

Die »Sicherheitskräfte« töten auch Belutsch:innen

Angesichts dieser Realität ist nicht schwer zu verstehen, dass je härter das Embargo wird und je mehr die Wirtschaft schrumpft, desto höher die Zahl der Kasibkar und Kolber steigt. Kolber gibt es aber nicht nur in Ostkurdistan, es gibt sie auch in der Region Belutschistan. Dort gehen sie über die Grenze nach Pakistan, um Treibstoff, Zigaretten und digitale Endgeräte zu importieren. Wie in den kurdischen Gebieten auch eröffnen die iranischen Pasdaran ohne Vorwarnung das Feuer auf die belutschischen Kolber und verursachen Todesfälle und Verletzungen.

Gleichzeitig findet ein intensiver Warenaustausch an den Grenzen zu Aserbaidschan, Armenien, Turkmenistan und über den Golf statt, doch gibt es hier keinerlei Berichte über Verwundete oder gar Getötete. Das findet ausschließlich in den kurdischen und belutschischen Gebieten statt. Hier hört man nichts von Festnahmen und Verhaftungen, Kolber schaffen es über die Grenze oder nicht, dazwischen gibt es nichts. Das iranische Regime will die Bevölkerung durch Hunger zermürben und mit extralegalen Hinrichtungen gefügig machen.

Kampf und Stolz ohne Beine und Gnadengeschenke

Der Bevölkerung bleibt kein Ausweg. Wie Wênes Feyzî aus Pîranşahr, der als Kolber arbeitet, obwohl er keine Beine hat. Jetzt sagen Sie vielleicht, das sei unmöglich, wie soll ein Mensch ohne Beine und ohne Prothesen diese Arbeit erledigen? Auch ich hätte das nicht geglaubt, wenn ich es nicht mit eigenen Augen gesehen hätte.

Denn das Kurdistan Human Rights Network hat Wênes Feyzî vor ungefähr drei Jahren bei seiner Arbeit als Kolber gefilmt und interviewt. Ich weiß leider nicht, was aus ihm geworden ist, aber in dem Video wird von ihm ein Bild des Widerstands und der Ablehnung von Würdelosigkeit gezeichnet.

Wênes Feyzî ist einer der Tausenden, die ihren Lebensunterhalt mit der Grenze verdienen. Als er klein war, ging er mit seinen Geschwistern auf die Hochebene, um spezielle Gräser und Kräuter zu sammeln. Dabei traten sie auf eine Mine, die eine Schwester und einen Bruder Feyzîs das Leben kostete und ihn beide Beine.

In einem anderen Land hätte er Hilfe erhalten und Prothesen bekommen, doch hier war er für den Lebensunterhalt gezwungen, der Arbeit als Kolber nachzugehen. Er sagt dazu: »Seit mittlerweile 23 Jahren lebe ich ohne meine Beine. Trotzdem hat mich das nie von meiner Arbeit und meinem Kampf abgehalten. Ich habe nie beim Staat oder der Regierung gebettelt.«

Über zwei Millionen Menschen leben von oder mit der Grenze

Nach Angaben verschiedener Menschenrechtsorganisationen und lokaler Quellen leben, zusammen mit den Kasibkar, die Pferde, Maultiere oder gar Fahrzeuge besitzen, und den Kolber, über 500.000 Menschen an der Grenze zwischen Ost- und Südkurdistan bzw. Ost- und Nordkurdistan. Das sind inoffiziell zwei Millionen Menschen, die ihren Lebensunterhalt an und mit der Grenze verdienen.

Unvorstellbar, dass in einem Land mit so reichen Ressourcen, dem Land des Weizens und des Brotes, tagtäglich Menschen sterben, weil ihnen das Brot zum Leben fehlt.

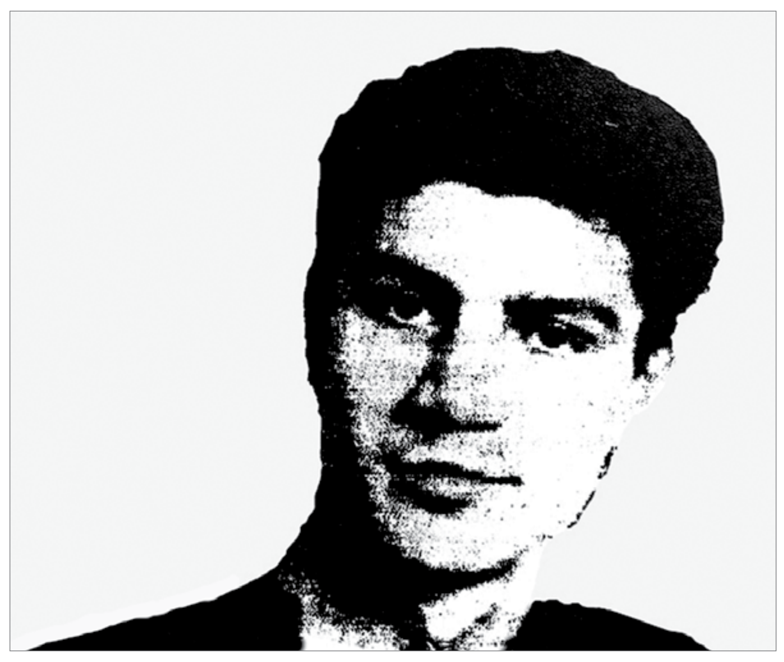
Das Nan-Lied (Brot) des großen Künstlers Mamostê Necmeddîn Xulamî ist seit Jahren in aller Munde. Angesichts des Lebens der Kolber lassen sich die Bedeutung und die Wichtigkeit dieses Liedes besser verstehen:

»Min ew kesem hemû rojê, Hey jîn, hey jîn Jiyanî Emrom efiroşim Bo kirinî nanî sibey Hey dad, Hey dad Lem bazara bê rehme da Jiyan herzantir e le nan…«	»Ich, der ich mein Leben jeden Tag verkaufe, Oh Leben, oh Leben Für das morgige Brot Oh meine Mutter, oh meine Mutter Aber auf diesem skrupellosen Basar, ist das Leben billiger als Brot ...« ♦

Zum 25. Todestag von Cengiz Ulutürk – Munzur

Von Anatolien nach Berlin, von Berlin nach Kurdistan

Anja Flach, Autorin und Ethnologin



Cengiz Ulutürk – Munzur

25 Jahre sind vergangen, seitdem Cengiz Ulutürk sein Leben in den kurdischen Bergen verloren hat. Heute wäre er fast 50 Jahre alt. Seine Biografie ist eine Besonderheit in der Geschichte der Guerilla. Vermutlich ist er der erste türkische Internationalist, der sich aus Deutschland der Volksbefreiungsarmee Kurdistans (ARGK), der Vorgängerorganisation der Volksverteidigungskräfte (HPG), angeschlossen hatte. Vor dem Hintergrund u. a. der rassistischen Morde von Hanau und Celle und der Versuche der Neuorganisierung ist es umso bedeutsamer, sich mit seiner politischen Herkunft zu beschäftigen. Cengiz war Antifaschist, genauer: Er war Mitglied der Antifaşist Gençlik, der »Antifaschistischen Jugend«, er hatte sie mit aufgebaut.

Cengiz‘ Familie stammte aus Sivrihisar, bei Eskişehir nahe Ankara, aber Cengiz war in Berlin groß geworden. In Deutschland fand er es schwierig, sich in einer Umgebung auszudrücken, die weit von seinen eigenen Werten, Ideen und Gefühlen entfernt war. Eine Freundin beschreibt, dass er eine große Abneigung seinem Vater gegenüber hatte, aber eine tiefe Liebe zu seiner Mutter. Diese habe er häufig besucht und über sie gesprochen. Seine Familie führte ein isoliertes und verschlossenes Leben, um sich selbst zu schützen, aber er hatte das Gefühl, dass dies nicht die richtige Lösung in einer Umgebung der Ausbeutung und Erniedrigung war. Er suchte einen anderen Weg und kam in Kontakt mit antifaschistischen Gruppen aus der Türkei, Kurdistan und Deutschland.

Antifaşist Gençlik

Die sogenannte Wiedervereinigung Deutschlands hatte eine extreme nationalistische Welle hervorgebracht. Pogromartige Angriffe wie in Hoyerswerda[1], der Brandanschlag von Mölln[2], der Angriff in Rostock-Lichtenhagen[3], der Anschlag in Solingen[4] waren die krassesten Auswüchse, fast täglich gab es Tote. In Ostberliner S-Bahnen wurden Migrant:innen angegriffen, sogar aus fahrenden Zügen geworfen. Es war die Zeit der Baseballschlägernazis. Als Reaktion bildeten sich Jugendgangs und die Antifaşist Gençlik, eine erste migrantische antifaschistische Organisation in Deutschland.

---

1 Dort fanden zwischen dem 17. und 23. September 1991 Angriffe auf Wohnheime u.a. für Vertragsarbeiter:innen statt. Teilweise beteiligten sich bis zu 500 Personen. Die Polizei war angeblich nicht in der Lage, die Angriffe zu stoppen.

2 Bei dem rechtsextremen Brandanschlag am 23. November 1992 kamen Bahide Arslan, Yeliz Arslan und Ayşe Yılmaz ums Leben, neun Menschen wurden schwer verletzt.

3 Die Angriffe von Nazis zwischen dem 22. und 26. August 1992 gegen die Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber (ZASt) und ein Wohnheim für ehemalige vietnamesische Vertragsarbeiter:innen im sogenannten Sonnenblumenhaus waren die massivsten rassistisch motivierten Angriffe in Deutschland nach Ende des Zweiten Weltkrieges.

4 Rechtsextremer Brandanschlag am 29. Mai 1993. Gürsün İnce, Hatice Genç, Gülüstan Öztürk, Hülya Genç und Saime Genç starben, 17 Menschen wurden schwer verletzt.

»Die Organisation der Selbstverteidigung wurde zu einer zentralen Frage der politischen Arbeit und des täglichen Überlebens. In diesem Kontext entstand die Antifa Gençlik, der es vor allem darum ging, Nazis offen zu konfrontieren und von zentralen Orten zu verdrängen. Die Antifa Gençlik war stark praxisorientiert, doch gab es auch die Bemühung, Analysen der Verhältnisse in Deutschland zu erstellen.«[5] Diese wurden in der Zeitschrift Antifaşist Haber Bülteni veröffentlicht.

Die Gruppe entstand 1988 im Umfeld des kurdischen Vereins in Neukölln und in Kreuzberg, wo sie ein Café im besetzten Haus Adalbertstraße 6 betrieb. Ab 1989 nannte sie sich Antifaşist Gençlik. Auch Cengiz arbeitete mit. Freund:innen beschreiben ihn als zugewandt, herzlich, hilfsbereit und offen. Er hatte enge Kontakte zu Kurd:innen der PKK-Bewegung, die damals noch nicht verboten war.

Der Kern von Antifaşist Gençlik war nie sehr groß, bestand vielleicht aus 10 bis 15 Personen. Die Gruppe hatte jedoch ein großes Umfeld, darunter Türk:innen und Kurd:innen, Chilen:innen, Griech:innen, Araber:innen und weitere. Die größten Mobilisierungen brachten Tausende auf die Straße.

Die meisten Mitglieder von Antifaşist Gençlik kamen aus organisierten türkischen und kurdischen Strukturen. »Viele der Linken haben uns als ideologielose Leute bezeichnet, die keine politische Linie verfolgen und im Endeffekt selbst eine Art Bande sind. Die PKK hatte demgegenüber eine andere Position. Sie meinten, dass es besser sei, die Jugendlichen auf der Straße zu politisieren, als ›im Blumentopf‹ – also in einem Verein beim Teetrinken«[6], beschreibt ein Aktivist diese Zeit.

Ende der 1980er Jahre entstanden in vielen großen Städten Gangs migrantischer Jugendlicher, z. B. in Berlin-Wedding die Black Panthers, die 36 Boys in Kreuzberg, die Barbaren in Schöneberg. Die Antifaşist Gençlik versuchte, diese Gangs zusammenzubringen und zu politisieren. Gemeinsam patrouillierte man in den Vierteln, stellte die räumliche Dominanz der Rechten in Frage. So organisierte die Gruppe 1992 die Veranstaltung Birlikte Güclüyüz – Gemeinsam sind wir stark! 600–700 Jugendliche kamen im SO 36 zusammen, um zu rappen und zum Breakdance. Zu dieser Zeit hatte der Berliner Senat eine Kampagne gestartet, um die Politisierung der Gangs zu unterbinden. Offensichtlich hatte der VS (Verfassungsschutz) einen Agent Provocateur in den Saal geschickt, es kam zu gewalttätigen Auseinandersetzungen. Die Arbeit mit den Gangs war zerschlagen. Die Selbstkritik und Analyse in der Gruppe führte zu dem Ergebnis, dass viel mehr Bildungsarbeit notwendig gewesen wäre.[7]

5 Ak wantok (hg.): Antifa Gençlik, Unrast 3. Auflage 2021, S. 14

6 Ebd.

7 Interview Arranca Sommer 1994

Repression

Nachdem der rechtsextreme Politiker Gerhard Kaindl, Mitglied der Deutschen Liga für Volk und Heimat und Kandidat der Wählergemeinschaft »Die Nationalen«, im April 1992 nach einer Auseinandersetzung mit jugendlichen Antifaschist:innen in einem Kreuzberger Restaurant seinen Verletzungen erlag, wurden das politisches Umfeld der Antifaşist Gençlik und die Gruppe selbst verdächtigt. Nach eineinhalb Jahren erfolgloser Ermittlungen stellte sich im November 1993 ein an Schizophrenie erkrankter, siebzehnjähriger Jugendlicher der Polizei. Er belastete die Antifaşist Gençlik und ihr Umfeld, woraufhin vier Jugendliche festgenommen wurden und weitere mit Haftbefehl Gesuchte untertauchten. Die Presse, unter ihnen die taz, vertrat die Linie des Staatsschutzes.[8]

Zwei Mitglieder stellten sich 1994 der Polizei, woraufhin sie in Untersuchungshaft gingen. Cengiz konnte gerade noch einer Festnahme entkommen, sprang vom Balkon seiner Wohnung und tauchte unter. Nach einiger Zeit in verschiedenen Verstecken ging er in den Mittleren Osten und schloss sich der ARGK an.

Im September 1994 begann in Berlin ein Prozess gegen sieben vorwiegend türkische und kurdische Antifaschist:innen. Ihnen wurden »gemeinschaftlicher Mord und sechsfache gefährliche Körperverletzung« vorgeworfen. Im November 1994 wurden die Angeklagten zu Bewährungsstrafen von fünfzehn Monaten bis zu Haftstrafen von drei Jahren verurteilt, ein weiterer Angeklagter wurde freigesprochen. Da war Cengiz schon in Kurdistan.

Devrimci Halk Partisi

Anfang der 1990er Jahre waren viele Revolutionär:innen mit türkischer Herkunft vorwiegend von den Universitäten zur PKK gekommen. In der Parteischule diskutierte der Vorsitzende Abdullah Öcalan mit ihnen, wie die Revolution in der Türkei jenseits vom Dogmatismus großer Teile der türkischen Linken weiterentwickelt werden könnte. Der Vorsitzende schlug ihnen vor, zunächst in den Städten in der Türkei legale Gruppen aufzubauen. Dies geschah u. a. in Ege, Izmir und Istanbul. So wurde die Devrimci Halk Partisi (Revolutionäre Volkspartei, DHP) gegründet. In der Türkei breitete sie sich schnell aus. Der türkische Staat reagierte mit Repression; ab 1993 wurden viele Mitglieder festgenommen, sie bekamen hohe Haftstrafen. Ziel war es, Angst zu verbreiten. Die Genoss:innen gingen in die Berge.

8 Ak wantok (hg.): Antifa Gençlik, Unrast 3. Auflage 2021

Eine ideologische Zeitschrift mit dem Namen Alternatif und einer Auflage von 20.000 wurde herausgegeben. Auch in Deutschland wurde die Gruppe aktiv und eröffnete ein Büro in Köln.

Als Cengiz zur Guerilla kam, wurde ihm vorgeschlagen, sich ebenfalls der DHP anzuschließen, was er mit großer Begeisterung tat. Cengiz war entschlossen, den Kampf von den Kämpfer:innen selbst zu lernen und die Geschwisterlichkeit der Völker im Kampf zu entwickeln. Inspiriert von Kemal Pir nahm er zunächst den Kampfnamen Kemal an.

Er wurde Teil des Guerillalebens und nach seiner zweijährigen Ausbildung zog er in die Berge Anatoliens weiter. Während seiner Zeit im Taurusgebirge erlebte er die Gastfreundschaft und Menschlichkeit der anatolischen Turkmen:innen.

Guerilla

Persönlich habe ich Cengiz zweimal im Winter 1995/96 für wenige Stunden getroffen. Diese Treffen, obwohl nur so kurz, haben großen Eindruck bei mir hinterlassen. Zu der Zeit hatte er den Kampfnamen Munzur angenommen. Aus meinem Tagebuch: »Ein Freund aus Deutschland ist auf dem Weg zum Logistikpunkt bei uns vorbeigekommen. Heval Munzur ist Türke und in Berlin groß geworden. Es ist wunderbar, sich mal wieder fließend unterhalten zu können. Er hat sich einer DHP-Gruppe (Devrimci Halk Partisi, Revolutionäre Volkspartei) angeschlossen. Die Freunde der DHP haben wir schon in der Akademie[9] kennen gelernt. Sie wollen eine revolutionäre Plattform aufbauen und den Kampf in die Türkei tragen. Ihr Unterricht ist in türkischer Sprache und auch inhaltlich anders, da sie sich viel mit den Fehlern der türkischen Linken auseinandersetzen. Einige von ihnen werden bald in die Praxis gehen, in Gebiete der Türkei und nach Dersim. Heval Munzur versteht meine Schwierigkeiten. Die kurdische Kultur war ihm genauso fremd wie mir, als er vor einigen Jahren gekommen ist. In Berlin war er in der Antifa organisiert, kennt also auch die Probleme der deutschen Linken. In der BRD wurde er gesucht. Das war aber nicht der Grund, sich der Guerilla anzuschließen, es war nur ein Auslöser. Es ist offensichtlich, dass er bei der Guerilla glücklich ist. Munzur strahlt eine mitreißende Energie aus und kann es kaum erwarten, in die Kampfgebiete im Norden zu gehen. Sein größter Wunsch ist es, nach Dersim zu gehen, eine der nördlichen Provinzen Kurdistans. Dort gibt es auch Guerillakräfte linker türkischer Organisationen, z. B. der TIKKO. Was Heval Munzur mir noch mit auf den Weg geben kann, sind seine Erfahrungen: ›Es ist wichtig, dass du nie so herangehst: ›Keiner versteht mich.‹ Vielmehr musst du erst mal versuchen, die Realität, aus der die Freunde kommen, zu verstehen. Das ist nicht immer leicht, aber du musst bedenken, dass die meisten von ihnen das Leben in Europa nicht kennen.‹«[10] Diesen Ratschlag habe ich mir sehr zu Herzen genommen. Er erklärt mir, dass sie in unserem Gebiet etwa 30 Freund:innen bei der DHP sind, zwei Freundinnen sind im Kampf gegen die PDK (Demokratische Partei Kurdistans) im Winter gefallen, Mizgîn und Ronahî. 10 werden im Frühjahr in den Kampf gehen, er wird auch dabei sein.[11]

9 Parteischule der PKK in Damaskus

Cengiz Leben und Kampf ist ein Gruss an alle, die Widerstand leisten, an die Antifa, die in den Strassen gegen die Faschisten kämpft, an den Guerillawiderstand der Würde und der Menschlichkeit und an alle, die entschlossen sind, den Kampf um jeden Preis für ein Leben in Würde fortzusetzen.

1997 traf ich die türkische Freundin Güneş aus der DHP in Botan wieder. Sie berichtete mir von Heval Munzur. Er sei im Juni 1996 auf dem Weg nach Dersim gefallen. Seine Gruppe war in einen Hinterhalt geraten.

»Wir brauchen unabhängige Selbstorganisierung wie die Antifa Gençlik, unabhängig von staatlichen Strukturen und Parteien, nicht in Abgrenzung zueinander, sondern auf Augenhöhe. Dafür müssen neue Plattformen geschaffen werden, neue Sprachen, neue Beziehungen. Wir sind in den letzten Jahren durch identitätspolitische Haltungen auf allen Seiten – auch die deutsche Linke ist identitätspolitisch – zu sehr isoliert voneinander. Wir brauchen Solidarität. Alleine entsteht aber keine Solidarität. Wir müssen zusammenkommen und lernen, intersektional und auf Augenhöhe Politik zu machen«,[12] so Garip Bali, ein Zeitzeuge aus Berlin.

Cengiz Leben und Kampf ist ein Gruß an alle, die Widerstand leisten, an die Antifa, die in den Straßen gegen die Faschisten kämpft, an den Guerillawiderstand der Würde und der Menschlichkeit und an alle, die entschlossen sind, den Kampf um jeden Preis für ein Leben in Würde fortzusetzen.

Alle zusammen gegen den Faschismus! ♦

10 Jiyaneke din – ein anderes Leben, Köln 2003

11 Die Geschichte der DHP aufzurollen würde hier den Rahmen sprengen. In einer der nächsten Ausgaben soll jedoch ein Interview mit einer Freundin aus der Aufbaugruppe veröffentlicht werden.

12 http://freiesicht.org/2020/was-koennen-wir-vom-migrantischen-selbstschutz-der-1990er-lernen-interview-ceren-tuerkmen/

Auch legale politische Aktivitäten können für Menschen ohne deutschen Pass zu gravierenden Nachteilen führen

Ausländerrecht als Mittel zur Repression

Heike Geisweid, Rechtsanwältin und Vorstandsmitglied im Rechtshilfeverein AZADÎ e.V.

Repression gegen politisch aktive Migrant*innen zeigt sich nicht nur in strafrechtlicher Verfolgung und Observation, sondern auch in ausländerrechtlichen Maßnahmen, wie der Beendigung des Aufenthalts, in der Versagung der Verlängerung eines Aufenthaltstitels oder in der Verweigerung von Einbürgerungen.

Politisches Engagement in der BRD kann strafrechtlich sanktioniert werden, wenn den Betroffenen die Mitgliedschaft in einer Organisation vorgeworfen wird, die als terroristische Organisation gilt, oder ihnen vorgehalten wird, mit ihren Aktivitäten solche Organisationen zu unterstützen. Hiervon betroffen sind in der BRD seit den 80er Jahren zahlreiche Kurd*innen, denen Mitgliedschaft in oder Unterstützung der PKK vorgeworfen wird. Die strafrechtlichen Möglichkeiten wurden mit dem Vereinsverbot der PKK 1993, der Listung der PKK auf der EU-Terrorliste seit 2004 und der Anwendung von §129b StGB auf die PKK seit 2011 zunehmend ausgeweitet. Galt die PKK anfangs noch als inländische terroristische Vereinigung, wurde sie im Laufe der Jahre zur inländischen kriminellen Vereinigung und mittlerweile ebenfalls (und damit strafrechtlich deutlich einfacher abzuurteilen) zur ausländischen terroristischen Vereinigung erklärt.

Welche politischen Tätigkeiten Mitgliedschaft in, welche Unterstützung der PKK sind, interpretieren und definieren die Strafverfolgungsbehörden, Kriminalämter der Länder und des Bundes, die Ausländerbehörden und die Gerichte. Dabei wird prokurdisches Engagement immer wieder mit Tätigkeiten für die PKK gleichgesetzt. Migrationsrecht wird wie kein anderes Recht von der jeweiligen politischen Agenda beeinflusst und geprägt.

Mit der seit fast 30 Jahren quasi einzementierten Einstufung der PKK als Terrororganisation kann sodann jedes prokurdische Engagement sanktioniert werden, wenn dies gleichgesetzt wird mit Tätigkeiten für die PKK. Tatsächlich ist in der BRD aber nicht nur die PKK aktiv. Es gibt eine Vielzahl prokurdischer Organisationen und Vereine, die allenfalls Überschneidungen in ihrer politischen Analyse und ihren Forderungen mit der PKK haben.

Der politische Organisationsgrad der kurdischen Community in Deutschland ist – bedingt durch die jahrzehntelange rassistische und repressive Politik der Türkei gegen die kurdische Bevölkerung und die engen wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen der BRD und der Türkei – in beiden Ländern hoch. Zum einen ist in der Türkei die PKK seit 1978 aktiv, zum anderen existieren ebenso lange prokurdische Organisationen und Parteien, die zivilgesellschaftlich in der Türkei arbeiten. Das Spektrum politischer Organisationen spiegelt sich in den Ländern der Diaspora wider, da zahlreiche Aktivist*innen in den letzten Jahrzehnten aus der Türkei – freiwillig oder gezwungenermaßen – in die BRD migriert sind und hier weiter politisch tätig sind.

Betroffen von ausländerrechtlichen Regelungen sind all diejenigen, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Dies ist innerhalb der kurdischen Community in der BRD noch der größte Teil. Kurd*innen kamen und kommen als politische Flüchtlinge, als Arbeitnehmer*innen oder im Familiennachzug nach Deutschland und leben hier mit entsprechenden Aufenthaltserlaubnissen.

Bereits die strafrechtliche Einordnung politischer Tätigkeiten ist oft schwer nachzuvollziehen – in welchem Zusammenhang ist das Schwenken einer Fahne der YPG [*Volksverteidigungseinheiten; bewaffnete Kräfte in Rojava, Teil der Demokratischen Kräfte Syriens (QSD) in der Demokratischen Föderation Nord- und Ostsyrien*] oder einer Fahne mit einem Bild von Abdullah Öcalan strafbar, wann von der Meinungs- und Demonstrationsfreiheit gedeckt? –, nicht weniger schwierig wird es im Bereich des Aufenthaltsrechts, denn hier wird mit Begrifflichkeiten, wie der öffentlichen Sicherheit, der freiheitlichen demokratischen Grundordnung (fdGO) und den Interessen der

BRD, die vor künftigen Beeinträchtigungen geschützt werden sollen, jongliert.

Ausweisung

Die Ausweisung (§§ 53 ff. AufenthG), die i.d.R. zur Beendigung des Aufenthalts in der BRD und einem (zeitlich begrenzten) Verbot der Wiedereinreise führt, ist das schärfste Mittel der Ausländerbehörde. Sie greift tief in die persönlichen und sozialen Lebensverhältnisse von Migrant*innen ein und wirkt für die Betroffenen oft schlimmer als eine strafrechtliche Sanktion. Dabei soll die Ausweisung gesetzessystematisch keine Sanktion für früheres Fehlverhalten sein, sondern ausschließlich künftigen Beeinträchtigungen erheblicher öffentlicher Interessen vorbeugen, es handelt sich um eine sogenannte ordnungsrechtliche Präventivmaßnahme.

Mit der Einführung des Terrorismusbekämpfungsgesetzes vom 9. Januar 2002 als Reaktion auf den 11.09.2001 und seinen ausländerrechtlichen Regelungen u. a. im Ausweisungsrecht wurde das Ausländerrecht im Bereich der Terrorismusbekämpfung zunehmend »verpolizeilicht«. Eingriffsmöglichkeiten wurden in das Vorfeld einer Gefahr verlagert. Die Tatbestandsvoraussetzungen sind unscharf und das Gesetz entfernt sich seitdem mehr und mehr von einer möglichst zweifelsfreien individuellen Zurechenbarkeit. Der bei alledem tatbestandlich zugrunde gelegte Terrorismusbegriff ist vom Gesetzgeber nicht weiter definiert worden und es bleibt daher dem behördlichen Ermessensspielraum überlassen, Bestrebungen von Personen oder Organisationen als terroristisch zu qualifizieren oder nicht. Kritische Stimmen nach Einführung des Terrorismusbekämpfungsgesetzes sprachen zu Recht von bedenklichen Tendenzen des ausländerrechtlichen Regelungsgehaltes des Gesetzes, die das Ausländerrecht mehr und mehr in polizeirechtlichen Kategorien denken lässt.

Im Rahmen der Terrorismusbekämpfung wird nach § 53 Abs. 1 AufenthG eine Person, deren Aufenthalt die öffentliche Sicherheit und Ordnung, die freiheitliche demokratische Grundordnung oder sonstige erhebliche Interessen der Bundesrepublik Deutschland gefährdet, ausgewiesen, wenn die Einzelfallprüfung der Abwägung des Ausreiseinteresses (§ 54 AufenthG) mit dem Bleibeinteresse (§ 55 AufenthG) ergibt, dass das öffentliche Interesse an der Ausreise überwiegt.

Das Bleibeinteresse besteht aufgrund des aktuellen Aufenthaltsstatus – anerkannte Flüchtlinge haben z. B. ein stärkeres Bleibeinteresse als Arbeitsmigrant*innen – und der Dauer des Aufenthalts oder der familiären Beziehungen zu Deutschen. Es wird differenziert zwischen einem besonders schwerwiegenden und einem schwerwiegenden Interesse. Im Ausweisungsinteresse wird ebenfalls differenziert zwischen besonders schwerwiegenden und schwerwiegenden Gründen. Hier geht es vor allem um strafrechtliche Verurteilungen, die je nach Tat und Höhe der Verurteilung das Ausweisungsinteresse begründen, allerdings auch um Tätigkeiten im Zusammenhang mit Gewalttätigkeiten mit politischen oder religiösen Zielen, falschen Angaben bei Sicherheitsbefragungen und – und dies betrifft vor allem politisch aktive Mitglieder der kurdischen Community – Gefahren für die fdGO oder die Sicherheit der BRD. Hiernach wiegt das Ausweisungsinteresse besonders schwer, wenn Tatsachen die Schlussfolgerung rechtfertigen, dass die betroffene Person einer Vereinigung angehört oder angehört hat, die den Terrorismus unterstützt, oder eine derartige Vereinigung unterstützt oder unterstützt hat oder eine schwere staatsgefährdende Gewalttat vorbereitet oder vorbereitet hat.

Die Begründung der Rechtmäßigkeit der Ausweisung einer politisch, z. B. innerhalb eines kurdischen Vereins, tätigen Person läuft seit Jahren nach immer demselben Schema ab:

Die Ausländerbehörde, im Laufe des Verfahrens bestätigt durch die Gerichte, stellt fest, dass die PKK eine terroristische Organisation sei, da sie auf der EU- und US-Terrorliste stehe, zu keinem Zeitpunkt ernst- und dauerhaft von terroristischen Aktionen Abstand genommen habe und die von ihr ausgerufenen Waffenruhen stets wieder beendet worden seien. Zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele verübe sie weiterhin Gewalttaten gegen Amtsträger sowie die Zivilbevölkerung und schrecke zwecks Finanzierung ihrer Aktivitäten auch nicht vor der Entführung von Kindern zurück. Damit sei sie eine den Terrorismus unterstützende Vereinigung. Wer dieser angehört (hat) oder diese unterstützt (hat), gefährde damit die fdGO oder die Sicherheit der BRD (so die ständige Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts, zuletzt mit Urteil vom 27.07.2017 – BVerwG 1 C 28.16).

Dass die PKK nicht zwangsläufig als terroristische Organisation bewertet werden muss, zeigt die Entscheidung des Brüsseler Berufungsgerichtshofs vom 08.03.2019 – 2019/939 –, der feststellt, dass es sich bei der PKK um eine bewaffnete Kraft in einem nicht internationalen bewaffneten Konflikt in der Türkei handele. Insbesondere seien Dauer und Intensität des Konflikts sowie der Organisationsgrad der Konfliktparteien derart, dass die PKK als Streitkraft anerkannt werden müsse.

Die PKK sei eine stark organisierte Vereinigung mit einer großen Anzahl Mitglieder, die über eigene zentrale und lokale Kommunikationsstrukturen und sogar über eine als militärische Einheit strukturierte Abteilung verfüge und auch militärische Zielsetzungen verfolge, weshalb es ernsthafte Hinweise darauf gebe, dass die PKK/HPG [*Volksverteidigungskräfte; Guerilla der PKK*] Handlungen ausgeführt habe, die unter die



Bundesweiter Aktionstag »Afghanistan is not safe« am 5.6.2021 – Kundgebung und Stände am Gänseliesel in Göttingen. Foto: Links Unten Göttingen

Definition der terroristischen Straftaten fallen könnten. Da aber nahezu jede Handlung einer Streitkraft während eines bewaffneten Konflikts die materiellen Elemente einer terroristischen Straftat enthalte, käme eine Anwendung der Terrorismusgesetzgebung in Fällen, die das internationale humanitäre Recht regele, gerade nicht in Betracht. Aufgrund dessen könne die PKK/HPG für diese Taten nicht als terroristische Gruppierung verfolgt werden. Dasselbe gelte deshalb auch für das Ausführen jeglicher Aktivität oder das Ausüben irgendeiner Führungsfunktion innerhalb dieser Gruppierung, auch wenn diese Aktivitäten von belgischem Hoheitsgebiet aus begangen worden sein sollten.

Zurück zur bundesdeutschen Rechtspraxis. Nach der Feststellung der PKK als terroristische Organisation werden Verbindungen des kurdischen Vereins zur PKK dargelegt wie die, der fragliche kurdische Verein habe eine PKK-Nähe, was schon aus der Mitgliedschaft dieses Vereins in der »Föderation Kurdischer Vereine in Deutschland e.V.« (YEK-KOM, 2014 umbenannt in NAV-DEM), dem Dachverband PKK-naher örtlicher Vereine, folge.

Die weiteren Erkenntnisse stammen dann zumeist aus Sicherheitsanfragen bei den Sicherheitsbehörden und Nachrichtendiensten. Mit dem Terrorismusbekämpfungsgesetz von 2002 wurden zugleich Speicherung und Abfrage personenbezogener und nachrichtendienstlicher Erkenntnisse sowie die Möglichkeit deren Anfrage durch die Ausländerbehörden im Rahmen sogenannter Sicherheitsanfragen (§ 73 Abs. 2 und 3 AufenthG) eingeführt. Neben Verurteilungen – die den Ausländerbehörden i.d.R. aber bereits unmittelbar von den Staatsanwaltschaften übermittelt werden – geht es vor allem um Verfassungsschutzerkenntnisse über politische Aktivitäten einer Person. Die Qualität derartiger gesammelter Informationen und von deren Interpretation der Nachrichtendienste ist jedenfalls im Zusammenhang mit unterstellten PKK-Aktivitäten zumeist bedenklich. Aus Teilnahmen an legalen Demonstrationen werden PKK-Versammlungen gemacht, Vorstandssitzungen und organisatorische Versammlungen in kurdischen Vereinen werden zu Kadertreffen der PKK etc.

Im Rahmen der Ausweisung werden z. B. kontinuierliche Tätigkeiten des Vereins für die PKK in Form von Demonstrationen und Treffen zwecks der Verehrung Öcalans, des Gedenkens an Märtyrer sowie der Begehung von PKK-Jahrestagen festgestellt, die die Voraussetzungen von den Terrorismus unterstützenden Handlungen im Sinne des Ausweisungsinteresses erfüllten. Nachweise seien u. a. betriebene Sympathiewer-

bung (Personenkult um Abdullah Öcalan, PKK-Symbole als Wanddekoration in den Räumlichkeiten des Vereins).

Die von der Ausweisung betroffenen Personen unterstützen sodann individuell die PKK in rechtserheblicher Weise, wenn sie im Vorstand des Vereins aktiv waren oder sind oder aktive Mitglieder eines solchen kurdischen Vereins waren oder sind und z. B. regelmäßig an Vereinsveranstaltungen teilnehmen würden, bei denen Lob und psychische Unterstützung für das Handeln der PKK einen wesentlichen Teil des Zwecks ausmachten, oder in Kommissionen des Vereins aktiv seien. Dies seien rechtserhebliche Unterstützungshandlungen.

Dass der Verein und die Veranstaltungen nicht verboten gewesen seien, sei unerheblich. Vielmehr erfasse die Vorschrift schon die Vorfeldunterstützung des Terrorismus, ohne dass diese bereits mit einer solchen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung verbunden sein muss, die ein versammlungs- bzw. vereinsrechtliches Einschreiten rechtfertigt. Es sei auch nicht erforderlich, dass von den Unterstützungshandlungen eine konkrete aktuelle Gefährdung der inneren Sicherheit ausgehen müsse. Wegen der tatbestandlichen Weite des Unterstützerbegriffs reiche vielmehr die potenzielle Erhöhung des latenten Gefährdungsrisikos aus, welches von einer Vereinigung, die den internationalen Terrorismus unterstützt, für die innere und äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und anderer Staaten ausgeht.

Damit werden fortbestehende Mitgliedschaften in dem so als PKK-nahe definierten Verein mit regelmäßigen Besuchen der Vereinsräumlichkeiten zu Unterstützungshandlungen, weil sie die potenzielle Gefährlichkeit des die PKK unterstützenden Vereins festigten und deren Gefährdungspotenzial stärkten, indem Mitglieder durch Zahlung ihrer Vereinsbeiträge und ihre regelmäßige Anwesenheit das Zusammengehörigkeitsgefühl der Organisation stärken würden.

Die individuelle Unterstützung einer terroristischen Vereinigung oder einer Vereinigung, die eine terroristische Vereinigung unterstützt, erfasse alle Verhaltensweisen, die sich in irgendeiner Weise positiv auf die Aktionsmöglichkeiten der Vereinigung auswirken. Darunter könne die Mitgliedschaft in der terroristischen oder in der unterstützenden Vereinigung ebenso zu verstehen sein wie eine Tätigkeit für eine solche Vereinigung ohne Mitgliedschaft. Auch die bloße Teilnahme an Demonstrationen oder anderen Veranstaltungen könne eine Unterstützung in diesem Sinne darstellen, wenn sie geeignet sei, eine positive Außenwirkung im Hinblick auf die durch den Ausweisungstatbestand Gefährdung der fdGO oder der Sicherheit der BRD missbilligten Ziele zu entfalten.

Für die Fälle des Unterstützens einer terroristischen Vereinigung gelte ein abgesenkter Gefahrenmaßstab, der auch die Vorfeldunterstützung des Terrorismus erfasse und keine von der Person ausgehende konkrete und gegenwärtige Gefahr erfordere. Der Unterstützerbegriff sei weit auszulegen und anzuwenden, um damit auch der völkerrechtlich begründeten Zwecksetzung des Gesetzes gerecht zu werden, dem Terrorismus schon im Vorfeld die logistische Basis zu entziehen. Maßgeblich sei, inwieweit das festgestellte Verhalten des Einzelnen zu den latenten Gefahren der Vorfeldunterstützung des Terrorismus nicht nur ganz unwesentlich oder geringfügig beitrage und deshalb selbst potenziell als gefährlich erscheine.

Nur Handlungen, die auf einzelne, mit terroristischen Zielen und Mitteln nicht im Zusammenhang stehende – etwa humanitäre oder politische – Ziele der Vereinigung gerichtet seien, würden im Hinblick auf den Schutz der Meinungsfreiheit und das Gebot der Verhältnismäßigkeit staatlicher Eingriffe in die grundrechtlich geschützte Betätigungsfreiheit des Einzelnen den Tatbestand der individuellen Unterstützung nicht erfüllen.

Eine Unterstützung sei auch gewollt und zurechenbar, d. h. erfülle den subjektiven Unterstützertatbestand, wenn für den Ausländer das Bestreben oder die bezweckende Zielrichtung des Vereins erkennbar gewesen sei. Auf eine über diese Erkennbarkeit hinausgehende innere Einstellung des Ausländers komme es nicht an. Ein Ausweisungsinteresse besteht nur dann nicht mehr, wenn »der Ausländer erkennbar und glaubhaft von seinem sicherheitsgefährdenden Handeln Abstand nimmt«.

Damit könnte jedes engagierte politische prokurdische Handeln in – jedenfalls NAV-DEM angehörenden – kurdischen Vereinen zur Ausweisung führen. Tatsächlich tut es dies nicht, da eine Ausweisung auf Initiative der zuständigen Ausländerbehörde verfügt wird und nicht jede Ausländerbehörde entsprechend gegen Aktivist*innen vorgeht. Ausländerbehörden wiederum handeln entsprechend der jeweiligen politischen Agenda von Bund, Land oder Kommune.

Sind die Betroffenen als Asylberechtigte oder Flüchtlinge anerkannt, können sie zwar ausgewiesen, aber nicht abgeschoben werden. Aber auch hier bietet das Aufenthaltsgesetz hinreichend Maßnahmen, denen in der BRD jedenfalls wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung Verurteilte unterworfen werden. Sie können und werden i.d.R. mit verschiedenen Überwachungsmaßnahmen (§§ 56 ff. AufenthG) überzogen, wie z. B. Meldeauflagen, Beschränkungen des Aufenthalts auf den Bezirk der Ausländerbehörde, Verpflichtungen zur Wohnsitznahme an bestimmten Orten, Verboten der Kontaktaufnahme zu bestimmten Personen oder Personen ei-

ner bestimmten Gruppe oder elektronischer Aufenthaltsüberwachung.

Nichterteilung und Nichtverlängerung des Aufenthaltstitels

Auch der Antrag auf Erneuerung oder Verlängerung eines Aufenthaltstitels kann zur Prüfung von Sicherheitsbedenken und zur Feststellung von Versagungsgründen führen.

Wieder greifen Ausländerbehörden auf Sicherheitsanfragen zurück, die in der Regel vor Erteilung einer Niederlassungserlaubnis oder einer Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG erfolgen, also wenn es um eine Aufenthaltsverfestigung geht. Ein Aufenthaltstitel wird dann nicht erteilt bzw. verlängert, wenn ein Ausweisungsinteresse wegen Gefährdung der fdGO oder der Sicherheit der BRD besteht (oder eine Abschiebungsanordnung aus ebendiesen Gründen erlassen wurde).

Verweigerung der Einbürgerung

Die Einbürgerung ist (nach § 11 StAG) ausgeschlossen, wenn »tatsächliche Anhaltspunkte die Annahme rechtfertigen, dass der Ausländer Bestrebungen verfolgt oder unterstützt oder verfolgt oder unterstützt hat, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind … es sei denn, der Ausländer macht glaubhaft, dass er sich von der früheren Verfolgung oder Unterstützung derartiger Bestrebungen abgewandt hat oder ein besonders schwerwiegendes Ausweisungsinteresse besteht«. Auch hier beruhen die Erkenntnisse der Einbürgerungsbehörde zumeist auf den bereits mehrfach erwähnten Sicherheitsanfragen.

Die Subsumtion ähnelt der bei der Frage der Rechtmäßigkeit der Ausweisung. Die PKK und ihre Nachfolgeorganisationen verfolgen nach Ansicht der Gerichte Bestrebungen im vorgenannten Sinne. Wenn nun tatsächliche Anhaltspunkte vorliegen, die die Annahme rechtfertigen, dass gegen die Sicherheit des Bundes gerichtete und durch die Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange Deutschlands gefährdende Bestrebungen unterstützt wurden, scheidet eine Einbürgerung aus.

Unterstützen ist nach ständiger Rechtsprechung jede Handlung des Ausländers/der Ausländerin, die für Bestrebungen gegen die fdGO oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes objektiv vorteilhaft ist, d. h. sich in irgendeiner Weise für diese positiv auswirkt. Dies muss für den Ausländer/die Ausländerin erkennbar sein. Er/sie muss zudem zum Vorteil der genannten Bestrebung handeln wollen. Dazu zählen etwa die öffentliche oder nichtöffentliche Befürwortung von derartigen Bestrebungen, die Gewährung finanzieller Unterstützung oder die Teilnahme an Aktivitäten zur Verfolgung oder Durchsetzung der inkriminierten Ziele.

Wie im Aufenthaltsgesetz führt der Ausschlussgrund der Unterstützung von derartigen Bestrebungen zu einer Vorverlagerung des Sicherheitsschutzes. Es genügt der durch konkrete Tatsachen begründete Verdacht einer solchen Unterstützung. Eines Nachweises, dass es zu einer Unterstützung derartiger Bestrebungen gekommen ist, bedarf es nicht.

Ebenso wenig ist erforderlich, dass das Verhalten des Ausländers tatsächlich Erfolg hatte oder für einen Erfolg ursächlich war. Damit soll – so der Gesetzgeber in BT-Drs 14/533 S. 18 f. und für die Rechtsprechung exemplarisch Bundesverwaltungsgericht mit Urteil vom 2.12.2009 – 5 C 24/08 – nach dem Willen des Gesetzgebers angesichts der Nachweisprobleme gegenüber vielfach verkappt agierenden Aktivisten unter Senkung der Nachweisschwelle die Einbürgerung von PKK-Aktivisten oder radikalen Islamisten auch dann verhindert werden, wenn entsprechende Bestrebungen nicht sicher nachgewiesen werden können. Auch passive Teilnahmen an PKK-Veranstaltungen können geeignet sein, eine dauerhafte Identifikation des Einbürgerungsbewerbers mit den Bestrebungen i.S.d. genannten Ausschlussgrundes zu indizieren, wenn diese Teilnahmen regelmäßig stattgefunden haben.

Solange die derzeitige Rechtslage, Behördenpraxis und Rechtsprechung aber so sind, wie sie sind, schwebt über politisch aktiven Kurd*innen ohne deutschen Pass sowohl die Gefahr der Nichtverlängerung des Aufenthalts, der Ausweisung als auch die Verweigerung der Einbürgerung – ein Damoklesschwert. Umso mehr gilt es, die Einordnung der PKK als Terrororganisation und die Gleichsetzung jeglichen prokurdischen Engagements als PKK-Unterstützung politisch und juristisch zu bekämpfen. ♦

Seit 50 Generationen ohne eigenen Staat

Wie Sorben ihre Gesellschaft organisieren

Initiative Geschichte & Widerstand

Die Initiative Geschichte & Widerstand im Gespräch mit Marcel Braumann über die Geschichte der sorbischen Gesellschaft, ihre aktuellen Herausforderungen und was Rojava für sie bedeutet. Marcel Braumann arbeitet beim sorbischen Dachverband Domowina als Pressesprecher und pflegt persönliche Kontakte zur kurdischen Gesellschaft in Deutschland.

Was bedeutet, es sorbisch zu sein?

Sorbisch zu sein bedeutet, eine gemeinsame Sprache zu haben, die natürlich das Denken prägt und bildet. In jeder Sprache steckt ein eigenes soziales Empfindungs- und Denksystem. Das sieht man schon daran, für was eine Sprache viele und für was wenige Worte hat. Die sorbische Gesellschaft zum Beispiel ist traditionell eine eher bäuerliche, dörfliche und naturverbundene Gesellschaft gewesen, daher gibt es viele Begriffe aus dem Bereich der Natur und eher wenige aus Bereichen wie Industrie oder Technik. Generell geht es viel um das soziale Miteinander, also wer was tut, sagt, denkt und fühlt und mit wem und warum. Gegensätzlich dazu ist die deutsche Sprache. Die Deutschen lieben es, Begriffe aneinanderzureihen und irgendwelche abstrakten Wörter zu bilden. Es entstehen immer mehr Sprachgebilde, in denen der Gedanke nicht mehr erkennbar ist. Darin drückt sich beispielsweise die zunehmende Bürokratisierung der Gesellschaft aus.

Diese Welt des Denkens und Empfindens prägt auch Menschen, die diese Sprache aus historischen Gründen vielleicht nicht mehr oder nicht wieder sprechen, die aber trotzdem an dieser Welt und Gesellschaft teilhaben.

Neben der Sprache, welche Bedeutung haben kulturelle Bräuche und Feste für das eigene Verständnis, sorbisch zu sein? Kannst du uns einige nennen?

Im Grunde ist es wie mit dem kurdischen Newroz-Fest, denke ich. Als Gesellschaft brauchst du Rituale, bei denen alle zusammenkommen, unabhängig von der Szene und Altersgruppe. Es geht darum, sich zu sehen, ins Gespräch zu kommen, sich in diesem Moment als eine Community zu fühlen, die sich eben nicht über einen gemeinsamen Staat definiert. Die sorbische Gemeinschaft konstituiert sich nur über das gegenseitige Fühlen. Dieses herzustellen ist der Hauptsinn der Rituale und Feste.

Ein wichtiges Datum ist die Vogelhochzeit am 25. Januar. Am Vorabend stellen Kinder ihre Teller raus und bekommen Süßigkeiten von den Vögeln, als Dankeschön, dass sie diese über den Winter hinweg gefüttert haben. In Kitas spielen die Kinder in Tracht Vogelhochzeit, und das sorbische Nationalensemble hat Aufführungen in der Ober- und Niederlausitz, für die Erwachsenen als Abendvogelhochzeit, gerne auch mit anschließendem Tanz. Eine allein schon zahlenmäßig und von der überregionalen Resonanz her ganz große Nummer ist das Osterreiten bei den katholischen Sorben. Da sind außerhalb von Pandemie-Zeiten bis zu 2.000 Männer zu Pferd unterwegs, wobei in Vorbereitung und Ablauf die ganze Familie und Nachbarschaft mit eingespannt ist. Wichtig sind in der ganzen sorbischen Lausitz auch die Erntebräuche. Die Kultur der Sorben ist sehr stark am Jahresablauf der Natur orientiert bzw. daran ausgerichtet. Im Jahreskreis haben wir ständig irgendwelche Feste und bei uns wird eigentlich das ganze Jahr gefeiert. Es wird auch verschiedener wichtiger Persönlichkeiten der sorbischen Geschichte gedacht, aber das hat nicht so einen großen Stellenwert wie z. B. der 25. Januar oder der 8. Mai als Tag der Befreiung. Einen eigenen Staatsgründungstag oder so etwas gibt es ja sowieso nicht. Aus meiner Sicht: Besser so!

Von unserem Geschichtsverständnis her gehen wir davon aus, dass es vor dem Patriarchat das Matriarchat gegeben hat. Trifft das auch auf das sorbische Verständnis von Gesellschaft zu?

Die historischen Rekonstruktionen der altslawischen und damit frühsorbischen Geschichte zeigen eine Welt der völligen Gleichberechtigung der Geschlechter. Das lag auch daran, dass diese Gesellschaft eben keine starke institutionelle Prägung hatte. Vielmehr organisierten sich die Menschen lokal in ihrer Siedlung in kollektivem Rahmen. Wobei natürlich niemand sagen kann, dass es 100 % so war, denn wir haben aus dieser Zeit keine schriftlichen Überlieferungen. Aufgeschrieben wurde ja erst ab dem Moment, an dem schon eine patriarchale Ordnung eingetreten war, und das zunächst ausschließlich von anderen über die Sorben, also gewissermaßen aus kolonialistischer Perspektive. Nicht immer herablassend oder böswillig, aber doch mit Blick auf ein fremdes Objekt. Allgemein wird gesagt, dass wir im Sorbischen bis heute Reste dieser matriarchalen Kultur haben. Als Beleg wird die traditionelle Gewaltfreiheit angeführt und dass die wechselseitige Verständigung auf Augenhöhe über die gemeinsame Strategie entscheidet. Für die Beschreibungen dessen, wie das Matriarchat in der sorbischen Gesellschaft ausgesehen haben könnte bzw. teilweise noch aussieht, ist das Bild der »serbska mać« wichtig. Es ist die Mutter als Zentrum der Familie, die einen wichtigen gesellschaftlichen Status innehat(te). Die starke religiöse Bedeutung der Gottesmutter Maria »mać Boža« im Bereich der katholischen Sorben könnte man als metaphysische Transformation deuten. Die matriarchalen Elemente sind so weit unstrittig, aber es würde niemand behaupten, dass es in der Gegenwart noch ein reines Matriarchat gäbe.

In der Geschichtsanalyse der kurdischen Bewegung werden die matriarchalen Strukturen von Gesellschaften auch anhand von Mythologie nachgezeichnet. Was erzählen uns die Mythologie, die Märchen und Sagen über die sorbische Gesellschaft?

In der sorbischen Mythologie finden wir Figuren wie die »Lutki«, die Zwerge, oder »wódny muž«, den Wassermann. Der Wassermann achtet auf die Gewässer. Er ist natürlich auch immer dagegen, dass die Gewässer trockengelegt werden. Es sind mythologische Gestalten, die den Einklang mit der Natur verkörpern. Sie stehen dafür, dass der Mensch sich um das Wasser und den Boden kümmern muss, dass der Mensch die »serbska zemja«, die sorbische Erde, schützen muss, so dass auch die nächsten Generationen auf und von ihr leben können. Es ist ein ganzes Sagengeflecht, in dem die Verbindung zur Natur eine wichtige Rolle spielt. Im Grund steht dieses Geflecht dafür, dass man in einem gewissen Gleichgewicht mit Natur und Mitmenschen leben muss und in keine Richtung übertreiben sollte. Das ist wahrscheinlich bei allen Autochthonen so. Wenn man davon ausgeht, dass man nicht irgendwo auf der Welt gleichwertig wohnen kann, sondern schon seinen präferierten Ort hat, dann muss man sich natürlich darum kümmern, dass dieser in Ordnung bleibt. Es ist wie in den Naturreligionen, man muss sich mit den Geistern arrangieren. Wenn man sie schlecht behandelt, dann schlagen sie zurück. Aber wenn man ordentlich mit ihnen umgeht, dann behandeln sie einen eigentlich gut, das heißt aber nicht, dass alles immer absolut harmonisch ist.

Bei uns gibt es keinen absoluten Bösewicht, der einfach nur böse ist. Diese Mythologie wurde auch vom Christentum nicht beseitigt, sie lebt parallel als Sagenwelt fort. Nicht im Sinne eines weiteren Glaubensbekenntnisses, aber als faszinierende Bilderwelt, die nicht nur Kinder in ihren Bann zieht.

Wir sind u. a. auf die Figur der Mittagsfrau und Krabat gestoßen. Kannst du uns etwas über sie erzählen?

Also die »Připołdnica«, die Mittagsfrau, ist ja eine sehr sympathische Gestalt. Denn sie hat einen sozialen Sinn, nämlich durchzusetzen, dass mittags in der Sommerhitze nicht auf dem Feld gearbeitet wird. Wenn man von ihr beim Arbeiten erwischt wird, muss man so lange reden, bis die Stunde um ist.

Die Gestalt »Krabat« ist wohl die prominenteste. Besonders die Schriftsteller Jurij Brězan und Otfried Preußler haben sie thematisiert. Krabat als historische Figur kam aus Kroatien, war im sächsischen Kriegsdienst tätig, verabschiedete sich daraus und wurde in der Lausitz alt. Dieser Krabat hat sich für die Befreiung der Kleinbauern von den Gutsherren eingesetzt. Das steht in Verbindung mit der Sagengestalt Krabat. Dieser befreite die Müllerburschen von dem »schwarzen Müller«, also von demjenigen, der sie alle unterdrückte.

Insofern ist das Historische mit dem Mythischen verwoben. Beide Gestalten zielen auf die Befreiung der einfachen Leute von autoritären Strukturen ab. Das ist tendenziell die Botschaft in all den Sagen, dass der rechtschaffene, einfache Mensch, der den Herrschenden ausgeliefert ist, aus dieser Situation befreit wird.

Viele der Völker im heutigen Deutschland sind im Laufe der Geschichte assimiliert oder vernichtet worden. Wie kommt es, dass es die Sorben heute noch gibt?

Ja, dass das Sorbische bis zum heutigen Tage überlebt hat, ist historisch extrem ungewöhnlich. Es gab Zeiten, in denen es verboten war, sorbisch zu sprechen, und die Kultur stark durch eine »Germanisierung« angegriffen wurde. Im Feudalismus waren alle Gutsherren im Wesentlichen Deutsche und die untertänige Dorfbevölkerung bestand aus Sorben. Meine

persönliche These ist, dass das Überleben der Sorben mit einer gewissen Subversivität zu tun hat. Also einerseits eine Untertänigkeit vorzutäuschen, das Spiel mitzuspielen, um die Angriffe der Oberen zu mindern, und andererseits zugleich subversiv sein Ding zu machen, egal was ansonsten passiert. Das findet man z. B. in der skurrilen Angewohnheit, dass die meisten Sorben zwei Namen haben, einen deutschen Namen für den Ausweis und einen sorbischen für die eigene Community. Ein wichtiger Punkt wird auch gewesen sein, dass die sorbische Gesellschaft keine so starken hierarchischen Strukturen entwickelt hat, so konnte das sorbische Volk durch unkomplizierte Abstimmung untereinander im Alltag gegenüber anderen überleben und relativ viele matriarchale Strukturen bewahren.

Die sorbische Gesellschaft hat sich nie über einen Staat definiert. Wie stand und steht die sorbische Bevölkerung denn zur Frage des Nationalstaats?

Wir hatten und haben keine Ambitionen, einen Staat zu bilden. Es ging anderthalbtausend Jahre auch ohne gut. In dem Moment, in dem eine Gesellschaft ein formalisiertes, institutionalisiertes Ganzes bildet, das sich nicht mehr nur über soziale Rituale informell konstituiert, gerät diese Institution immer in einen zumindest potenziellen Konflikt mit anderen institutionalisierten Gebilden. Insbesondere der Staat hatte historisch leider zu oft die Neigung, sich ausdehnen zu wollen, und dann stößt er an die Grenzen von anderen.

Für die Gründung vieler Nationalstaaten war das »Wiedererwachen der Völker Europas« im 19. Jahrhundert eine entscheidende Zeit. Die multiethnischen Gebilde, wie Österreich-Ungarn, fielen auseinander, und es kam zur Bildung der Nationalstaaten. Mit den Nationalstaaten entstanden die ganzen Probleme der Homogenisierung der Gesellschaften.

Wir Sorben hatten an diesem erwachenden Selbstbewusstsein der Völker als eigene soziale Gruppe Anteil und viele unserer größten historischen »prócowarjo«, was man auch Deutsch »Bemüher« nennen würde, fallen in diese Zeit. Diese haben über das Schreiben von Gedichten, Büchern und Essays wesentlich zum eigenen Verständnis des Sorbischseins beigetragen. Aber dieses Selbstbewusstsein hat sich nicht zu einer Massenbewegung für die Gründung eines eigenen Staates entwickelt.

Der Verein Domowina ist der bis heute lebendige Ausdruck dessen, dass es eigentlich darum ging, sich als sorbische Gesellschaft von der Basis aus zu organisieren. Für sich das Recht in Anspruch zu nehmen, das soziale und kulturelle Leben selbst zu bestimmen. Dazu zählt auch der Bildungsbereich.

Gerade nach dem I. und II. Weltkrieg gab es aber viele Diskussionen und auch Vorstellungen von autonomen sorbischen Gebieten. Ein Vorschlag war es, dass die Lausitz Tschechien zugeschlagen wird. Denn unser Gebiet gehörte bis Mitte des 17. Jahrhunderts sowieso zu Böhmen. Und nach dem II. Weltkrieg gab es ähnliche Diskussionen. Sie waren die Antwort auf den deutschen Faschismus, auf die Absicht des deutschen Faschismus, das Sorbische zu vernichten. Daher hat man sich gefragt, ob es nicht die beste Lösung wäre, sich aus dem Deutschen herauszulösen. Aber auch diese Diskussionen sind nie zu einer Massenbewegung geworden. Heute sind wir der Meinung, in einem »Europa der Regionen« wären Kultur- und Bildungsautonomie am besten zu verwirklichen. Denn all die Fragen und Probleme der Vergangenheit hatten vor allem damit zu tun, dass sich Nationalstaaten tendenziell mit Leuten schwertun, bei denen Staatsangehörigkeit und Nationalität



Die Mittagsfrau: Bleibt man über die heiße Mittagszeit zu lange zum Arbeiten auf dem Feld, kann es passieren, dass einem die Mittagsfrau »Připołdnica« erscheint. Sie tötet die Menschen, indem sie ihnen mit ihrer Sichel den Kopf abschneidet. Um seinen Kopf zu behalten, muss man der Frau über den Flachsanbau und dessen Verarbeitung erzählen, bis die Mittagsstunde vorüber ist.
»Die Mittagsfrau« von Fatima Djamila Bild: fd

nicht identisch sind. Dass wir keinen eigenen Staat hatten und haben, sehen wir daher als ein Plus.

Du hast schon die Bedeutung des 8. Mai als »Tag der Befreiung« vom Faschismus angesprochen. Wie war die Situation der Sorben in der DDR? Und wie sehen die Sorben die Wende?

Die Situation in der DDR war ambivalent. Aber zunächst mal war das Ende des Krieges eine große Befreiung für die Sorben. Daraus entstand eine starke emotionale Verbundenheit mit der Roten Armee. Lobgesänge auf Stalin, wie wir sie in der sorbischen Literatur nach dem Krieg vereinzelt finden, sind aus heutiger Sicht befremdlich. Aber auch dies muss man im historischen Kontext betrachten. Fakt ist, dass wenn der Faschismus nicht besiegt worden wäre, wenn diese Menschen ihr Leben nicht aufs Spiel gesetzt hätten, um uns zu befreien, es uns heute nicht mehr geben würde. Daher pflegen wir das Gedenken an die gefallenen sowjetischen und polnischen Soldaten sehr intensiv mit einer Erinnerungskultur, die ich sonst nirgendwo in Deutschland so kenne.

In der DDR wollte die SED dann einen deutschen Sozialismus aufbauen und fand es daher teilweise befremdlich, welch starke Rolle die Russen den Sorben nach dem Krieg beim Wiederaufbau der Lausitz zugebilligt hatten. Alle wichtigen sorbischen Institutionen wurden in der DDR gegründet und ein Gutteil des heutigen Organisationsgeflechtes beruht auf dieser Gründungszeit. Es hat auch nie zuvor ein sorbisches Bildungswesen in dem Umfang gegeben wie in der DDR. Gleichzeitig gab es natürlich das Problem mit der Energiepolitik, in der ja massiv auf Braunkohle gesetzt wurde. Da sind viele sorbische Dörfer zerstört worden. Und die DDR war generell eine sehr geschlossene Gesellschaft. Sagen wir mal so, Abweichungen waren ein Problem und dazu zählte auch das Sorbischsprechen außerhalb der Räumlichkeiten der sorbischen Community. Da gab es dann schon so Sprüche wie »hier wird Deutsch gesprochen«, die jetzt langsam aussterben.

Zur Wende kann ich sagen, dass es heute einen relativ großen Konsens der damaligen Akteure gibt, das zeigen auch aktuelle Publikationen, dass die Art und Weise des Beitritts zur Bundesrepublik Deutschland ein Fehler war. Es wäre wichtig gewesen, auf Dinge wie den Zusammenhalt der Gesellschaft mehr zu achten. Aber das ändert nichts daran, dass auch die Fehler aus DDR-Zeiten aufgearbeitet worden sind. Auch sorbische Wissenschaftler haben sich intensiv mit der Rolle des Ministeriums für Staatssicherheit oder der SED in den sorbischen Institutionen beschäftigt.

Was sind heute die größten Herausforderungen für die sorbische Gesellschaft?

Die größte Herausforderung ist sicherlich die Entwicklung der Sprache. Das ist weltweit eine Herausforderung. Von den 6.000 Sprachen, die es insgesamt noch gibt, ist die Hälfte stark bedroht. Der Assimilierungsdruck in Bezug auf die Sprache ist gewaltig. Es geht also darum, die eigene Sprache zu pflegen, unabhängig davon, wo man lebt, denn geschätzt lebt bereits ein Drittel der jüngeren Sorben außerhalb der Lausitz. Gleichzeitig stellen wir aber auch fest, dass das Bedürfnis zunimmt, auch sprachlich sein Selbstverständnis zu pflegen. Das trifft nicht nur auf das Sorbische zu, sondern auch auf die Sprachen anderer autochthoner Minderheiten und Sprachgruppen wie z. B. Niederdeutsch. Daher ist das Gebiet der Sprache auch der Schwerpunkt unserer Arbeiten.

Seit 2012 wird in Rojava eine demokratische Selbstverwaltung aufgebaut, die u. a. auch die Probleme des Nationalstaats zu lösen versucht. Welche Bedeutung hat dieser Versuch für euch?

Rojava ist allein von der Selbstverwaltungsstruktur ohne Anspruch auf Staatlichkeit ja schon ein sehr interessanter Versuch. Wie wir neben der Kultur in der Bildung zu mehr Selbstbestimmung kommen (Stichwort zurzeit als Ziel: ein Bund der sorbischen Schulen), ist z. B. ein Thema, bei dem Inspirationen von außen immer hilfreich sind. Im Grunde sind die Sorben und Kurden in Bezug auf ihre Muttersprache, die Aufteilung in unterschiedliche Nationalstaaten bzw. bei uns Bundesländer und die Herausforderung, mit anderen Gesellschaften zusammenzuleben, in einer ähnlichen Situation. So wie die Kurden in Rojava nun ein gemeinsames System mit verschiedenen Kulturen und Ethnien aufbauen, haben wir es ja im Herzen der Lausitz mit Zehntausenden zu tun, die im Zuge des Aufschwungs der Braunkohleindustrie und nach dem Krieg als Flüchtlinge hierhergekommen sind. Mit diesen kann man kein Miteinander organisieren, das sich auf gemeinsamen slawischen Wurzeln gründet, sondern braucht andere gemeinsame Werte. Auch den Lösungsansatz in radikaler Kommunalisierung zu sehen, ist ein spannender Ansatz für die Lausitz, der Menschen hier vor Ort einen größeren Spielraum eröffnen würde. Die Kurden in der Lausitz gehören zu unseren besten Freunden, die auch das Sorbische im öffentlichen Raum unterstützen. ♦

Über das Weben von Autonomie und Widerstand in Abya Yala

»Sie repräsentieren uns nicht«

Emmanuel Rozental, Pueblos en Camino, Valledupar, Kolumbien, 28. Mai 2021

Einen Monat im Nationalstreik, zwanzig Jahre in der indigenen Garde

Am 4. Dezember 1972 warnte Salvador Allende, Gründer der Sozialistischen Partei Chiles, in seiner denkwürdigen und oft vergessenen Rede vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen die Welt vor einer heraufziehenden Gefahr, die alle Länder der Welt, einschließlich der mächtigsten Nationen, bedrohe: Er bezeichnete sie als transnationale Unternehmen (der abermalige Ausdruck anhaltender europäischer Eroberung). Am 11. September 1973 wurde er von diesen Konzernen und ihren nationalen Dienern und Komplizen ermordet. An diesem Tag begannen jene Konzerne mit dem Militärputsch gegen seine Regierung der Volkseinheit die neoliberale Übernahme der Welt.

Die »Pinguine« weigerten sich, die Preiserhöhung für öffentliche Verkehrsmittel in Santiago de Chile zu bezahlen. Sie gingen auf die Barrikaden und waren nicht zu stoppen. »Pinguine« sind Schüler ab elf Jahren, die bereits in der Vergangenheit für Bildung und ein würdevolles Leben mobilisiert hatten – in einem Land, das starr ist vom neoliberalen Erfolg. Der Rest ist fortlaufende Geschichte: 2019 wurde ganz Chile monatelang durch sie mobilisiert. Die Straßen, in denen Statuen abgerissen und Plätze umbenannt wurden, wurden zu einem Festival der Freude und Kraft. Ein anderes Chile durchbrach die Lücken der totalen Unterdrückung und kohärenten Politik seit den Tagen des Diktators Pinochet, seit der Ermordung Allendes, seitdem die Wirtschaftspolitik der Chicago-Zöglinge nach dem blutigen transnationalen Konzernputsch von Pepsi, Kissinger und ihren globalen transnationalen Komplizen zum ersten Mal durchgesetzt worden war, die von der CIA und dem Pentagon unterstützt wurden – sehr zur Freude der lokalen Eliten, die wiederbelebt und mit ihren Privilegien als Teil einer globalen transnationalen Unternehmensklasse eingeführt wurden.

Nach zu vielen Jahren des Blutvergießens und des Schweigens wurde der Diktator nach vielen Aufständen zu Fall gebracht, unter strikten Bedingungen – zu jeder Zeit nach einem transnationalen gemeinschaftlichen Drehbuch, mit Unterstützung der imperialen US-amerikanischen und lokalen Eliten. Seine Entmachtung sollte ihm Straffreiheit für seine Verbrechen gegen die Menschlichkeit gewähren, den Schutz seines unermesslichen Reichtums, der aus staatlichen Mitteln gestohlen oder ihm von Unternehmen und seinen elitären Partnern zugeschoben worden war. Diese Bedingungen garantierten die Verschleierung und Vertuschung der Hintermänner des Putsches, der lokalen und globalen Drahtzieher, Henker und Nutznießer. Die Strukturanpassung war vollzogen und der Diktator wurde nicht mehr gebraucht. Andere konnten nun einziehen, um den Status quo zu verwalten. Jetzt konnte mit der Volksabstimmung vom 5. Oktober 1988 die neue neoliberale Demokratie gegründet werden.

Durch eine unantastbare Bedingung hat der Verräter, der blutige Räuber Chile in den Fängen des Neoliberalismus zurückgelassen: seine Verfassung – entworfen für die Reichsten und Mächtigsten, um alles und jeden dauerhaft ausbeuten zu können –, die weder angefochten noch geändert werden könnte, selbst dann nicht, wenn eine Volksabstimmung ihm seine Macht entziehen würde. Dem chilenischen Volk wurde für den Umgang mit einem kriminellen Militäroffizier und Diktator, der sich massiver Verbrechen gegen die Menschlichkeit schuldig gemacht hatte, eine – und nur diese eine – Wahlmöglichkeit gegeben: dafür oder dagegen zu stimmen, dass er der Präsident von Chile bleiben sollte, und ihn für den Frieden (Massaker) und den Wohlstand (Diebstahl) zu respektieren, die er nach Chile gebracht hatte. Fünfzehn Jahre unter der (blutigen) Herrschaft des Neoliberalismus reichten für die unternehmerischen Weltherrscher aus, um davon auszugehen, dass das chilenische Wunder bestehen bleiben würde. Hauptsächlich weil die Generation, die zu Allendes Wahltriumph und Hoffnungen auf einen revolutionären demokratischen Wandel beigetragen hatte, brutal zerschlagen worden war. Aber auch, weil eine ganze neue Generation dazu erzogen wurde, kein anderes Modell und keine andere Lebensweise zu kennen als Gehorsam und Unterwerfung unter neoliberale Politik oder die eingebürgerte Herrschaft transnationaler Konzernherren.

Seit Pinochet mit allen Ehren verabschiedet worden und nach Europa gezogen war, um seinen Ruhestand zu genießen,

regierte, mit wenigen Ausnahmen, die »Linke« (La Concertación) Chile unter diesen Bedingungen. Ein Spiel begann, in dem die neoliberale Rechte Chile durch eine Koalition von Parteien der Linken beherrschte. Wahlprozesse, die nichts ändern sollten, folgten aufeinander. Ein gewählter Präsident nach dem anderen trat sein Amt an, gewählt von Menschen, die nur zwischen treuen Verwaltern der neoliberalen Konzernherrscher auswählen konnten. Es gab Wahlen, Parteien, Demokratie für Banker, die Rohstoffindustrien, Spekulation, Privatisierung, Ausbeutung der Arbeiter, Verarmung der Mehrheiten, wachsende Ungleichheit, die Verwandlung von Rechten in Waren und Privilegien, unvergleichliches Wachstum und wirtschaftlichen Erfolg, effektive Propaganda, und alles erschien sauber, neu, organisiert und so, wie es sein sollte. Eine Welt der Verlierer und Gewinner, in der Erstere nach den Regeln des freien Wettbewerbs selbst die Verantwortung tragen für ihre Situation, natürlich einschließlich ihres Rechts, ihre Regierung zu wählen. Da es innerhalb der Unternehmensdemokratie keine anderen Optionen gibt, stimmen die Menschen entweder für eine linkssprechende Rechte oder zur Abwechslung für die wirkliche Rechte.

»Neue Demokratie« des »freien Handels«

Das chilenische Wunder wurde an internationalen Standards gemessen: BSP, Wirtschaftswachstum, chilenischer Warenfluss zu den Weltmärkten. Ökonometrische Standarddaten bewiesen, dass Chile das Beispiel war, dem es zu folgen galt. Keine sozialen Unruhen und eine gesunde Wirtschaft. Es war entweder das oder eine Rückkehr zu den Tagen der Diktatur, die von ihren Nutznießern unterstützt wurde: einer rassistischen, faschistischen, transnationalen und traditionellen Elite, deren Annahme es war und ist, dass das Wohlergehen Chiles ihr Wohlergehen bedeute. Jeder Zweifel daran sollte unmöglich, undenkbar und illegal sein. Wirtschaftliche und repressive Mechanismen wurden eingerichtet und verfestigt. Ganz gleich, ob Kopf oder Zahl, sie gewinnen. Die während der Reagan-Administration entwickelte Strategie zur Förderung der Demokratie, um von den USA installierte Diktatoren in Lateinamerika und der ganzen Welt überflüssig zu machen und durch diese neue Demokratie des »freien Handels« zu ersetzen, wurde auf diese Weise in Chile getestet und umgesetzt. Wahlen würden die demokratische Durchsetzung neoliberaler Politik zu Gunsten der transnationalen Unternehmen und lokalen Eliten im Rahmen der Rechtsstaatlichkeit garantieren.

Aber das Experiment ging über Chile hinaus: Die progressive Linke stellte seit 1988 den Großteil der Regierungen und kam ihrer Verantwortung nach, den unternehmerisch-finanziellen-imperialen Gewinn zu fördern. Es schien keinen Ausweg zu geben. Das politische Spektrum wurde effektiv auf die Wahlrituale beschränkt zwischen der Linken von der Rechten und der Rechten von dem, was links gewesen war, unter der permanenten Bedrohung einer Rückkehr zur Diktatur. Der Kapitalismus hat in Chile gelernt, dass die Linke an der Staatsmacht nur die Möglichkeit hat, zum eigenen Vorteil zu administrieren, oder die Konsequenzen daraus tragen muss, gegen die Rechte zu verlieren. Progressive linke Regierungen wurden in der gesamten Region (Brasilien, Ecuador, Venezuela, Bolivien, Nicaragua, Argentinien, Mexiko) möglich und akzeptabel, da sie (schlecht) im Sinne des Kapitalismus verwalteten und zu neofaschistischen Regimen führten.

Der Kaiser war nackt. Das Volk der Mapuche wusste das und litt die ganze Zeit, während es dem im Dienste der Firmeninvasoren tätigen brutalen chilenischen Staat die Stirn bot. Meist allein kämpften und kämpfen sie weiter für territoriale Autonomie und das Überleben. Die Mapuche werden von einem Terrorstaat und einer Propagandamaschinerie angegriffen, von denen sie als Terroristen abgestempelt werden. Michelle Bachelet, damals Präsidentin für die Linke, jetzt UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, verhängte die Anti-Terror-Gesetzgebung über ihr Territorium.

Aber eine Lüge ist eine Lüge, auch wenn sie von Propaganda und Parfüm verdeckt wird. 2011: Studenten und Gymnasiasten mobilisierten, aber ihre Führung wurde in den Wahlprozess hineingezogen und in das Spektrum des Möglichen eingegliedert. 2019: Pinguine sagten »genug!«. Ganz Chile explodierte, weil es die Lügen nicht mehr wollte. Chile war kein Wirtschaftswunder. Chile war und ist eine Farce unter der alles umfassenden Diktatur des neoliberalen Kapitalismus. Die Leute wussten, dass sie nichts zu verlieren hatten, und gingen auf die Straße, um einen Karneval zu genießen, sich gegenseitig zu erkennen und zu leben, denn das Leben unter den Wirtschaftsbossen ist elend, anstrengend, einsam und traurig. Die Regierung zeigte ihr wahres Gesicht. Repression, Terror, Vergewaltigungen, Massaker sowie Hunderte, die durch die Angriffe der Polizei ihr Augenlicht verloren. Von Straflosigkeit gedeckte zügellose Brutalität. Vorgetäuschte Zugeständnisse ohne Bedeutung. Die Covid-Pandemie rettete die erneut gewählte Diktatur des Pinochet-/Chicago-Zöglings Piñera. Der größte Teil der Energie des Volksaufstands wurde wiederum in eine Verfassunggebende Versammlung gelenkt.

Einmal mehr bestimmen ein Wahlprozess, institutionelle staatliche Verfahren und Wege das Mögliche. Diejenigen, die das Mögliche definieren, und diejenigen, die diese Definition akzeptieren, vereinnahmen die Bestrebungen und die Kreativität eines Aufstands und bestimmen (wieder) die praktische Bedeutung und Interpretation von »das vereinte Volk wird niemals besiegt werden«. Veränderungen lassen sich nur innerhalb der Regeln und Bedingungen des Staates bewirken.

Auf diesem Wege ändert sich wieder alles innerhalb des staatlichen Systems, in einer Weise, die alles beim Alten belässt. Volksversammlungen und andere Mechanismen, die nach gesellschaftlicher und territorialer Autonomie und einer wahrhaft demokratischen Agenda jenseits des Staates streben, sind zu schwer umsetzbar. Es ist immer einfacher – bis jetzt –, zu dem zurückzukehren, was bereits besteht. In der neu gewählten Verfassungsgebenden Versammlung gibt es neue Gesichter und Stimmen. Die meisten von ihnen gehören nicht zu den linken oder rechten neoliberalen Herrschern, aber im Moment scheint Chiles Aufstand auf die Grenzen und Prozeduren eines Nationalstaats im »Konzert der Nationen« unter der Kontrolle von Regeln und Befugnissen zur Vermögensanhäufung beschränkt worden zu sein. Kann der Verfassungsprozess als Mittel für den Geist und die Bestrebungen des Aufstands dienen oder hat er dessen Enthusiasmus eingefangen zur Erneuerung des Status quo? Chile ist mit ziemlicher Sicherheit zu dem zurückgekehrt, was möglich ist: Es gibt keine Alternative zu den Bedingungen des Nationalstaats.

Kolumbien: »völkermörderische Demokratie«

Der kolumbianische Aktivist und Ökonom Hector Mondragon schlussfolgert: »Der Neoliberalismus erreichte den Kontinent in den Stiefeln von General Pinochet und landete in den Hubschraubern des Plan Colombia.« Kolumbien – von Pater Javier Giraldo mit anschaulicher Präzision als »völkermörderische Demokratie« bezeichnet – hat keine formelle Diktatur benötigt. Das Wahlritual wurde in strikter Regelmäßigkeit aufrechterhalten, während Krieg und Terror dem Staat und seinen Institutionen zum Wohle des brutalsten, blutigsten, ungleichsten und kriegsgetriebensten Landes des Kontinents Stabilität verleihen. In bewaffnete Konflikte und einen fünfzigjährigen Krieg gedrängt, musste sich der Widerstand der Bevölkerung einer kreativen Repression stellen, die vom Pentagon und seinen Verbündeten massiv finanziert, ausgebildet und bewaffnet wurde. Die Eliten sind gut gebildet, rassistisch, arrogant und davon überzeugt, dass ihr Wohlergehen das Wohlergehen der Nation bedeutet. Der Rest ist nur da, um ihnen zu dienen.

Nach und nach hat sich das Establishment in den letzten vier Jahrzehnten in ein faschistisch-mafiöses Regime verwandelt, verkörpert von Alvaro Uribe Velez, der das Land (mindestens) die letzten zwei Jahrzehnte direkt oder indirekt beherrscht hat. Kolumbien wurde in eine eng mit den Nutznießern der globalen neoliberalen Finanzunternehmen verbundene Drogen-Ökonomie verwandelt. Ob Bergbau, Erdöl, Agrarindustrie, globale Finanzwirtschaft, Bildung, Gesundheit, Gefängnissystem, Justiz oder Sicherheit – Privatunternehmer und Konzerne offenbaren eine vollständige Übernahme von Staatsland, Reichtum, Institutionen und der mächtigsten und größten repressiven Terror- und Kriegsmaschinerie des Kontinents. Laut Ricardo Vargas Meza produziert Kolumbien 92 % des weltweit verkauften Kokains. Mindestens 5 % des Bruttosozialprodukts des Landes fließen jährlich als illegaler Drogengewinn in das Land zurück, um durch ein nationales und globales Netzwerk aus Korruption und Verbrechen, das legalen und illegalen Kapitalismus miteinander verwebt, gewaschen zu werden. Das wählbare politische Spektrum unter diesem Regime ist (bestenfalls) auf liberale Sozialdemokraten beschränkt, die versprechen, das auf Profit-Terror basierende Akkumulations-Establishment nicht infrage zu stellen. Ein Wahlkampf ist teurer als einer in den USA, so dass er durch das Drogengeld kontrolliert wird. Krieg gegen Drogen und Drogenhandel sind die zwei Seiten einer offiziellen staatlich-unternehmerischen politischen Gleichung: Schwarzhandel mit Drogen.



Während einer der vielen Proteste in Kolumbien. »Wenn Covid uns nicht umbringt, wird es diese perverse Regierung tun.« Foto: Medios Libres Cali

Millionen wurden »entbehrlich« gemacht: Menschen (meist verarmte Jugendliche), die Abschaum sind und entweder nicht existieren oder für den illegalen Kleinsthandel oder als Auf-

tragskiller billig angeheuert werden. Ihre Lebenserwartung in städtischen Slums ist sehr gering. Sie sind Kinder der mehr als sieben Millionen Binnenflüchtlinge, die durch den Krieg in die Städte vertrieben wurden, um Landbesitz für Unternehmensprojekte, Rohstoffgewinnung und Bodenspekulation im Zusammenhang mit dem Drogenhandel zu konzentrieren. In Kolumbien kann man wählen, aber der Staat gehört zum Establishment, und er gehorcht den Regeln der mafiös-faschistisch-unternehmerischen Akkumulation. Das alles geschieht unter dem Deckmantel des Kampfes für Rechtsstaatlichkeit und der Beseitigung der Korruption, damit die Menschen weiterhin glauben, dass sich dies alles durch die Übernahme der Staatsmacht ändern kann. Eine Vereinbarung zwischen der FARC [*FARC-EC; Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens – Volksarmee*] und der kolumbianischen Regierung lief unter dem Etikett eines Friedensabkommens, ungeachtet der Tatsache, dass der soziale Konflikt geleugnet und durch Terror niedergeschlagen wird. Das Abkommen wurde nicht eingehalten. Massaker an mehr als 300 ehemaligen Kombattanten und mehr als 1000 gesellschaftlichen Führungspersonen werden, seit Unterzeichnung des Abkommens, mit Streitkräften und Polizei in Verbindung gebracht, während Unternehmens- und Drogenhandelsinteressen dank des Abkommens Zugang zum Land erhalten. Die Covid-Pandemie hat einen gewaltigen Transfer staatlicher Ressourcen an Eliten und Unternehmensinteressen ermöglicht bei gleichzeitiger Zunahme von Staatsverschuldung, Steuerbefreiungen für Reiche und verzweifelter Armut der Mehrheit.

Keine Verhandlungen mit einer kriminellen Regierung

Am 28. April 2021 explodierten 15 Millionen Kolumbianer (von 45 Millionen Einwohnern) aus 800 (von 1121) Gemeinden. Der landesweite Streik dauert seit einem Monat an und bekommt immer mehr Zulauf. Die Regierung, die Eliten, die Streitkräfte und die Paramilitärs töten jetzt offen (bisher mehr als 60), vergewaltigen Frauen (mehr als 80), lassen Menschen verschwinden (mehr als 500 gemeldet) und kosten das Augenlicht (mehr als 40). Der Präsident befiehlt den Krieg gegen Unbewaffnete, stellt die meist fröhlichen Proteste der Bevölkerung als Vandalismus und die Eliten als Opfer dar, um die Militarisierung des Landes im Namen des Schutzes der Bürger zu rechtfertigen. Die Polizei ermordet unbewaffnete zivile Demonstranten, infiltriert die Proteste mit zivil gekleideten Polizisten und Paramilitärs, um Eigentum zu zerstören und Repressionen zu rechtfertigen. Während die traditionelle Linke, NGOs und Gewerkschaften zu Verhandlungen aufrufen, werden die Menschen von ihnen nicht vertreten und weigern sich, mit einer kriminellen Regierung und einem kriminellen Staat zu verhandeln. Bisher gibt es zwei offensichtliche Ergebnisse dieses Aufstands: Erstens wurden mehr Menschen mobilisiert als je zuvor und zweitens wurde der Staat als illegitim, kriminell und als bloßes Hindernis für das Recht auf Leben entlarvt.

Befreien von Nationalstaaten, Patriarchat, Kapitalismus

Der Blick auf das Spektrum zwischen Chile und Kolumbien liefert Bilder, die die Situation und die Herausforderungen Lateinamerikas darstellen. Es gab Aufstände in Haiti, Ecuador, Nicaragua, Bolivien, Mexiko, Venezuela und anderen Ländern. Bisher haben sich institutionelle Ergebnisse durchgesetzt, aber sie haben die Bewältigung der tiefgreifenden Probleme nur verschoben. Globale kapitalistische Strukturanpassungsforderungen lösen indirekt oder direkt die Rebellionen gegen progressive linke oder liberale/faschistische Regierungen aus. Staaten und Regierungen verfolgen eine patriarchale, autoritäre, undemokratische, rassistische Politik. Widerstand und autonome Befreiung beinhalten (früher oder jetzt, viel später), uns zu befreien von Nationalstaaten, Patriarchat, Kapitalismus und der Mentalität, die diese unterstützt und in uns lebt, so dass wir selbst im Aufstand erwarten, dass der »Große Vater« für uns sorgt. Alles, was der Staat tut, verschärft die Krise. Entweder brechen sie uns durch Völkermord und Vernichtung, versuchen mit uns zu verhandeln und uns einzubeziehen oder beides. Wir sammeln uns aus der mit Erinnerungen und Erfahrungen gefüllten Vergessenheit, in die wir in unserer Einsamkeit gezwungen wurden, und so lernen wir voneinander, für unsere Bedürfnisse zu sorgen und mit Freude zu leben, wenn wir uns vom Patriarchen befreien. Das ist die Essenz unserer Rebellion, der Horizont unseres Kampfes. Der Tag unseres Freiheitsfestes wartet immer noch darauf, dass wir uns jenseits kolonialer Grenzen gegenseitig erkennen und uns selbst regieren mit der trotz Verleugnung immer noch zwischen uns und in uns bestehenden Weisheit dieser Länder (Pacha Mama, Mutter Erde) und Territorien. Wir stehen immer noch vor der Herausforderung, uns und unsere Länder auf unsere eigene Weise zu befreien, während wir Widerstand und Selbstbestimmung zwischen Völkern und Prozessen weben. ♦

Abya Yala ist einer der Namen, die indigene Völker dem Kontinent vor der Ankunft der europäischen Invasoren gaben. Seit 1992, im Rahmen des Gedenkens an 500 Jahre Widerstand, wird dieser Kontinent wieder so benannt.
»Sie repräsentieren uns nicht«: skandiert von jungen Männern und Frauen während der landesweiten Mobilisierungen in Kolumbien.

Impressum
Der Kurdistan Report erscheint
regelmäßig alle zwei Monate.

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.), S. Karabulut, D. Çimen, B. Ruprecht, E. Millich

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU – Informationsstelle Kurdistan e.V.
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
www.kurdistanreport.de
kr@nadir.org

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
IBAN: DE41 2005 0550 1020 2121 20
BIC: HASPDEHHXXX Hamburger Sparkasse

Preise:
Einzelexemplar: 3,– Euro
Jahresabonnement
6 Exemplare: 15,– Euro plus Portokosten

Titelbild:
»Deniz Poyraz ist unsterblich« – Nach dem Mord von Deniz Poyraz durch einen türkischen Faschisten im HDP-Büro in Izmir kommt es in vielen Städten zu Protesten. | MA

Rückseite:
Plakat zum Tourismusboykott aus den 90er Jahren

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.

Sonderausgabe des Kurdistan Report: »Kurzgeschichte der Revolution Kurdistans«

Das ANF-Dossier »Kurzgeschichte der Revolution Kurdistans« ist als Sonderausgabe des Kurdistan Report erschienen. Im Editorial heißt es, dass mit der Veröffentlichung zu einem besseren Verständnis der kurdischen Freiheitsbewegung beigetragen werden soll. Der Kampf der PKK hat vor allem die kurdische Gesellschaft verändert. Begonnen hat die Geschichte der Revolution Kurdistans an dem Tag, an dem Abdullah Öcalan in dem kleinen Dorf Amara das Licht der Welt erblickt hat. Bereits in seiner Kindheit reifte in ihm die Idee heran, dass Kurdistan besetzt ist.

Eine der letzten Sonderausgaben des Kurdistan Reports wurde in der Zeit des sogenannten Düsseldorfer PKK-Prozesses, der von 1989 bis 1994 vor dem OLG Düsseldorf stattfand, veröffentlicht. Dieses erste Verfahren gegen 20 kurdische Exilpolitiker:innen in Deutschland ist als größter Prozess in erster Instanz in die Geschichte der deutschen Strafjustiz eingegangen. Es war eine politische Feindschaftserklärung an die kurdische Befreiungsbewegung, die seitdem in Deutschland stigmatisiert und kriminalisiert wird. Ein Angeklagter im Düsseldorfer Prozess war Ali Haydar Kaytan, Mitbegründer PKK. In der letzten Sonderausgabe des Kurdistan Reports wurde er mit folgenden Worten zitiert: »Ich bin der festen Überzeugung, dass durch diesen Prozess der BRD der Schrei des kurdischen Volkes nach Freiheit auf der ganzen Welt gehört werden wird. Die Menschheit soll Zeuge davon werden.«



Genau dies ist passiert. Trotz aller Repression gegenüber der kurdischen Freiheitsbewegung konnte das von den internationalen Mächten gewünschte Ziel nicht erreicht werden. Die PKK ist trotz allem weiter erstarkt. Sie ist heute zu einem Symbol für radikale Demokratie, Frauenbefreiung und Ökologie im Mittleren Osten herangereift. Die Sonderausgabe des Kurdistan Report richtet sich an Interessierte, die die diese Geschichte näher kennenlernen wollen. Die 18-teilige Serie thematisiert die Entwicklung der 1978 gegründeten PKK hin zu einer nationalen Befreiungsbewegung, deren Paradigma wichtige Impulse für die Kämpfe um Freiheit anderer unterdrückter Völker gibt.

Die Sonderausgabe kostet 3,00 Euro und kann unter der E-Mailadresse: kr@nadir.org bestellt werden.



ISSN 0935–5375